Wie Bund, Länder und Gemeinden Steuergeld verschwenden S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 18 – 2. Mai 2015

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Spionage gegen das eigene Land: Wem dienen deutsche Agenten? Bild: ddp images

Jämmerlicher Vasall

Die BND-Affäre taucht die Bundesrepublik in ein katastrophales Licht

Der neueste Geheimdienstskandal wirft fundamentale Fragen nach dem Wesen dieser Republik auf. Gibt es die „Kanzlerakte“ doch?

Das Licht, welches die neuesten Enthüllungen zur Kungelei zwischen dem deutschen Bundesnachrichtendienst BND und US-Geheimdiensten auf die Bundesrepublik wirft, ist katastrophal. Die Republik erscheint wie ein jämmerlicher Vasallenstaat, dessen ferngesteuerte Führung im Auftrag einer fremden Macht gegen die Interessen des eigenen Landes und Volkes agiert.

Kanzlerin Merkel und ihre Entourage werden einiges aufbieten müssen, um dieses verheerende Bild zu korrigieren. Billige Ausflüchte wie beim letzten Durchlauf der immer wieder aufflammenden BND-NSA-Affäre darf man ihr nicht mehr durchgehen lassen.

Der BND hat also zigtausende Informationen an die US-Dienste gegeben und den Amerikanern dabei, wie es aussieht, sogar bei der Industriespionage gegen deutsche und europäische Unternehmen geholfen. Prominentestes Opfer sei Airbus. Das Kanzleramt wusste davon seit spätestens 2010 und unternahm nichts.

Als Argument für die Beihilfe, die wie ruchloser Verrat aussieht, wird angeführt: Man benötige im Gegenzug brisante US-Informationen, etwa zum islamischen Terror. Ohne die Gaben der US-Agenten sei man hier „blind und taub“, was Deutschlands Sicherheit gefährde. Dafür verlangten die Amerikaner billigerweise entsprechend wertvolle Gegenleistungen.

> »Blind und taub« für 600 Millionen Euro Jahresetat?

Diese Begründung für den Vasallendienst ist mehr als fadenscheinig. Denn mit dem gleichen Argument könnte sich Berlin auch in den Dienst Russlands oder des Iran stellen. Russland hat ein gravierendes islamisches Terrorproblem nicht bloß in Tschetschenien. Der schiitische Iran ist einer der Hauptfeinde der sunnitischen Terror-Armeen wie IS, Al-Kaida oder Boko Haram.

Die Geheimdienste beider Länder verfügen daher mit Sicherheit über umfassende Kenntnisse und intime Quellen im terroristischen Umfeld. Dennoch käme niemand auf die Idee, sich Moskau oder Teheran auf die gleiche Weise unterzuordnen wie Washington mit dem Hinweis, man sei ohne dessen Informationen wehrlos gegen den radikalislamischen Terror.

Was bedeutet „taub und blind“ überhaupt? In Berlin wird dem BND gerade ein gigantischer, milliardenteurer Gebäudekomplex hingestellt, 6500 Mitarbeiter tun beim BND Dienst, sie verschlingen einen Jahresetat von mehr als 600 Millionen Euro. Wenn dabei nur Blindheit und Taubheit herauskommen, ist die Frage zwingend, was dort eigentlich getrieben wird.

Der frühere CDU-Außenpolitiker Willy Wimmer warnt, der Vorfall sei Nahrung für das Gerücht über eine angebliche „Kanzlerakte“, nach der jeder Bundeskanzler seit 1949 der USA die Treue schwören müsse, bevor er ins Amt gelange. Wenn Merkel sich erneut herauszuwinden versucht, sind solche Gerüchte kein Wunder. Mit den Ausflüchten muss endlich Schluss sein. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Hochnotpeinlich

Wer den Auftritt des Mannes verfolgt hat, wird sich unwillkürlich gefragt haben, was für einen Trottel Deutschland da nach Washington entsandt hat. Die Antwort: Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU). Dieser war Gast beim „Earth Day“, der die Globalisierung, den Kampf gegen den Hunger in der Welt sowie den Klima- und Umweltschutz zum Thema hat. Neben ihm sprachen auch hochkarätige Persönlichkeiten wie der UN-Generalsekretär und die IWF-Chefin. Peinlich grinsend, in ein lächerliches Hemd gekleidet und unfähig, auch nur zwei Sätze zu sagen, ohne auf seinen Spickzettel zu blicken, erklärte er den 270000 Besuchern und einem weltweiten Millionenpublikum, wie sehr er sie alle liebe. Dazu Phrasen über die Vision von der „einen, besseren Welt“ ohne Hunger und Armut sowie die Versicherung, Deutschland stehe an der Seite der Armen und Entrechteten. Und das Ganze vorgetragen in einem unsäglich schlechten Englisch, mit dem er in der Privatwirtschaft vom Hof gejagt werden würde. Dieser hochnotpeinliche Auftritt war eines Ministers unwürdig.

Nun könnte man über diese Realsatire lachen, wenn sie nicht die Botschaft enthalten hätte, dass es für uns wieder einmal teuer wird. Müller will nämlich, dass „die Ausbeutung Afrikas“ ein Ende hat und internationale Konzerne ihr Geld „nicht mehr auf Kosten der Menschen am Anfang der Produktionskette verdienen“, wie er der „Welt am Sonntag“ sagte. „Fairer Handel“ ist ein guter Ansatz. Nur hat er einen Haken: Die Verbraucher werden für die „fair gehandelten“ Produkte mehr zahlen müssen. Und damit die Wirtschaft mitzieht, wird der Staat den „Fairen Handel“ subventionieren – auch auf unser aller Kosten.

Staat in Spendierlaune

Die Rekordsteuereinnahmen gehen für nutzlose Projekte drauf

Deutschland geht es famos – zumindest wenn man auf die Steuerannahmen schaut. 593 Milliarden Euro hat der Staat 2014 eingenommen. Eine Rekordsumme, die in diesem Jahr aller Voraussicht nach sogar noch übertroffen wird. Gleichzeitig spart der Bund kräftig an Zinsausgaben. Das Land zahlt als Europas Stabilitätsanker so wenig Zinsen auf seine Schulden von nach wie vor mehr als 2000 Milliarden Euro wie nie zuvor.

Steigende Steuereinnahmen und sinkende Zinsausgaben ermöglichen die Schwarze Null im Haushalt des Bundes. Er kommt ohne neue Schulden aus. Ein lobenswerter Anfang zu einer soliden Finanzpolitik. Wer jetzt allerdings glaubt, dass die Verantwortlichen im Bund, in den Ländern und Gemeinden auch anderweitig besondere Sorgfalt walten lassen im Umgang mit den ihnen anvertrauten Geldern, irrt gewaltig.

> Schweinezüchter in China kriegen Geld

Je unsinniger die an sie herangetragenen Projekte und Vorhaben, desto mehr scheinen sie in Spendierlaune. Besonders extreme Fälle meldete jüngst der Bund der Steuerzahler (BdSt). Der Bundesrechnungshof stand nicht nach und machte ebenfalls eine Reihe eklatanter Beispiele publik. Da werden chinesische Schweinezüchter mit Hunderttausenden Euro unterstützt, über den Rhein wird eine sinnlose Autobahnbrücke geplant, und ein TV-Sender wird mit Millionensummen unterhalten, obwohl ihn niemand sehen will.

Schuld sind ungehemmte Regelungswut, übertriebener Perfektionismus, ein veraltetes Haushaltsrecht und menschliches Fehlverhalten, so der BdSt. Fremdes Geld gibt sich eben viel leichter aus als das eigene. *FH*

(Die haarsträubendsten Fälle von Steuerverschwendung und warum die Schuldigen so selten bestraft werden, lesen Sie auf Seite 7)

Teure Solidarität

Afghanistan-Engagement hat Deutschland 12,6 Milliarden gekostet

Unter dem Titel „Krieg in Afghanistan – Eine Bilanz“ hat die Bundesregierung die bisher entstandenen Kosten des deutschen Engagements am Hindukusch aufgelistet. Demnach beliefen sich die einsatzbedingten Zusatzkosten für Personal, Material, Infrastruktur und den deutschen Beitrag zu den gemeinsamen Nato-Kosten im Zeitraum von Dezember 2001 bis Mitte 2014 auf rund 8,41 Milliarden Euro. Darüber hinaus hat der deutsche Beitrag zu den Nato-Infrastrukturmaßnahmen für die Isaf-Mission bis einschließlich 2013 rund 289 Millionen Euro betragen. Die Gesamtsumme der von 2002 bis 2012 von Deutschland in Afghanistan investierten Mittel der Entwicklungszusammenarbeit belief sich auf 2,8 Milliarden Euro. Hinzu kommen insgesamt rund 290 Millionen Euro für Maßnahmen der humanitären Hilfe. Zusätzlich hat die Bundesregierung für den „Stabilitätspakt Afghanistan“ zwischen 2008 und 2013 rund 873 Millionen Euro bereitgestellt.

> 79 Deutsche kamen bisher ums Leben

Neben den 54 im Einsatz gefallenen Soldaten wurden drei Angehörige der deutschen Botschaft, ein ziviler Mitarbeiter der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, ein Berater der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie weitere 20 deutsche Staatsangehörige, die aus beruflichen oder anderen Gründen nach Afghanistan gereist waren, getötet. Dennoch sieht die Bundesregierung die Bilanz des Isaf-Einsatzes grundsätzlich positiv. Nach dessen Ende lebe der Großteil der Afghanen in Regionen „mit einer mindestens ausreichend kontrollierbaren“ Sicherheitslage. Nur in einigen abgelegenen Gebieten sei die Sicherheitslage „überwiegend nicht kontrollierbar“, in wenigen lokal sehr begrenzten Gebieten „nicht kontrollierbar“. Die Größenordnung der „regierungsfeindlichen Kämpfer“ schätzt sie landesweit auf eine „niedrige fünfstellige Zahl“. *J.H.*

MELDUNGEN

Polen rüstet kräftig auf

Warschau – Polen will im Laufe der nächsten zehn Jahre für 35 Milliarden Euro seine Streitkräfte aufrüsten. Unter anderem sollen gepanzerte Transportfahrzeuge, U-Boote und Drohnen angeschafft werden. Wie der polnische Präsident Bronislaw Komorowski mitteilte, will Polen zudem Militärhubschrauber des europäischen Konzerns Airbus testen, um die noch aus Sowjetzeiten stammenden Helikopter zu ersetzen. Um den Auftrag bemühen sich auch das britisch-italienische Unternehmen Agusta-Westland und der US-Hersteller Sikorsky. In den kommenden Wochen will Warschau mit der US-Regierung über den Kauf von Raketenabwehrsystemen vom Typ „Patriot" verhandeln. Hintergrund der Aufrüstung ist laut Komorowski das russische Vorgehen in der Ukraine. *J.H.*

»Shitstorm« gegen FBI-Chef

Washington – Weil er bei der historischen Wahrheit blieb, ist FBI-Chef James Comey heftiger Schmähkritik aus Polen ausgesetzt. Comey hatte angekündigt, künftig alle FBI-Agenten einmal im Lauf ihrer Karriere ins Holocaust-Museum zu schicken, „denn nicht nur die Mörder aus Deutschland, sondern auch ihre Kollaborateure aus Polen, Ungarn und vielen, vielen anderen Ländern" hätten ihrem eigenen Selbstverständnis nach nichts Böses getan. Diese Äußerung sei „für jeden Polen inakzeptabel", so die polnische Premierministerin Ewa Kopacz. Staatspräsident Bronislaw Komorowski wirft Comey „Ignoranz, mangelndes Wissen und eine offenbar persönliche Abneigung gegenüber Polen" vor. Unaufgeregt reagierte hingegen der Vorstand der Jüdischen Gemeinde in Warschau: Wer sich empöre, solle den Text erst einmal genau lesen. Comey sage doch gar nicht, dass alle Polen kollaboriert hätten. Der jüdische Publizist Pawel Jedrzejewski spricht gar von einer „griesgrämigen und völlig überflüssigen Empörungshysterie". *J.H.*

Neustart für Dialogzentrum

Wien – Das umstrittene „König-Abdullah-Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog" in Wien kann seine Arbeit fortsetzen. Besonders dafür eingesetzt haben sich der Vatikan, der Erzbischof von Wien, Christoph Schönborn, sowie Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz (FPÖ). Die Einrichtung war im Herbst des vergangenen Jahres unter anderem wegen Verharmlosung des zunehmenden islamistischen Terrors bei Politikern, Justiz und Medien heftig in die Kritik geraten. Nun soll es einen Neustart geben und der Schwerpunkt der Arbeit des Zentrums auf die Menschenrechte gelegt werden. Außerdem sollen die Transparenz verstärkt und der Kontakt zu Medien und internationalen Organisationen ausgebaut werden. Die im Rang einer Botschaft stehende Institution wurde 2011 vom kürzlich verstorbenen saudischen König Abdullah sowie den Regierungen von Österreich, Spanien und Saudi-Arabien gegründet. Zudem steht sie unter dem besonderen Schutz des Vatikan. Sie hat die Aufgabe, ein Forum für Kooperation, Kommunikation, Partnerschaft und Informationsaustausch zwischen der islamischen und der christlichen Welt zu schaffen, um das gegenseitige Verständnis zu fördern. *J.H.*

»Wir sehen Deutschland als ein Beispiel«

Interview mit Tigran Balayan, Sprecher des Außenministeriums der Republik Armenien

Vor dem Hintergrund des 100. Jahrestages des Beginns des Völkermordes an den Armeniern gab der Sprecher des armenischen Außenministeriums Tigran Balayan der *PAZ* ein Interview. Das Thema waren neben dem Genozid und seinem heutigen Gedenken die Beziehungen zu den Nachbarn Türkei und Aserbaidschan. Die Fragen stellte Bodo Bost.

PAZ: *Was bedeutet der armenische Genozid für das armenische Volk heute?*

Tigran Balayan: Der Genozid ist Teil unserer Geschichte und Teil unseres Erbes als Volk. Er ist auch eine große Tragödie. Zum 100. Jubiläum dieses Genozids wollen wir in erster Linie den Opfern unseren Respekt erweisen. Das tut auch die Armenische Apostolische Kirche, indem sie in einer besonderen Zeremonie am 23. April alle Opfer dieses Genozids kumulativ zu Heiligen erklärt. Wir sind ein Volk, das einen Genozid überlebt hat, das hat uns Armenier geprägt. Deshalb haben wir eine Verpflichtung, auf nationaler und internationaler Ebene alles zu tun, dass sich solche Völkermorde in Zukunft nicht wiederholen.

PAZ: *Wie bereitet sich Armenien auf den 100. Jahrestag dieses Völkermordes vor?*

Tigran Balayan: Es gibt fast keine armenische Familie heute, die keine Angehörigen durch diesen Völkermord verloren hat, auch ich bin selbst betroffen. Wir möchten neben dem Gedenken auch allen Menschen und Ländern danken, die damals den verfolgten Armeniern geholfen haben, das konnten wir 1965 in der Sowjetunion noch nicht. Der vielleicht wichtigste Aspekt unserer zukünftigen Gedenkarbeit ist die Präventionsarbeit. Wir hatten leider nach dem armenischen und dem jüdischen Genozid weitere Genozide, vor allem in Afrika im 20. Jahrhundert. Gerade jetzt ist unsere Großregion, die ja auch Syrien und den Irak einschließt, von einem weiteren Völkermord an christlichen und anderen Minderheiten bedroht. Das armenische Parlament hat im März ohne Gegenstimme eine Resolution verabschiedet, die den assyrischen und griechischen Völkermord im Osmanischen Reich dem armenischen gleichstellt. Armenien musste in den letzten vier Jahren 12 000 hilfesuchende Armenier aus Syrien aufnehmen, um sie vor einem weiteren Massaker zu retten, wir überlegen jetzt, ob wir auch verfolgte Assyrer und Jesiden aus dieser Region aufnehmen sollen.

PAZ: *Was halten Sie davon, dass die heutige Türkei genau am 100. Jahrestag des Beginns des Völkermords am 24. April in Istanbul eine internationale Gedenkveranstaltung an den Beginn der Dardanellen-Offensive organisiert und damit das armenische Gedenken in den Hintergrund drängen möchte?*

Tigran Balayan: Unsere Regierung hatte bereits im August letzten Jahres den damaligen türkischen Präsidenten eingeladen, zum Genozid-Jubiläum nach Armenien zu kommen. Anstatt einer Antwort erhielt unser Präsident im Dezember dann eine Einladung zu der Gegenveranstaltung in der Türkei. Wir haben von der Türkei nie verlangt, vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen den Völkermord als solchen anzuerkennen. Deshalb hatten wir auch 2009 nach einem gemeinsamen Fußballspiel unserer beiden Nationalmannschaften das Protokoll zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen unterschrieben. Es war die Türkei, die dann die Ratifizierung dieses Protokolls von Fortschritten in der Karabach-Frage mit Aserbaidschan abhängig machte. Auch wenn wir die Anerkennung des Genozids nicht zur Vorbedingung von der Aufnahme von Beziehungen machen, werden wir diese Forderung nie fallen lassen. Eines Tages wird auch die Türkei, davon bin ich überzeugt, wie viele andere Länder dieser Erde, den Völkermord am armenischen Volk anerkennen, viele türkische Kommunen, Verbände und sogar eine Partei haben dies bereits getan. Niemand in der Türkei stellt heute mehr die Ereignisse als solche in Frage, es geht nur noch um die historische Einschätzung.

> »Die Kriegsgefahr ist groß«

PAZ: *In Deutschland gibt es in letzter Zeit mehrere Publikationen, die eine Teil- oder Mitschuld Deutschlands an den Armenier-Verbrechen in der Türkei dokumentieren.*

Tigran Balayan: Wir sehen Deutschland als ein Beispiel für die Türkei im Umgang mit seiner eigenen Vergangenheit. Der Deutsche Bundestag hat 2005 in einer parteiübergreifenden Resolution eine Mitschuld an diesen Verbrechen anerkannt. Auch wenn in dem Text der Begriff Genozid oder Völkermord nicht gebraucht wurde, ist der verabschiedete Text doch ein leuchtendes Beispiel auch an die Türkei, wie ein zivilisiertes Land mit seiner Vergangenheit und Schuld umgehen sollte.



Die Türkei solle sich an Deutschland ein Beispiel nehmen: Tigran Balayan Bild: Archiv

PAZ: *Armenien befindet sich mit Aserbaidschan immer noch im Kriegszustand, gerade in letzter Zeit im Vorfeld des Genozid-Jubiläums gibt es vermehrt auch Gefechte an den Waffenstillstandslinien. Was können Europa und ihr Land tun, um einen weiteren Genozid zu verhindern?*

Tigran Balayan: Bergkarabach ist ein altes armenisches Siedlungsgebiet, das während der Sowjetherrschaft willkürlich Aserbaidschan zugeschlagen wurde. Beim Zerfall der Sowjetunion entschieden in einer Volksabstimmung 1991 die Bewohner des Gebiets sich zu 99 Prozent für die Selbstständigkeit ihrer Region. Aserbaidschan hat dieses Selbstbestimmungerecht nicht anerkannt und versuchte anschließend, das Gebiet militärisch zu besetzen. Den hieraus entstandenen Krieg zwischen Armeniern und Aserbaidschanern haben die Aserbaidschaner verloren. 1994 wurden die Kampfhandlungen durch einen Waffenstillstand unter Aufsicht der OSZE beendet. Die von der „Minsker Gruppe", das heißt von den USA, Frankreich und Russland, eingeleiteten Friedensgespräche wurden jedoch seit Ende der 1990er Jahre durch Aserbaidschan boykottiert und führen immer wieder zu militärischen Provokationen von Seiten der aserbaidschanischen Streitkräfte, die im Vorfeld des Genozid-Jubiläums zugenommen haben. Während Armenien sich klar zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes bereit erklärt hat, hat Aserbaidschan seit 2003 seinen Rüstungsetat verdreißigfacht.

PAZ: *Wie groß ist die Kriegsgefahr heute im Kaukasus?*

Tigran Balayan: Die Kriegsgefahr ist groß. Der Verteidigungsminister Aserbaischans hat alle Armenier zu Feinden erklärt. Ein aserbaidschanischer Offizier, der im Rahmen einer Nato-Übung 2007 in Ungarn einen armenischen Offizier im Schlaf ermordet hatte, wurde vom Präsidenten Aserbaidschans begnadigt und zum Nationalhelden erklärt. Das sind keine guten Zeichen.

Waffenembargo beendet

Russland liefert dem Iran 2010 bestellte Luftabwehrsysteme

Mit fünfjähriger Verspätung wird Russland an den Iran bereits 2010 bestellte Luftabwehrsysteme vom Typ S-300 liefern. Russlands Außenminister Sergei Lawrow begründet diesen Schritt zum einen damit, dass nach dem Lausanner Abkommen über die Atompolitik des Iran das Waffenembargo nicht mehr notwendig sei. Andererseits argumentiert er: „Die 2010 angenommene Resolution 1929 des UN-Sicherheitsrates beinhaltete keine Einschränkungen für die Lieferung von Luftabwehrmitteln an den Iran." „Es sei betont", so der russische Chefdiplomat, „dass der S-300-Komplex ausschließlich für die Verteidigung bestimmt ist. Seine Raketen sind nicht für Angriffszwecke geeignet und werden die Nachbarstaaten, darunter auch Israel, nicht gefährden."

Konstantin Kossatschow, der Chef des Auswärtigen Ausschusses des russischen Föderationsrates, meint, die S-300-Abwehrsysteme könnten nur diejenigen Mächte beunruhigen, die daran dächten, den Iran mit Bomben anzugreifen. Tatsächlich bedeuten die S-300-Systeme für den Iran und seine verbleibenden kerntechnischen Anlagen einen großen Schutz. Dave Majumdar, ein Mitarbeiter der US-Online-Zeitung „The Daily Beast", ist der Auffassung, dass damit Angriffe der US- und der israelischen Luftwaffe auf den Iran unmöglich gemacht würden. Verschiedene hohe US-Militärs glauben, die russischen Flugabwehrraketen könnten weite Gebiete für US-Flugzeuge wie die General Dynamics F-16 „Fighting Falcon" oder die McDonnell Douglas F/A-18 „Hornet" zur Flugverbotszone machen.

> Dem Westen droht eine Verständigung der Sanktionsopfer

Die Lieferung der Verteidigungswaffen erfolgt vor dem Hintergrund einer Entspannung der Militärbeziehungen zwischen den beiden von Sanktionen des Westens betroffenen Parias Russland und Iran. Bei der 4. Internationalen Moskauer Sicherheitskonferenz am 16. und 17. April besprachen der russische Verteidigungsminister Sergej Schojgu und sein iranischer Kollege Hossein Dehkan über eine erweiterte militärische Zusammenarbeit der beiden Länder.

Die beiden Politiker kennen einander bereits von einem Besuch Schojgus im Januar in Teheran. „Wir haben Meinungen über diverse aktuelle Probleme der internationalen und regionalen Tagesordnung ausgetauscht", so Schojgu damals. „In erster Linie gilt das für die Situation im Nahen Osten und in Afghanistan. In vielen Aspekten liegen unsere Einschätzungen nahe beieinander oder stimmen überein."

Die USA machen notgedrungen gute Miene zu dem Spiel. Einerseits zeigt man sich zwar besorgt, verzichtet aber andererseits darauf, die Entscheidung des Kreml als Hindernis für die weiteren Atom-Gespräche mit dem Iran zu kritisieren. Auch Ben Rhodes, Sicherheitsberater von US-Präsident Barack Obama, versucht einen Spagat. Einerseits erklärt er: „Wir haben der russischen Regierung unsere Sorge diesbezüglich dargelegt", andererseits versichert er, Washington setzte auf eine gute Zusammenarbeit mit Russland, jedenfalls was die iranische Atom-Politik angehe.

Florian Stumfall

Eklatante Parallele

Wird ein kirgisischer Majdan vorbereitet?

Ende März landete zweimal je eine Maschine der ukrainischen Fluggesellschaft Antonow Airlines vom Typ Antonow An-124 „Ruslan" auf dem Flugplatz der kirgisischen Hauptstadt Bischkek, um dort insgesamt 150 Tonnen Güter abzuladen. Das wäre weiter nicht bemerkenswert, wenn diese Fracht nicht als „Diplomatenpost" deklariert gewesen und nicht von Mitarbeitern der US-Botschaft abgeholt worden wäre. Kein Wunder, dass es allenthalben Rätselraten über dieses ungewöhnliche Anschwellen der US-Korrespondenz mit Bischkek gibt. Die kirgisische Zeitung „Delo Nr." berichtete: „In diesen Tagen bekam die US-Botschaft insgesamt zwölf Container mit einer Gesamtmasse von 152 Tonnen." Da diese als Diplomatenpost galten, waren sie der Kontrolle der kirgisischen Behörden entzogen. Die US-Botschaft in Bischkek ist etwas schweigsamer: „Wir werden das nicht kommentieren."

> Kirgistan bei den USA in Ungnade gefallen

Der Vorgang reizt indessen dazu, denn er erinnert an zwei Vorgänge. Zum einen berichtet „Delo Nr.", dass im Jahr 2013 ähnliche „diplomatische Frachten" an die US-Botschaft in Kiew geschickt wurden. Damals musste sich noch die US-Luftwaffe selbst bemühen, jetzt scheinen ihr die Ukrainer das abzunehmen. Wenige Tage nach dieser Sendung brach auf dem Majdan in Kiew der Putsch los. Der ukrainische Geheimdienst SBU, damals noch der legitimen Regierung Janukowitsch verpflichtet, ermittelte, dass in den US-Flugzeugen Kisten mit 60 Millionen US-Dollar in kleinen Scheinen angeliefert worden waren. Später tauchten auf dem Majdan frische Dollar-Noten in einer Stückelung von zehn, 20, 50 und 100 Dollar auf. Man wird sehen, ob in Bischkek Ähnliches geschieht.

Zum Zweiten ist zu bedenken, dass die USA mit Kirgistan noch eine Rechnung offenhaben. Seit dem Juli des vergangenen Jahres nämlich ist es der US-Luftwaffe von der Regierung in Bischkek untersagt, den internationalen Flughafen Manas zu nutzen. Die USA verloren damit eine ihrer wichtigen Militärbasen im Süden der russischen Grenze. *F.S.*

»Ohne uns läuft nichts«

Bundeskongress der Deutschen Polizeigewerkschaft übte harsche Kritik an den Politikern

Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat auf ihrem Bundeskongress in Berlin den aus Duisburg stammenden Polizeihauptkommissar Rainer Wendt erneut mit sehr großer Mehrheit zu ihrem Bundesvorsitzenden gewählt. Wendt warf den Politikern vor, der Polizei nicht die richtigen Aufgabenschwerpunkte zu setzen. Tausende Polizeibeamte würden falsch eingesetzt.

„Sicherheit, Freiheit, Bürgerrechte – Ohne uns läuft nichts“, hieß das Motto des 24. Bundeskongresses der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) im Deutschen Beamtenbund (dbb). Wendt forderte in einer kämpferischen Rede eine Entlastung der Polizei von sinnlosen und überflüssigen Aufgaben. Beispielsweise könnte man sie davon befreien, hinter Schwertransporten herzufahren. „Das machen Tausende Polizisten“, kritisierte Wendt. Diese Aufgabe könnten auch „Verwaltungshelfer“ leisten. Die Polizei habe dringendere Aufgaben, sagte er mit Verweis auf die unter anderem hohe Zahl von Wohnungseinbrüchen. Der Gesetzgeber habe es versäumt, den Polizeibeamten die richtigen Aufgabenschwerpunkte zu setzen, kritisierte Wendt.

Die Dreistigkeit und Intensität, mit der Einbrecher in Deutschland Wohnungen und Häuser heimsuchten, sei ein Indiz dafür, dass „der Kraft dieses Staates, geltende Normen auch durchzusetzen, wenig Respekt entgegengebracht“ werde. Die Wohnungseinbrecher müssten heute nicht mehr damit rechnen, dass die Polizei um die Ecke komme: „Sie wissen, da kommt keiner.“ In „mehr als vier von fünf Fällen“ würden die Täter nicht gefasst. „Mindestens fifty-fifty muss das Risiko für Einbrecher werden“, forderte der DPolG-Vorsitzende. Gebraucht würden „genügend Polizisten, die die Einbrecher festnehmen, Staatsanwälte, die sie anklagen, Richter, die sie verurteilen“.

> »Es ist eine breite gesellschaftliche Debatte nötig, wie der Staat verloren gegangene Autorität wiedererlangt«

Die zu Recht verängstigte Bevölkerung entwickele immer häufiger eigene Aktivitäten, um sich zu schützen. „Bürgerwehren sprießen überall aus dem Boden, und es sind übrigens auch dann noch Bürgerwehren, wenn sie von den Innenministern der Länder verschämt Ordnungspartnerschaften genannt werden“, kritisierte Wendt.

Die Polizei müsse versuchen, durch bessere Ermittlungsinstrumente „das Handeln der Ganoven möglichst präzise vorherzusehen, dafür gibt es Instrumente: ‚predictive policing‘ ist sozusagen das Stichwort“. Dabei werden große Datenmengen zusammengeführt, um Tatmuster zu erkennen. Inzwischen wird dafür zum Beispiel in Bayern die Prognose-Software „PreCobs“ getestet. Dabei werden anonyme Falldaten dazu benutzt, Wahrscheinlichkeiten für eine weitere gleichgelagerte Straftat in einem abgegrenzten geografischen Raum in unmittelbarer Nähe zu berechnen.

Scharf kritisierte Wendt, dass Polizisten sowohl bei der täglichen Einsatzbewältigung als auch bei Großdemonstrationen Gewaltattacken ausgesetzt seien, die nicht selten den Tod von Einsatzkräften mindestens billigend in Kauf nähmen. Gewalt richte sich inzwischen aber auch gegen andere Berufsgruppen wie Lehrer, Sozialarbeiter, Richter, Staatsanwälte, Erzieher, Finanzbeamte, Gerichtsvollzieher, Bewährungshelfer, kommunale Beschäftigte und solche in den Jobcentern. „Es ist eine breite gesellschaftliche Debatte nötig, wie der Staat verloren gegangene Autorität wiedererlangt“, forderte Wendt.

Die Zahlen der Aufgriffe illegal Einreisender „schießen nach oben, das Personal der Bundespolizei stagniert bestenfalls, die Belastungen steigen dramatisch“, sagte Wendt. Wenn Polizeibeamte pflichtgemäß Kontrollen durchführten, um illegale Migration festzustellen und Schleuserbanden auf die Spur zu kommen, würden ihnen dabei immer wieder Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unterstellt. „Dieser Vorwurf ist dumm, infam und bösartig, wir weisen das mit Entschiedenheit zurück“, erklärte er. Wenn die Bundespolizei „nicht die 80-jährige Oma“ kontrolliere, die vielleicht auf dem Weg zu ihren Enkeln sei, sondern „jüngere Personen, die aufgrund der Umstände ihres Antreffens, der Zusammensetzung der Personengruppen, wegen mitgeführter Gegenstände und anderer Persönlichkeitsmerkmale“ die höhere Wahrscheinlichkeit erkennen ließen, dass es sich um illegal Einreisende handele, dann sei das kein Rassismus, sondern die Anwendung des „gesunden Menschenverstandes“.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) kam in seiner Rede ebenfalls auf diesen Punkt zu sprechen: „Dass ein Polizist irgendwie nach bestimmten Kriterien und seiner Nase und seinem Bauchgefühl einen Blick für Verdächtige hat, dass das auch irgendwie mit äußeren Anzeichen zu tun hat – ehrlich gesagt, das lernen Sie hoffentlich im ersten Jahr in der Polizeischule oder Sie sind keine guten Polizisten. Das darf man nicht als ‚Racial Profiling‘ verunglimpfen, sonst können Sie ihre Arbeit einstellen.“ *Michael Leh*



Er warf den Politikern vor, der Polizei nicht die richtigen Aufgabenschwerpunkte zu setzen: Der in Berlin in seinem Amt bestätigte Bundesvorsitzende der DPolG, Rainer Wendt Bild: Leh

MELDUNGEN

Sperrfrist für Ex-Minister

Berlin – Die Bundesregierung will die Beschäftigung eines ehemaligen Ministers oder Staatssekretärs außerhalb des öffentlichen Dienstes in den ersten 18 Monaten nach seinem Ausscheiden aus der Regierung untersagen. Der dazu eingebrachte Gesetzentwurf sieht ein entsprechendes Verbot vor, wenn die neue Beschäftigung in Bereiche fällt, die in den Zuständigkeitsbereich des Regierungsmitglieds während seiner Amtszeit gehörten oder wenn sie „das Vertrauen der Allgemeinheit in die Integrität der Bundesregierung beeinträchtigen kann“. Mit dem Gesetz soll verhindert werden, dass durch den Anschein einer voreingenommenen Amtsführung mit Blick auf spätere Karriereaussichten oder durch die private Verwertung von Amtswissen das Vertrauen der Allgemeinheit in die Integrität der Bundesregierung beeinträchtigt wird. *J.H.*

Bereits der zweite Anschlag

Dresden – Gegen das Bürgerbüro der sächsischen Landtagsabgeordneten Frauke Petry von der AfD ist ein Anschlag verübt worden. Bereits Anfang April hatten Unbekannte das Bürgerbüro beschädigt. Petry erstattete Strafanzeige und lud gleichzeitig die Täter zu einem Gespräch über einen bestehenden Meinungsdissens ein. Der erste Anschlag bestand in der Verklebung von Fensterscheiben des Büros mit Aufklebern, der zweite in Schmierereien. Ein Selbstbezichtigungsschreiben wurde bislang nicht aufgefunden. Petry vermutet die Täter im linksextremen Milieu. Darauf deuten vor allem die geschmierten Parolen mit dem Kürzel „FCK NZS“ hin, was so viel bedeutet wie „Fuck Nazis“. *H.L.*

Die Chancen stehen gut

In Bremen kämpft die AfD um den Einzug in die Bürgerschaft

Am 10. Mai wird in Bremen eine neue Bürgerschaft gewählt. Eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition unter Jens Börnsen gilt als sehr wahrscheinlich. Vor diesem Hintergrund könnte die AfD auch hier den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen.

Der Landesvorstandssprecher der Bremer AfD, Christian Schäfer, wurde kürzlich im „Weser Kurier“ unter der Überschrift „Der Stille“ porträtiert. Nichtsdestoweniger sagte der 51-Jährige in einem NDR-Interview: „Ich spüre großen Rückhalt aus allen Lagern der Partei, zu uns kommen Mitglieder aus allen Teilen der Republik, die wirklich Politik machen wollen.“ Der Landesverband ist zahlenmäßig einer der schwächsten der Republik, aktuell zählt er rund 130 Mitglieder. An seiner Spitze stehen neben dem Unternehmer Schäfer Leute wie der Wirtschaftsprüfer und Bundesschatzmeister Piet Leidreiter. Sie gelten als Gefolgsleute des Parteigründers Bernd Lucke und als Vertreter des liberalen linken Parteiflügels. Schäfer möchte sich an den parteiinternen Auseinandersetzungen erklärtermaßen nicht beteiligen. Er hat zwar die „Deutschland-Resolution“ von Ex-Parteivize Hans-Olaf Henkel unterzeichnet und sich damit im „Lucke-Lager“ positioniert, aber Öl ins Feuer gießen will er nicht. „Die Differenzen in der Partei sind weniger inhaltlich, da geht's um Personen“, glaubt er.

Auseinandersetzungen gab es in den vergangenen Wochen genug. In Thüringen flog der Abgeordnete Siegfried Gentele aus der Landtagsfraktion, in Brandenburg gaben frühere Kommunalpolitiker aus Protest gegen einen vermeintlichen Rechtsruck ihr Parteibuch zurück, und in NRW kämpft der Landesvorsitzende Marcus Pretzell um sein Amt. Er hatte eine private Steuerschuld so lange nicht beglichen, bis die Finanzbehörden ein Konto des Landesverbands pfändeten. Zudem soll er einen Wohnortwechsel verschwiegen haben. Das Landesschiedsgericht prüft die Rechtmäßigkeit seiner Wahl. Der Bundesvorstand sprach eine Rüge aus. Der Jurist und Europaabgeordnete sieht sich als Opfer parteiinterner Intrigen und klagt resigniert: „Vertrauen gibt es in dieser Partei schon lange nicht mehr.“

> »Wir können uns nur selbst schlagen«

Das Vertrauen hat mittlerweile auch Henkel verloren, am vorletzten Donnerstag legte er aufgrund der seines Erachtens mangelnden Aufarbeitung der Causa Pretzell sein Amt im Bundesvorstand nieder. Für die Ziele der Partei wolle er sich jedoch weiter einsetzen.

Angesichts solcher Zustände kann es schon fast verwundern, dass die AfD vor Wochenfrist in einer Umfrage zur Bremen-Wahl erstmals die Fünf-Prozent-Hürde übersprang und deutlich vor der Konkurrenz von den „Bürgern in Wut“ liegt. „Die sind ein regionales Phänomen. Die Bremer AfD hat ein viel breiteres Themenspektrum“, erklärte Frauke Petry, Co-Sprecherin des Bundesverbands anlässlich eines Auftritts in der Hansestadt. Sie zählt zum konservativen rechten Flügel der Partei, wurde von Landeschef Schäfer dennoch in den Wahlkampf eingebunden. Er will die Fehler von Hamburg verhindern, als im Vorfeld der Bürgerschaftswahl ausschließlich auf Redner aus dem „Lucke-Lager“ zurückgegriffen wurde.

Griechen-Pleite, der Andrang von Asylbewerbern, die Diskussion um gezielte Einwanderung – die politische Großwetterlage für die AfD ist gut. „Wir können uns nur selbst schlagen“, sagt Christian Schäfer. *Peter Entinger*

Zeitzeugen



Islam Karimow – Der usbekische Präsident sieht im islamischen Fundamentalismus die größte Bedrohung des Landes. Dürre im Sommer und die Abwanderung von Arbeitskräften machen Usbekistans Wirtschaft, die vom Baumwoll- und Gasexport profitiert, zu schaffen. Im Wasserstreit drohte Karimow mehrfach mit Krieg.

Nursultan Nasarbajew – Der kasachische Präsident ist seit 1990 im Amt. In der Außenpolitik setzt er auf gute Beziehungen zu Russland und dem Westen. Da Erdöl- und Erdgasförderung die Basis der kasachischen Wirtschaft bilden, ist die wirtschaftliche Lage in Kasachstan besser als die der Nachbarn. Nasarbajew ist nicht unumstritten: Er soll einen Teil seines Vermögens als Schmiergeld von US-Ölfirmen gegen die Vergabe von Förderlizenzen erhalten haben.



Emomali Rahmon – Der tadschikische Präsident setzt sich für enge Beziehungen zu den islamischen Ländern der Region ein. Besonders zum Iran und Afghanistan hat der sunnitische Muslim engere Kontakte geknüpft, um gemeinsam mit dem Iran den Bau des Megaprojekts Rogun zu verwirklichen, nachdem die Unterstützung aus dem Westen zu lange auf sich warten ließ. Da auch der Iran Mangel an Trinkwasser hat, soll Tadschikistan gegen iranisches Öl Wasser liefern.

Almasbek Atambajew – Seit 2011 Präsident Kirgistans, bemüht er sich um gute Beziehungen zu China, Russland, dem Iran und der Türkei. Die USA unterhalten einen Stützpunkt in Manas, die Weltbank und die deutsche KfW finanzieren Investitionspläne. Kirgistan exportiert Gold, ist aber wirtschaftlich eng an die Nachbarn gebunden. Korruption belastet die wirtschaftliche Entwicklung.



Gurbanguly Berdimuhamedow – Der zweite Präsident Turkmenistans seit dem Ende der Sowjetunion ist studierter Zahnarzt. Als er 2007 Staats- und Regierungschef seines Landes wurde, reduzierte er den Personenkult seines Vorgängers, dessen Außenpolitik setzte er fort. Turkmenistan hat sich für neutral erklärt. Das hält ihm alle Optionen zum Export seiner Energieressourcen offen. Wirtschaftlich arbeitet das Land mit Russland, den USA und der Türkei zusammen.

Zwei Flüsse, fünf Anrainer

Ober- und Unterlieger pokern um Vormachtstellung: Wasser gegen Gas

In Zentralasien spitzt sich ein jahrelang schwelender Konflikt um Ressourcen zu. Es ist vor allem ein Verteilungskampf um Wasser, der in einem offenen Krieg münden könnte, wenn es – mit oder trotz internationaler Hilfe – nicht gelingt, den Streit friedlich zu regeln.

Zentralasien ist ein Pulverfass. Sollte das von der Weltbank befürwortete Rogun-Wasserkraftwerk in Tadschikistan, für das ein Staudamm riesigen Ausmaßes notwendig ist, tatsächlich gebaut werden, drohen militärisch ausgetragene Konflikte. Zentralasien würde zu einer neuen Konfliktregion der Größenordnung Afghanistans und des Irak. Regelmäßig kommt es zu Kämpfen zwischen Bauern, die sich gegenseitig des Wasserdiebstahls bezichtigen, und einzelnen Volksgruppen an den Landesgrenzen um bebaubares Ackerland. Aber auch Regierungen werfen sich gegenseitig Diebstahl vor, wenn es um die Wasserverteilung in der Region geht.

Es sind die fünf Staaten Kirgistan, Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan, die sich das Wasser zweier großer Flüsse teilen: des Amu-Darja und des Syr-Darja, die aus dem Wasser der Gletscher in den westlichen Himalaya-Ausläufern, dem Pamir- und dem Tien-Tschan-Gebirge gespeist werden.

Die Anrainerstaaten teilen sich in sogenannte Ober- und Unterlieger. Was die Lage in der Region so kompliziert macht, ist die Tatsache, dass die Oberlieger Kirgistan und Tadschikistan die Kontrolle über das Wasser haben, während die Unterlieger Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan keine weiteren Zuflüsse zu den beiden großen Strömen auf ihrem Staatsgebiet haben.

Weltbank unterstützt die Oberlieger, China die Unterlieger

Aus der Eigenständigkeit der ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken und der damit verbundenen finanziellen Selbstverantwortung hat sich eine Konkurrenzsituation zwischen Ober- und Unterliegern entwickelt. Während Kirgistan und Tadschikistan über nur geringe landwirtschaftliche Flächen und eine von Energieschwierigkeiten geplagte Industrie verfügen, fürchtet Unterlieger Usbekistan um seinen wasserintensiven Getreide-, Reis- und Baumwollanbau, Mehrfach hatte Usbekistan Gaslieferungen an die Oberlieger eingestellt, weil diese das dringend benötigte Schmelzwasser der Gletscher für den Sommer abgefangen hatte. Im Winter hingegen öffnen sie die Schleusen und überfluten ihre Nachbarn.

Kirgistan und Tadschikistan hoffen mit der Errichtung neuer und gigantischer Wasserkraftwerke auf Unabhängigkeit von Energieimporten und durch den Export überschüssiger Stromkapazitäten nach China auf wirtschaftlichen Aufschwung. Usbekistans Präsident Islam Karimow befürchtet, dass die Baumwollfelder weiter vertrocknen, und drohte bereits mit Krieg.

Neben den Anrainern selbst bemühen sich auch die USA, EU, Russland und China um Einfluss in der Region, indem sie sich an der Finanzierung der Großprojekte beteiligen. Die Weltbank erstellte im Auftrag Tadschikistans ein Gutachten, in dem der Bau des Rogun-Wasserkraftwerks befürwortet wird. Genau daran stößt sich die usbekische Regierung. Wie kann es sein, dass jemand, der als Finanzier ein maßgebliches Interesse an einem Bauvorhaben hat, das Gutachten für dieses erstellt?

Die Unterlieger setzen auf China. Öl- und Pipelineverbindungen aus Turkmenistan, Usbekistan und Kasachstan werden gebaut, eine Eisenbahnlinie, die alle drei Länder verbindet, ist geplant. China finanziert diese Projekte im Tausch gegen die Lizenz, Bergbaubetriebe und Ölfelder ausbeuten zu dürfen. *M. Rosenthal-Kappi*



Eines der umstrittenen Objekte: Staumauer des Wasserkraftwerks von Nurek in Tadschikistan Bild: pa

Konflikte begünstigen radikalen Islam

Mangelnde Kompromissbereitschaft, innenpolitische Instabilität sowie religiöser Extremismus begünstigen die Konflikte in Zentralasien. Die Länder bemühen sich um Kredite aus Brüssel und den USA, aber auch Russland und China sind als Geldgeber beliebt. Tadschikistan arbeitet auch mit dem Iran zusammen trotz der befürchteten politischen Islamisierung seitens Teherans. Der Iran peilt seit Langem eine Persische Union mit Tadschikistan und Afghanistan an.

Laut den Hamburger Einrichtungen „German Institute of Global and Area Studies“ und dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg ist der Kampf um die ideologische Vorherrschaft in Zentralasien bereits in vollem Gange. Besonders der radikale Wahhabismus saudischer Prägung stößt in den Republiken Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan auf fruchtbaren Boden. Wie in Afghanistan spielen Drogenhandel, konfessionelle und ethnische Konflikte sowie der Ressourcenkampf eine große Rolle für die Zukunft Zentralasiens und für die Sicherheit der Weltgemeinschaft. In das drohende Machtvakuum drängen auch Regionalmächte wie Indien, Iran und Pakistan.

Duschanbe: Iran gewinnt an Einfluss

Um der Instabilität in der Region entgegenzuwirken, unterstützt die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) Usbekistan mit diversen Maßnahmen im Kampf gegen Terrorismus.

2008 hat die Bundesregierung mit der „Berliner Erklärung“ eine „Wasserinitiative Zentralasien“ ins Leben gerufen. Wissenschaftler des Geoforschungszentrums Potsdam haben Forscherteams zur Verfügung gestellt, die vor Ort eine Bestandsaufnahme über die Wasservorräte vornehmen. *MRK*

Heute Freund, morgen Feind

Staatslenker lavieren zwischen Geldgebern aus West und Ost

Als die zentralasiatischen Republiken nach dem Zerfall der Sowjetunion unabhängig wurden, zerbrachen die bis dahin getroffenen Vereinbarungen allmählich. Seitdem herrscht Konkurrenzdruck in der wirtschaftlichen Entwicklung, bei der Wasser- und Energieversorgung eine zentrale Rolle spielen. Zwar wurden immer wieder bilaterale Vereinbarungen getroffen, diese führten jedoch regelmäßig zu diplomatischen Auseinandersetzungen und der anschließenden Einstellung der Gaslieferung seitens Usbekistans. Ungeklärte Gebietsansprüche, Nationalitätenkonflikte, islamistischer Terrorismus, soziale Unruhen, illegale Migration, Drogenanbau und organisierte Kriminalität prägen das Bild der Region, die elf Mal größer als Deutschland ist. Rund 60 Millionen Einwohner teilen sich ein Gebiet, das im Süden an die Krisenländer Afghanistan und Iran grenzt.

Zu Zeiten der Sowjetunion wurde die Kooperation zwischen Unter- und Oberliegern von Moskau aus zentral geregelt. Die bestehenden Konflikte konnten so im Zaum gehalten werden. Energiereiche Staaten versorgten ihre energiearmen Nachbarn mit Energie, diese erklärten sich bereit, die Wassermenge zu Zeiten des Anbaus im Sommer nicht zu drosseln. Das führte zur Schaffung des Toktogul-Stausees am Syr-Darja in der Kirgisischen Sowjetrepublik und des Nurek-Staudamms südöstlich von Duschanbe.

Marode und fehlende Infrastruktur führt zu mehr Wasserarmut

Während Usbekistan Gas und Strom lieferte, kam das Wasser für die usbekische Monokultur Baumwolle aus Kirgisien und Tadschikistan. Diese Gegenseitigkeit funktionierte bis 2008, als Usbekistan seine Strom- und Gaslieferungen an die Oberlieger einstellte. Selbst die Eisenbahnverbindung wurde blo-ckiert. Als Reaktion beschlossen die beiden Staaten den Bau mehrerer Wasserkraftwerke.

Rivalitäten unter den Staatslenkern, die allesamt Kadern der kommunistischen Partei in den Sowjetrepubliken entstammen, erschweren die Zusammenarbeit. Ein Problem, das den ständig steigenden Wasserbedarf verschärft, ist die veraltete Infrastruktur. Viele tausend Kilometer Kanäle wurden gebaut, Geld für den Unterhalt und die Modernisierung fehlt jedoch.

Besonders verheerend ist die Situation am Aralsee. 90 Prozent seiner Wasserfläche sind heute vertrocknet. Es ist die sichtbare Folge einer verfehlten Agrarpolitik Während der Sowjetunion wurden im usbekischen Hafen Mojnak noch täglich 6000 Tonnen Fisch angelandet. Nur ein Schiffsfriedhof zeugt heute noch davon. Die Arbeiter sind abgewandert, die Verbliebenen sind arbeitslos und leiden an Vergiftungen durch eine zu hohe Salzkonzentration in der Atemluft. Am Aralsee, einst das viertgrößte Süßwasserreservoir weltweit, herrscht Wasserarmut.

Bei ihrem Bemühen um wirtschaftlichen Aufschwung nähern sich die Länder mal Russlands Interessenpolitik, mal unterstützen sie die USA oder China, je nachdem, wer ihnen die größte Unterstützung für ihre groß angelegten Projekte zusichert. *MRK*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Asylflut: Berlin kapituliert

Behörde erstickt in der Masse: Mitarbeiter winken die Fälle offenbar nur noch durch



Ohnmacht des Rechtsstaats: Gedränge in Berlins Zentraler Aufnahmestelle für Asylsuchende
Bild: SZ

Berlins Ausländerbehörde ist unter dem Ansturm von Zuwanderern zusammengebrochen, spricht rechtswidrig lange Duldungen aus und lässt Straftäter einwandern. Der Senat setzt auf mehr Geld – nicht für die Behörde, sondern für Integration.

Die Ausländerbehörde der Hauptstadt ist am Ende. Ersatzpapiere, Bescheinigungen über angebliche Besuche auf dem Amt, die wegen Überlastung nicht stattfinden können, Duldungen über 18 statt der gesetzlich vorgesehenen drei Monate zeichnen ein desaströses Bild. Der Publikumsverkehr kommt zum Erliegen.

Die Politik kann das nicht überraschen. Nach Medienberichten hat die Ausländerbehörde die Innenverwaltung schon im Januar vor dem drohenden Zusammenbruch gewarnt. Es stehe zu befürchten, dass die Einrichtung „ab März/April nicht mehr arbeitsfähig sein wird“, berichtete der Behördenleiter an Innenstaatssekretär Bernd Krömer (CDU). Der Brandbrief listet auf: Im vierten Quartal 2012 seien rund 10 200 Zuwanderer mit ihren Anliegen bei der Behörde erschienen. Genau zwei Jahre später waren es demnach 17 500. Bedient ein Sachbearbeiter mit Mühe 60 Fälle am Tag, so muss er jetzt 90 und mehr schaffen, unmöglich, so Experten.

Die Überlastung ist eine Folge politischer Gleichgültigkeit. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) warnt „seit Jahren“, das „sehr hohe Engagement“ der Mitarbeiter könne „eklatanten Personalmangel nicht auf Dauer ausgleichen“. Die Zahl der Überlastungsanzeigen von Beschäftigten sei hoch, so ein aktuelles Papier des GdP-Bundesvorstands.

Im Sommer vergangenen Jahres stand Krömer wegen der drohenden Abschiebung eines Mannes aus Mali in der Kritik. „Wir können nicht Recht und Gesetz ersetzen“, so der Politiker damals unter Verweis auf die Arbeit der Ausländerbehörde Sachsen-Anhalt, die Berlin mit umzusetzen habe. Dafür hagelte es Kritik von links. Inzwischen haben sich „Recht und Gesetz“ für Berlins Behörde erledigt. Sie verstößt notgedrungen selbst dagegen, dauernd.

> Selbst Straftäter und Terroristen bleiben ungeprüft

Der Behördenleiter gab laut Medienberichten gegenüber Krömer an, „teilweise entgegen aufenthaltsrechtlichen Vorschriften“ zu „Entlastungsmaßnahmen“ zu greifen. Einziger Zweck ist demnach, die Zuwanderer so lange wie möglich nicht wieder als Fall auf dem Schreibtisch zu haben. Duldungen können sich so bis zu 18 Monaten erstrecken, wo im Regelfall per Gesetz drei bis vier vorgesehen wären. Soll die Behörde eine Niederlassungserlaubnis erteilen, verzichte sie aus Überlastung auf den Datenabgleich mit Sicherheitsbehörden. Dies heißt: Das Amt überwacht somit nicht mehr, ob Straftäter oder politische und religiöse Extremisten oder potenzielle Terroristen einwandern.

Krömer kann den Zusammenbruch der ihm unterstellten Behörde seit Jahren verfolgen. Ein Anzeichen dafür ist die wachsende rechtsstaatliche Ohnmacht gegenüber den Zuwanderern, deren Aufenthalt rechtswirksam zu enden hätte. Auf eine parlamentarische Anfrage der Opposition zu Ausweisungen antwortete Krömer im März. Danach sinkt die Zahl der Ausweisungen durch Berlins Ausländerbehörde trotz deutlich steigender Zuwanderung und trotz konstant niedriger Anerkennungsquote von Asylanträgen. Im Jahre 2000 gab es laut Krömer 542 Ausweisungen, 2011 nur noch 440, 2012 waren es 414 und 2013 dann 374. Vergangenes Jahr wies Berlin gerade noch 276 Menschen aus.

Schon zum zweiten Mal bricht in Berlin eine mit dem Komplex Zuwanderung befasste Behörde unter der Arbeitsflut zusammen, die mit dem rasant steigenden Zustrom über sie hinwegrollt. Vergangenes Jahr musste das Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) wegen Überlastung kurzzeitig schließen. Zu dem damaligen Missstand haben sich dort inzwischen Vorwürfe um zweifelhafte Millionengeschäfte gesellt.

Die Lageso ermittelt gegen einen Mitarbeiter. Der Verdacht: Private Wohnungsbetreiber haben beim Betrieb von Zuwandererunterkünften auf Kosten der Steuerzahler krumme Geschäfte gemacht. Weil die Lageso jede nur denkbare Unterbringungsmöglichkeit nutzt, um die Zuwanderung zu kanalisieren, kann sie kaum mehr kritisch prüfen. Die private Firma Pewobe soll Verträge nicht erfüllt, aber trotzdem abkassiert haben. Über eine kurzfristig gegründete Firmentochter schlug die Pewobe laut Medienrecherchen mehrere Millionen Euro auf einen Wohnkomplex auf, der nun als Zuwandererunterkunft dient. Der Steuerzahler ist bei diesem Geschäft der Verlierer. Bis Mai soll die Innenrevision der Lageso entsprechende Verträge mit Betreibern von Unterkünften prüfen.

In der Zwischenzeit erwartet die Ausländerbehörde einen weiteren massiven Anstieg der Arbeitsbelastung. Statt geltendes Recht umzusetzen und die Behörden entsprechend auszustatten, startet der Senat unter Federführung von Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) eine Initiative, die derzeit 42 000 „Flüchtlinge“ in Berlin schneller in Arbeit bringen soll. Geld soll vor allem an sogenannte „Integrationslotsen“ fließen.

Der Senat rechnet bis Jahresende mit 10 000 weiteren „Kunden“ der Ausländerbehörde. Statt eines Aufenthaltstitels mit echter Rechtsgrundlage gibt es mehr Dauerduldungen aus Behördennotlage. Das öffnet Rechtsklagen ein weites Feld: Wenn keine Rechtsgleichheit herrscht oder die Arbeitsbelastung der Entscheider ausschlaggebend ist, ob und wann ein Verfahren bearbeitet wird, steht die Sinnfrage des Ausländerrechts im Raum. Genau das ist das Ziel linker Politik. *Sverre Gutschmidt*

(siehe Kommentar auf Seite 8)

Alte Mitte

Von Vera Lengsfeld

Dresden hat es vorgemacht: Erst wurde die Frauenkirche wiederaufgebaut, dann erstand um sie herum der Neumarkt – das hat Dresden gutgetan. Und die Rekonstruktion der verschwundenen Altstadt geht mit dem Jüdenhof weiter.

In Berlin ist das Schloss bereits wieder sichtbar, aber die Stadt in seinem Rücken fehlt. Die verschwand in den 60er Jahren so gründlich, dass bis auf die Marienkirche kaum noch etwas an sie erinnert.

Viele Berliner wünschen sich eine Teilrekonstruktion der abgeräumten Gebäude. Im Internet tobt darüber eine leidenschaftliche Debatte auf stadtdebatte.berlin.de schon seit vier Wochen. Der „Tagesspiegel“ zitierte dieser Tage eine Stimme: „Dem Schloss muss die Altstadt folgen. Da geht kein Weg dran vorbei.“ Der neue Bausenator Andreas Geisel dämpft diese Erwartung: „Wer sich Wohnhäuser wünscht, muss sich auch Gedanken über die Bewohner machen, die sich das leisten können.“ Geisel möchte einen internationalen Wettbewerb, der im Herbst beginnen soll.

Eine lange von der Senatsverwaltung angekündigte „Auftaktveranstaltung“ zum Thema Gestaltung der alten Mitte fand kürzlich im Berliner Congress Center (BCC) am Alexanderplatz statt. Rund 400 Bürger waren gekommen, angemeldet hatten sich 700. In den kommenden Monaten wollen die Senatsverwaltung und das Kuratorium Berliner Mitte mit den Bürgern ins Gespräch kommen.

Diskutiert werden soll die Nutzung des Raumes zwischen Fernsehturm und Spree, Marienkirche und Rotem Rathaus. Mitte des Jahres und zum Abschluss der Stadtdebatte sollen dann in Bürgerwerkstätten, Fachkolloquien und Foren gemeinsam Ideen entwickelt werden. Parallel dazu können die Bürger auch im Internet über die Nutzung des Gebiets diskutieren. Die Ergebnisse sollen Ende des Jahres dem Abgeordnetenhaus übergeben werden.

Aber, wie die „Morgenpost“ schrieb: „Viele (Bürger) waren skeptisch, ob sie wirklich bei den Plänen mitreden könnten.“ Mit Recht: Besucher kamen kaum zu Wort, nur Vertreter aus Politik und Wirtschaft debattierten. Warum dann Bürger einladen, wenn ihre Meinung letztlich nicht gefragt ist? Liegt es vielleicht daran, dass von den Berlinern etwas zu hören ist, was den „Spezialisten“ nicht gefällt?

Für viele Bürger sprach Alexander Darda, Stadtführer aus dem Prenzlauer Berg: „Das Areal braucht eine Reurbanisierung.“ Dagegen würde der Architekt Lars Krückeberg vom Büro Graft gerne „Gras über Alt-Berlin wachsen lassen“.

Dies ist aber keine neue Idee. Das hat die DDR schon vorgemacht. Dagegen erinnere ich gern an den schönen Buchtitel von Heinz Knobloch, „Bürger, misstraut den Grünanlagen“.

Doch immerhin: Die Debatte hat begonnen.

Erneut nur auf Abruf?

Brandenburg: CDU kürt schon wieder neuen Chef, AfD kaum sichtbar

Geht es nach der Statistik, dann besteht nur eine geringe Chance, dass der neue brandenburgische CDU-Vorsitzende Ingo Senftleben bis zur Landtagswahl 2019 durchhält. Im Schnitt vergehen nur rund 2,5 Jahre, bis die CDU-Brandenburg ihren Chef austauscht.

Erste Zeichen sind schon erkennbar: Zwar ist Senftleben von etlichen Kreisverbänden nominiert worden – auf dem Parteitag am 25. April fehlte aber die Unterstützung des mitgliederstarken Kreisverbandes Potsdam-Mittelmark. Interessant zu beobachten sein wird auch, wie sich das Verhältnis zu Steeven Bretz, den ebenfalls neu gewählten Generalsekretär, entwickelt. Bretz erhielt mit 83,3 Prozent nicht nur klar mehr Stimmen auf dem Parteitag als Senftleben (76,8 Prozent). Er wirkt im Auftreten auch wesentlich agiler und angriffslustiger als Senftleben, der eher als fleißiger „Aktenfresser“ gilt.

Bislang scheint das Verhältnis der beiden gut. Ob das so bleibt, wenn der rhetorisch begabte Bretz zusehends ins Rampenlicht rücken sollte, ist offen. Erklärtes Ziel von Senftleben und Bretz ist es, dass die CDU 2019 die SPD ablöst und die Regierung übernimmt. Auf dem Weg dahin will die CDU verstärkt mit eigenen Konzepten auftreten. Angekündigt ist ein Papier zur umstrittenen Kreisgebietsreform, zudem hat sich die CDU-Landtagsfraktion für die Option einer dritten Startbahn beim neuen Großflughafen BER ausgesprochen.

> »Gauland kümmert sich eher um Streit in seiner Bundespartei«

Gegenüber der AfD setzt Senftleben auf Distanz: „Bei dem, was die AfD hier momentan bietet, kann man sich nur abgrenzen. Weil sie sich nicht um das Land Brandenburg kümmern. Herr Gauland kümmert sich darum, ob die AfD bundesweit nach rechts rückt oder nicht. Und die Anträge im Landtag sind nicht zustimmungsfähig, weil sie einfach nur vor Unwissenheit strotzen“, so der 39-Jährige.

Tatsächlich kann die AfD-Landtagsfraktion mit ihrer Arbeit bisher kaum überzeugen. Sie ist seit Herbst im Landtag, trotz der zahlreichen Probleme Brandenburgs ist die Partei aber in Sachfragen oft nicht wahrnehmbar. Alexander Gauland wird zwar bundesweit wahrgenommen, mit Blick auf die Landespolitik dürften sich viele Brandenburger aber mehr erhofft haben. So ist es außer dem prominenten Aushängeschild Gauland bisher kaum einem Mitglied der AfD-Fraktion gelungen, sich mit landespolitischen Themen in der Öffentlichkeit zu profilieren.

Norman Hanert

Angst-Ort U-Bahn

Auf Berlins Bahnhöfen blüht das Verbrechen

Nachdem der Berliner Alexanderplatz immer wieder wegen schwerer Gewalttaten in die Schlagzeilen geraten ist, belegt nun eine Statistik, dass auch die U-Bahnstation „Alexanderplatz“ eine auffällig hohe Kriminalitätsrate aufweist.

Wie die Antwort der Innenverwaltung auf eine Parlamentarische Anfrage des SPD-Abgeordneten Björn Eggert ergab, lag der U-Bahnhof 2014 bei Mord, Totschlag und gefährlicher Körperverletzung mit 154 Taten und bei Diebstahl mit 354 Taten auf Platz 1. Zu den gefährlichsten U-Bahnhöfen zählen nach dem Alexanderplatz die Stationen Kottbusser Tor, Görlitzer Bahnhof, Zoologischer Garten, Hallesches Tor und Hermannplatz.

> Der Alex ist die gefährlichste Station

Bei Gewaltdelikten, wozu auch Erpressung, Nötigung, Freiheitsberaubung, Raub und Sexualdelikte zählen, stehen auf Platz 2 und 3 die Stationen Kottbusser Tor und Görlitzer Bahnhof mit 123 und 121 Straftaten. Es folgen Zoologischer Garten (87), Hermannplatz (76) und Osloer Straße (75).

Eggert betont, dass in Berlin viele Menschen, vor allem Familien, auf die U-Bahn angewiesen seien und fordert: „U-Bahnhöfe dürfen nicht zu Angsträumen werden.“ Tatsächlich kann Berlins öffentlicher Nahverkehr mittlerweile generell als eine Art von sozialer Parallelwelt angesehen werden, von der Politiker, Medien und gehobenes Bürgertum oftmals kaum etwas mitbekommen, wenn sie sich ausschließlich mit dem Auto durch die Stadt bewegen. Speziell die von Rudow bis Rathaus Spandau über fast 32 Kilometer verlaufende Linie U7 gilt mittlerweile als längste Drogenmeile der Hauptstadt. *N.H.*

Protest gegen Asylantenheim

In Nauen bei Berlin regt sich Protest gegen eine geplante Unterkunft für Asylbewerber. Über das Ausmaß des Bürgerwiderstands kursieren unterschiedliche Einschätzungen. Die „Märkische Allgemeine Zeitung“ berichtet über einen von 70 Teilnehmern besuchten Protestaufzug gegen das neue Asylantenheim und 100 Gegendemonstranten. Ein gleichzeitig von dem Blatt publiziertes Bild lässt die Zahl der Gegendemonstranten allerdings deutlich geringer erscheinen. Teilnehmer des Protestaufzuges gegen das Heim reklamieren 150 Teilnehmer und monieren „Polizeischikanen“, die verhindert hätten, dass mehr Bürger gegen die Unterkunft demonstrierten. Am Rande der Veranstaltung wurde bekannt, dass die Stadt vor der geplanten Unterkunft einen aufwendigen Spielplatz errichtet und vom Land einen langfristigen Kredit für den Bau erhalten habe. Anwohner äußern im Internet Sorgen über einen Wertverlust ihrer Immobilien. *H.L.*

MELDUNGEN

Rücksicht auf London

Edinburgh – Der Verdacht, dass die Ausstrahlung der Fernsehserie „Outlander“ über den schottischen Unabhängigkeitskampf aus Rücksicht auf London gezielt bis nach dem schottischen Unabhängigkeitsreferendum vom 18. September vergangenen Jahres hinausgezögert wurde, hat neue Nahrung erhalten. Wie die Zeitung „Herald of Scotland“ berichtet, legt eine Sammlung von E-Mails, die auf der Enthüllungsplattform „WikiLeaks“ veröffentlicht wurde, den Schluss nahe, dass der Sony-Konzern den Verkauf der von ihr produzierten Serie bewusst verzögert hat. In den USA war der Mehrteiler bereits ab August 2014 ausgestrahlt worden. *N.H.*

Kadyrow wird abtrünnig

Grosny – In einem Vortrag vor Sicherheitskräften hat der tschetschenische Präsident Ramsan Kadyrow dazu aufgerufen, alle russischen Polizisten zu töten, die sich ohne Genehmigung in Tschetschenien aufhielten. Vorausgegangen war eine Fahndung südrussischer Polizeieinheiten in der tschetschenischen Hauptstadt, bei der ein gesuchter tschetschenischer Gewalttäter erschossen wurde. Das russische Innenministerium bezeichnete die Aussagen Kadyrows, der Mitglied der russischen Regierungspartei Einiges Russland ist, als „inakzeptabel“; zudem sei die Polizeiaktion mit den tschetschenischen Sicherheitsbehörden abgestimmt gewesen. Kadyrow, der seine Drohung vor der Presse wiederholte, bestreitet dies. Der bislang mit Moskau verbündete und üppig alimentierte Milizenführer setzt sich in letzter Zeit zunehmend vom finanziell angeschlagenen Russland ab und versucht offenbar, durch Amnestieangebote einen Pakt mit seinen innertschetschenischen Gegnern zu schließen. *T.W.W.*

Dschihad auf dem Mittelmeer

Der Massenmord an afrikanischen Christen auf einem Asylbewerberboot war kein Einzelfall

Das Mittelmeer wird nach dem nun bekannt gewordenen Massenmord an afrikanischen Christen durch Islamisten auf einem Asylbewerberboot immer mehr zum Kampfgebiet des „Heiligen Krieges“.

In der Straße von Messina, in Sichtweite der ersten Kirchtürme Italiens, haben muslimische Bosstsasylbewerber kurz vor ihrer Rettung durch die italienische Marine zwölf christliche Mitreisende unter dem Schlachtruf der Dschihadisten „Allahu Akbar“ über Bord geworfen. Die Polizei in Palermo nahm 15 Dschihadisten in Gewahrsam. Die mutmaßlichen Täter stammen aus Mali, Senegal und der Elfenbeinküste; auch ein Minderjähriger war unter ihnen. Ihre christlichen Opfer stammten aus Nigeria und Ghana. 105 Passagiere seien auf dem Schlauchboot gewesen, das in Libyen in See gestochen sei, das nach dem Zerfall seiner staatlichen Strukturen mehrheitlich von den Islamisten beherrscht wird. Unterwegs hätten ein gutes Dutzend Muslime Drohungen gegen christliche Mitreisende ausgestoßen, die in ihrer Angst begonnen hätten christliche Gebete zu sprechen, und zwölf von ihnen über Bord geworfen. Die andern Christen hätten nur überlebt, weil sie eine Menschenkette gebildet hätten.

Der Religionskrieg ist auf den Asylbewerberbooten und damit an den Küsten Europas angekommen. Nachdem man bislang davon ausgegangen war, dass Bootsasylbewerber ausschließlich wegen eines mangelndem Rettungswesens der europäischen Staaten, der Profitgier der Schleuser, des schlechten technischen Zustands der Schiffe oder der Witterungsverhältnisse ums Leben gekommen seien, wird nun offenbar, dass die Hauptursache der weltweiten Asylbewerberströme, die religiöse Gewalt in Afrika und dem Nahen Osten, nun auch auf den Asylbewerberbooten des Mittelmeeres angekommen ist. Entsetzt sind Kirchen- und Regierungsvertreter nur in Maßen. Man hat sich an das tausendfache Sterben auf dem Mittelmeer gewöhnt. 3500 Tote wurden letztes Jahr gezählt, in diesem Jahr sind es schon fast 2000, 700 davon auf einem einzigen Schiff. In Libyen sollen noch etwa eine Million Menschen auf eine Überfahrt warten. Sofern sie Christen sind, leben sie in der ständigen Angst durch den Islamischen Staat (IS) ermordet zu werden. 28 Christen aus Äthiopien wurden am Wochenende in Libyen vom IS exekutiert.



Wirklich allesamt bedauernswerte Opfer?: Bootsasylbewerber aus Schwarzafrika Bild: pa

Jetzt tauchen vermehrt Kenner der Immigration auf, wie die Bürgermeisterin von Lampedusa, die berichten, dass es auch in der Vergangenheit sehr oft zu solch islamistischer Gewalt auf Asylbewerberschiffen gekommen ist. Die Dunkelziffer wird äußerst hoch geschätzt. Über die Gewalt wird jedoch nicht berichtet, weil entweder keine Christen auf den Booten überlebten, niemand diese Morde bekannt gemacht hat und/oder die Medien und die Politik kein Interesse daran hatten.

Politik und Medien hatten kein Interese an dem Thema

Für die Aufnahmebereitschaft der Bürger in den EU-Staaten sind solche Morde eine harte Probe, zeigen sie doch mehr als deutlich, dass sich auch unter den Asylbewerbern massenhaft Islamisten befinden, für die religiöse Gewalt, ganz gleich wo, legitim ist. Immer mehr Menschen fürchten auch, dass die islamistischen Terrororganisationen, die ja weite Küstenstreifen Libyens kontrollieren, auch ihre eigenen Leute in diese Boote schleusen und bewusst solche Gewaltausbrüche nicht nur auf den Booten, sondern später auch in europäischen Städten provozieren könnten.

Auch in Asylbewerberheimen in Deutschland berichten vermehrt Christen über Übergriffe durch muslimische Asylbewerber. In den saarländischen Asylbewerberzentren werden deshalb schon Christen von Muslimen getrennt untergebracht. Es ist traurig und unfassbar: Verfolgte Christen fliehen vor islamistischer Gewalt, werden aber auf dem Weg oder in christlich geprägten Ländern, wo sie sich sicher glauben, durch dieselben weiter attackiert.

So grausam, ignorant und unmenschlich die Tat der 15 Mörder in der Straße von Messina war, ist dennoch ein Funke Hoffnung in der Geschichte. Dass es Menschen gibt, die sich gegen diese Unmenschlichkeit gestellt haben, die verhindert haben, dass es weitere Opfer gab, und die dann nach der Rettung in Italien dafür gesorgt haben, dass die Mörder verhaftet wurden. Solche mutigen Menschen werden auch in der europäischen Politik gebraucht. Eine Politik, die sich angesichts weltweit steigender dschihadistischer Gewalt nicht selbst aufgibt, muss Konsequenzen ziehen. Sie muss angesichts der Tatsache, dass der Anteil religiöser Extremisten unter den Asylbewerbern immer größer wird, Asylbewerberlager in den Herkunftslagern selbst organisieren, dort die Spreu vom Weizen zu trennen versuchen und das Asylrecht für gewaltbereite Islamisten auf den Prüfstand stellen. *Bodo Bost*

Kopf-an-Kopf-Rennen

Britischer Unterhauswahlkampf wird täglich spannender

Die einen hatten gehofft, die anderen befürchtet, dass die britischen Unterhauswahlen am 7. Mai zu einer Volksabstimmung über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens werden könnten. Doch im Wahlkampf spielen andere Themen eine Rolle.

Kurz vor der Wahl ist völlig offen, ob die regierenden Konservativen ihre Mehrheit werden verteidigen können. Jüngste Umfragen sehen den Premierminister auf Augenhöhe mit seinem Labour-Herausforderer Ed Miliband, mit leichten Vorteilen für den Sozialdemokraten. Eine genaue Prognose ist allerdings schwierig, da in Großbritannien nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt wird, bei dem die jeweiligen Wahlkreissieger ins Parlament einziehen werden. 650 Kreise gibt es auf der Insel, viele von ihnen sind hart umkämpft. „Der Bodenkrieg scheint deutlich wichtiger zu sein als der Luftkrieg“, sagt – in der nicht nur für britische Wahlkämpfe typischen militaristischen Wortwahl – der Wissenschaftler Paul Whiteley von der Universität Essex gegenüber der Deutschen Presse-Agentur.

Interessant dürfte vor allem die Rolle der schottischen Unabhängigkeitspartei SNP werden. Wahlforscher geben der Partei, die für eine Loslösung Schottlands vom Vereinigten Königreich (UK) eintritt, bis zu 50 Sitze. Bereits 30 Abgeordnete würden der Partei, die UK-weit nur auf drei bis vier Prozent kommt, wohl reichen, um als Zünglein an der Waage an der Regierungsbildung teilhaben zu können. Eine Linkskoalition der als sozialdemokratisch ausgerichtet geltenden SNP mit der Labour Party haben sowohl die SNP-Vorsitzende Nicola Sturgeon als auch Labour-Chef Miliband zwar ausgeschlossen, allerdings gilt eine von der SNP gebilligte Minderheitsregierung von Labour als ein realistisches Szenario.

Das Labour-Thema Gesundheitspolitik spricht die Wähler an

Eher keine Rolle bei den Wahlen dürfte dagegen die rechtsgerichtete Unabhängigkeitspartei Ukip des EU-Gegners Nigel Farage spielen. Ihr trauen die Demoskopen lediglich zwei bis fünf Sitze zu. Landesweit könnte Ukip etwas mehr als zehn Prozent erzielen. Noch bei der Europawahl im vergangenen Mai waren die EU-Kritiker auf rund 28 Prozent gekommen. Doch das EU-Thema hat im bisherigen Wahlkampf kaum eine Rolle gespielt. Farage und Cameron haben sich stattdessen einen Schlagabtausch zur Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik geliefert. Punkten konnten damit beide nicht.

Miliband hatte offenkundig den richtigen Riecher, als er das in die Jahre gekommen Gesundheitssystem zum Wahlkampfthema machte. Der nach dem Zweiten Weltkrieg aufgezogene Nationale Gesundheitsdienst (National Health Service, NHS) wurde weltweit als fortschrittlich gewürdigt und noch bei der Eröffnungsfeier der Olympischen Sommerspielen in London stolz präsentiert.. Er bescherte den Bürgern eine konstante und weitgehend kostenlose, da steuerfinanzierte Versorgung. Doch das war gestern. Zuletzt häuften sich Berichte über unerfreuliche Zwischenfälle in Krankenhäusern. Menschen starben in Rettungswagen, weil sie vor der Notaufnahme warten mussten. Zudem würden sich terminierte Behandlungen oft um Stunden verschieben, Patienten auf Standaruntersuchungen monatelang warten müssen. Im Februar kam es zur Rebellion der Krankenhäuser, von denen 80 Prozent unterfinanziert sind. Die konservative Regierung unter David Cameron hatte zuletzt Geld eingespart. Sein Herausforderer will dagegen einen Pflegefonds mit jährlich 2,5 Milliarden Pfund auflegen. Das könnte wahlentscheidend sein. *Peter Entinger*

(siehe auch Gastbeitrag Seite 8)

»Zeiten der Opfer« vorbei

Italiens Politiker vor Regionalwahlen auf Wählerfang

Wenige Wochen bevor in Italien Regionalwahlen stattfinden, sorgt die Flut von Asylbewerbern die über das Mittelmeer ins Land kommt, für Druck auf die Regierung in Rom. Nach einer Prognose des Innenministeriums muss sich Italien in den kommenden fünf Monaten auf 5000 illegale Einwanderer pro Woche gefasst machen. Bis zum Jahresende geht man in Rom inzwischen mit der Ankunft von 200 000 neuen Asylbewerbern aus. Vor dem Hintergrund solcher Prognosen hat Innenminister Angelino Alfano inzwischen die Lokalverwaltungen dazu aufgefordert, tausende Unterkünfte bereitzustellen – allerdings zeigen die Regionen und Gemeinden nur wenig Kooperationsbereitschaft.

Vor allem Urlaubsorte sträuben sich, da sie empfindliche Einbußen befürchten. „Kurz vor der Sommersaison bedeuten massive Flüchtlingsankünfte in den Ferienorten schwere Schäden für den Tourismus. Kein Flüchtling soll in Urlaubsorten untergebracht werden. Die Konkurrenz ist für unseren Fremdverkehr hart genug“, so Luca Zaia (Lega Nord), der Präsident der Region Venetien. Der Lega-Chef Matteo Salvini hat inzwischen sogar zur Besetzung „jedes Hotels, jeder Schule oder Kaserne“ aufgerufen, in welche die Regierung in Rom „angebliche Flüchtlinge“ einziehen lassen will. Aus Sicht Salvinis haben Rom und Brüssel den massiven Anstieg der Asylbewerberzahlen aus Nordafrika selbst verschuldet, da die Küstenwache und die Schiffe der EU-Grenzschutzagentur Frontex mit ihren Rettungsaktionen den Schleppern zusätzlichen Anreiz für ihre Überfahrten lieferten.

Die klare Abwehrhaltung des italienischen Nordens ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Regionalwahlen am 31. Mai zu sehen. Salvini, hat es geschafft, nach Ministerpräsident Matteo Renzi (Partito Democratico) an die zweite Stelle der Beliebtheitsskala zu rücken. Ein Erfolg bei den Regionalwahlen bietet die Chance, endgültig die Führung im Oppositionslager zu übernehmen und den politischen Niedergang von Silvio Berlusconi zu beschleunigen.

Salvini und Renzi drohen, Berlusconi zu marginalisieren

Die Chancen für das Vorhaben stehen günstig: Zwar kann Italiens Ex-Premier Berlusconi nun wieder im Wahlkampf mit voller Kraft mitmischen, denn wie ein Mailänder Gericht bereits Mitte April mitteilte, hat der 2013 wegen Steuerbetrugs verurteilte TV-Tycoon mittlerweile seine Strafe verbüßt, allerdings muss der Politiker Berlusconi immer noch mit dem Makel leben, dass ihm infolge der Verurteilung bis 2019 das passives Wahlrecht aberkannt wurde. Berlusconis Forza Italia geht nicht unbedingt als Favorit in die Regionalwahlen. Die zahlreichen Skandale haben dazu geführt, dass die Partei stark an Zustimmung verloren hat. So war die Forza Italia bei den EU-Parlamentswahlen im Mai 2014 sogar auf ein historisches Tief von 16 Prozent abgestürzt. Zunehmend ist Renzi aus der Rolle des „Baby-Berlusconi“ herausgewachsen. Mittlerweile kann er es in Sachen Populismus mit dem „Cavaliere“ aufnehmen.

Die „Zeiten der Opfer“ sind aus Sicht des Premiers für sein Land vorbei. Statt der Fortsetzung der sogenannten Austeritätspolitik hat Renzi zusätzliche Staatsausgaben in Aussicht gestellt. Da es nach Darstellung Renzis weder Einschnitte noch Steuererhöhungen geben soll, müsste Italiens Wirtschaft in den kommenden Jahren schon enorme Wachstumsraten aufweisen, damit die Kalkulation des Sozialdemokraten aufgeht – ohne dass fremde Steuerzahler einspringen müssen. *Norman Hanert*

Verbrannte Millionen

Steuergeldverschwendung – Bundesrechnungshof und Bund der Steuerzahler decken immer neue Fälle auf

Wir haben's ja, und es kommt dank braver Steuerzahler immer neues hinterher: Nach diesem Motto scheinen Bund, Länder, und Gemeinden permanent in Geberlaune – zumindest, wenn es um ebenso teure wie überflüssige Ausgaben geht. Der Bundesrechnungshof und der Bund der Steuerzahlen haben jetzt wieder haarsträubende Fälle aufgedeckt.

Die Welt schaut auf China. Eine stolze, aufstrebende Großmacht ist da zu sehen und oft genug auch ein beinharter Wirtschaftskonkurrent. Viele Hundert Arbeitsplätze haben die Billigprodukte chinesischer Anbieter beispielsweise in der deutschen Solarenergie-Branche vernichtet.

Gänzlich anders scheint man das 1,37-Milliarden-Einwohner-Reich im Bundesbildungsministerium von Johanna Wanka wahrzunehmen. Dort ist man besorgt um das mangelnde Know-how der chinesischen Schweinezüchter. Noch bis Mitte des Jahres werden Facharbeiter und Manager aus entsprechenden Betrieben für 770000 Euro geschult, um den hiesigen Landwirten noch ein wenig besser Konkurrenz zu machen, als sie es ohnehin tun. China ist bereits der größte Schweinefleischproduzent der Welt.

Das widersinnige Schulungsvorhaben ist eines von 30 Beispielen für Steuerverschwendung, die der Bund der Steuerzahler (BdSt) jüngst vorlegte, und die den braven Steuerzahler selbst als – man muss es an dieser Stelle einfach sagen – „armes Schwein" dastehen lassen. Aufgeführt sind unter anderem die 233000 Euro, die das Bundesforschungsministerium „für ein völlig neuartiges Produkt auf dem Kernobstsektor" übrig hat. Eine Kreuzung aus Apfel und Birne soll die Obstschalen der Nation bereichern. Nicht zu Unrecht fragen die Steuerwächter vom BdSt, wer so ein Produkt braucht – und warum ausgerechnet Staatsgelder für dessen Entwicklung aufgewendet werden.

Als wäre es dieser Beispiele nicht genug, legte am Freitag der Bundesrechnungshof nach. Seine „aktuellen Prüfungsergebnisse" der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes zeigen ebenfalls einen Hüter der Staatskasse, der sich nicht lumpen lässt – mögen die angepeilten Vorhaben auch noch so unsinnig sein.50 überflüssige Millionen gab das Verteidigungsministerium in den letzten 13 Jahren für einen eigenen Fernsehsender aus. In den nächsten Jahren sollen 33 weitere Millionen für „bwtv" hinzukommen. Sehen möchte den Sender allerdings niemand. „Die Soldaten nutzen zu fast 100 Prozent deutschsprachige öffentlich-rechtliche und private Fernsehsender", heißt es beim Bundesrechnungshof.

In Geberlaune ist auch das Bundesverkehrsministerium. Es plant eine zweite Rheinbrücke nahe Karlsruhe. 106 Millionen Euro sind dafür veranschlagt. Einziges Manko: Die Brücke ist nicht nur unnötig, sie würde die Verkehrssituation sogar verschärfen."

> Fremder Leute Geld lässt sich eben viel leichter ausgeben

Die Erklärung des Bundesrechnungshofes: „In Spitzenzeiten treten auf der Bundesstraße 10 vor Karlsruhe Staus auf, die bis auf die Rheinbrücke Maxau zurück-reichen. Ursache dafür ist jedoch nicht das Fehlen einer weiteren Brücke, sondern eine Fahrbahnverengung auf der B 10 kurz nach der Rheinbrücke". Eine zweite Rheinüberquerung würde also noch mehr Verkehr zum eigentlichen Nadelöhr dirigieren.

Wie die Verantwortlichen in diesem Fall auf das vernichtende Urteil des Bundesrechnungshofes reagieren? „Mit Gelassenheit" – so heißt es jedenfalls in einer eiligst herausgegeben Pressemeldung der Karlsruher Landtagsabgeordneten Bettina Meier-Augenstein vom Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur. Die CDU-Politikerin ebenso hochtrabend wie nichtssagend: Aufgabe des Bundesrechnungshofes „sei es, auf die Kosten aufmerksam zu machen. Die Politik hingegen stehe in der Verantwortung, den tatsächlichen Bedarf sowie die Dringlichkeit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur zum Wohle der Menschen im Blick zu behalten."

Eine typische Reaktion: „Die Bandbreite der Ausreden reicht von einfacher Verneinung bis zu kunstvoll gedrechselten Erklärungen", heißt es beim BdSt. Dort hat man sich auch gründlich mit den Ursachen für die Verschwendung von Steuergeldern auseinandergesetzt: „Nicht nur, dass sich fremder Leute Geld leichter ausgibt, auch ein nicht mehr zeitgemäßes Haushaltsrecht, übertriebener Perfektionismus und ungehemmte Regelungswut tragen dazu bei." Sanktionen müssen die Schuldigen kaum befürchten. „Steuergeld-Verschwendung ist ähnlich wie Korruption eine Straftat ohne unmittelbares Opfer. Der Leidtragende ist der anonyme Steuerzahler." *Frank Horns*



Da gehen 260 Euro in Flammen auf: Der Staat schafft es dagegen, Millionen und Milliarden zu verbrennen *Bild: imago*

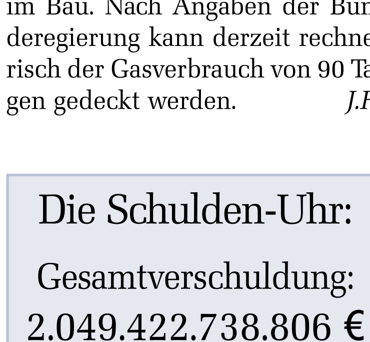
MELDUNGEN

Milliarden durch »Juncker-Plan«

Berlin – Durch den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) könne das Bruttoinlandsprodukt der EU in den nächsten drei Jahren um 330 bis 410 Milliarden Euro erhöht werden. Bis zu 1,3 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze könnten durch den „Juncker-Investitionsplan" geschaffen werden, berichtet die Bundesregierung unter Berufung auf Schätzungen der EU-Kommission. Der Fonds dient dazu, zusätzliche Investitionen anzustoßen, die nicht durch private Unternehmen allein oder mithilfe bestehender Förderinstrumente realisiert worden wären. Jeder Euro im Rahmen des Fonds soll Investitionen von etwa 15 Euro generieren. *U.M.*

Gasvorrat reicht für 90 Tage

Berlin – Das gesamte Volumen der Gasspeicher in Deutschland beträgt 23,8 Milliarden Kubikmeter. Damit hat sich das Volumen gegenüber 1993 mehr als verdoppelt. Weitere Speichermöglichkeiten mit einem Umfang von sechs Milliarden Kubikmetern befinden sich in Planung beziehungsweise im Bau. Nach Angaben der Bundesregierung kann derzeit rechnerisch der Gasverbrauch von 90 Tagen gedeckt werden. *J.H.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.049.422.738.806 €
Vorwoche: 2.049.316.263.892 €

Verschuldung pro Kopf:
25.374 €
Vorwoche: 25.372 €

(Dienstag, 28. April 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Moskau investiert in Gold

Gerüchte um Währungsunion der EAWU-Gründungsmitglieder

Die anhaltenden Goldkäufe der russischen Zentralbank nähren den Verdacht, dass Russland eine mit massiven Goldreserven unterlegte Währungsunion mit den anderen Gründungsmitgliedern der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU), Weißrussland und Kasachstan, plant. Anders als dies einige westliche Medien zunächst vorausgesagt haben, war Russland unter dem Druck fallender Ölpreise und westlicher Sanktionen bisher nicht gezwungen, seine Goldreserven aufzulösen. Vielmehr hat es durch die Zentralbank in Moskau massive Zukäufe gegeben. Mit einer Million Unzen oder rund 30 Tonnen hat Russland im vergangenen März sogar einen der größten Goldzukäufe abgewickelt, der auf der Ebene der Zentralbanken in den letzten Jahren registriert worden ist. Mit seinen Käufen der letzten Monate ist Russland offiziell zur Nation mit den fünftgrößten Goldreserven der Welt aufgerückt. Experten für den Edelmetallmarkt vermuten allerdings, dass Russland, ebenso wie China, noch über weitaus mehr Gold verfügt, als es dem Internationalen Währungsfonds (IWF) offiziell mitgeteilt hat.

Russland ist nämlich nach China und Australien der drittgrößte Goldproduzent der Welt, und es wird davon ausgegangen, dass es seine eigene Goldproduktion nicht exportiert, sondern zusammen mit den zusätzlichen Ankäufen seinen Reserven zuführt. Der tatsächliche Umfang der Goldreserven Russlands gilt deshalb als unbekannte Größe.

Auch die beiden anderen EAWU-Gründungsmitglieder haben ihre Goldreserven stark ausgebaut. In den westlichen Medien bisher wenig beachtet, hat die

> Auch Kasachstan und Weißrussland kauften vermehrt Gold auf

Zentralbank von Kasachstan inzwischen einen Plan für eine „De-Dollarisierung" der kasachischen Wirtschaft bis Ende 2016 angekündigt. Hauptziel des Vorhabens ist es, die volkswirtschaftlichen Instabilitäten und Schwankungen, die durch eine Bindung an die US-Währung verursacht werden, zu beseitigen.

Vor diesem Hintergrund sind in jüngster Zeit in russischen Medien Berichte aufgetaucht, denen zufolge die EAWU-Gründungsmitglieder bereits in diesem Monat, in den auch der erste Jahrestag der Unterzeichnung des EAWU-Gründungsabkommens fällt, ein Abkommen über eine Währungsunion treffen werden. So soll Putin bereits am 10. März die russische Zentralbank und die Regierung angewiesen haben, die konkrete Machbarkeit einer Währungsunion der drei Länder zu prüfen. Über eine russische Nachrichtenagentur gelangte die Information an die Öffentlichkeit, dass die neue Währung schon im Jahr 2016 an den Start gehen könnte. Putin wurde in diesem Zusammenhang dahingehend zitiert, dass die neue Währung eigentlich für 2025 geplant gewesen sei, aber wegen der Sanktionen der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union schon in den nächsten drei bis fünf Jahren verwirklicht werden könnte. Auf Kreise der westlichen Edelmetallinvestoren elektrisierend gewirkt hat die Bezeichnung „Altyn", die neben der Bezeichnung „Evraz", inzwischen wiederholt als Name für das gemeinsame Währungsprojekt genannt wurde. Der Begriff steht als Synonym für Gold und war der Name einer antiken Münze, die in der Region für Geschäfte mit asiatischen und arabischen Nachbarn genutzt wurde. *Norman Hanert*

Pazifisches Pendant zu TTIP

USA planen eine Transpazifische Partnerschaft (TPP)

Eines der wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele von US-Präsident Obama, das Pazifik-Handelsabkommen (Pacific Rim Trade Deal), ist nach jahrelanger Vorarbeit jetzt kurz vor der Realisierung. In einer seltenen Einigkeit zwischen Republikanern und dem Präsidenten haben die Führer beider Häuser des Kongresses ein Gesetz angenommen, das Obama erlaubt (Fast Track Authority), die so lange verzögerte „Transpazifische Partnerschaft" (Trans-Pacific Partnership, TPP) mit elf Staaten des pazifischen Raumes abzuschließen. Dazu gehören neben den Vereinigten Staaten Kanada, Mexiko, Chile, Peru, Brunei, Australien, Neuseeland, Vietnam, Malaysia und Singapur. Gemeinsam sind diese Länder gut für 40 Prozent der globalen Wirtschaft. China ist nicht einbezogen. Es gilt jedoch nicht als ausgeschlossen, dass es sich später anschließt.

Das Abkommen ist die wirtschaftliche Basis für die von Obama betriebene Verlagerung des politischen Schwerpunktes nach Asien. Es soll sowohl der Konkurrenz von China entgegenwirken als auch durch die Öffnung von Märkten und Regulierungen für den Handel und Investitionen der US-Industrie und dem US-amerikanischen Arbeitsmarkt sowie den anderen beteiligten Ländern bedeutende Vorteile bringen. Obama möchte damit als „erster Pazifik-Präsident" in die Geschichte eingehen.

Seine Argumente überzeugten sogar die sonst feindlich gesinnten Republikaner, doch in einer absurden Umkehr bei weitem nicht alle seiner eigenen Demokraten. Während die US-Wirtschaft die am 16. April verkündete Vereinbarung weitgehend pries, kündigten diverse demokratische Politiker,

> So wie TTIP in der EU stößt TPP in den USA auf Kritik

Handels-Gewerkschaften und Umweltschutz-Gruppen ihren Protest an.

Sie berufen sich auf die Enttäuschungen, die das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (North American Free Trade Agreement, NAFTA) hervorrief, das Präsident Bill Clinton 1993 mit Mexiko und Kanada abgeschlossen hat. Damals hatte Clinton erklärt, die NAFTA würde 200000 Arbeitsplätze schaffen. Stattdessen wurden nach einer Untersuchung von „Public Citizens" in den 20 Jahren seit Inkrafttretens des Abkommens 845000 US-amerikanische Beschäftigte arbeitslos durch die Massen von billigen Importen aus Mexiko und Kanada. Das US-Handelsdefizit vergrößerte sich und diverse Firmen mussten schließen. Der Handel zwischen den drei Ländern wuchs zwar, doch brachte dieses summa summarum nur wenige gemeinsame Vorteile. An diese enttäuschten Erwartungen knüpfen jetzt die Gegner der Transpazifischen Partnerschaft ihre Proteste.

Dieses ist eine besonders schwierige Situation für Hillary Clinton, die für ihre Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2016 keine Stimme zu verschenken hat. Clinton unterstützte damals massiv die NAFTA, wie sie sich seit Jahren auch für die Transpazifische Partnerschaft einsetzt. Sie kann aber nicht riskieren, Gewerkschaften, Umwelt-Organisationen und demokratische Führer wie Wähler zu verlieren. Es bleibt abzuwarten, wie sie argumentiert. Doch klingt ein Pakt mit elf Ländern in dem weiten und bedeutsamen pazifischen Raum, wie ihn die Transpazifische Partnerschaft wäre, weitaus erfolgversprechender als die nur auf die Partner Kanada und Mexiko beschränkte NAFTA. *Liselotte Millauer*

Platzhirsche

Von Harald Tews

Da könne ein Fensterputzer ja gleich Bankdirektor werden. Solch bösen Vergleich musste sich Berlins Kulturstaatssekretär Tim Renner anhören, nachdem er den Direktor der Londoner Tate Modern, Chris Dercon, zum Nachfolger von Frank Castorf an der Berliner Volksbühne bestimmt und damit einen Kulturkampf ausgelöst hatte. Renner will alte Zöpfe abschneiden und aus Castorfs Krawallbühne ein „Raumlabor des 21. Jahrhunderts“ mit Theater, Tanz, Performance und Visuellem machen. Dafür eigne sich ein Kurator eben besser als ein Theatermann.

Dass Berlins Bürgermeister Michael Müller seinem Staatssekretär dabei freie Hand lässt, regt die Theatergranden auf. Müllers Vorgänger Klaus Wowereit hatte die Kultur noch zur Chefsache erklärt und sich stets schützend vor die Platzhirsche des Theaters gestellt.

Es wurde langsam Zeit, dass die Macht dieser alten 68-Männer gestutzt wird – die haben es in früheren Zeiten mit der bürgerlichen Elite nicht viel anders gehalten. Soll man Dercon wenigstens eine Chance geben. Wenn er die verbockt, kann man ihn immer noch abservieren (s. Seiten 9 und 24).

Weltenführer

Von Florian Stumfall

Nachdem die Atom-Gespräche der „Fünf plus eins“ mit dem Iran einen entscheidenden Fortschritt gemacht hatten, sah sich Moskau veranlasst, daraus eine naheliegende Konsequenz zu ziehen. Dabei geht es um das russische Raketen-Abwehr-System S 300, das dem Iran schon lange zugesagt war, wegen der Sanktionen aber von Russland nicht geliefert worden ist. Da nun die Dinge anders liegen, kann das Geschäft vonstattengehen. Weit im fernen Washington versucht Präsident Barack Obama, die Sache locker zu nehmen. Er zeigte sich überrascht, dass die S 300 nicht schon längst im Iran sind und bemühte sich um die Attitüde eines vielbeschäftigten Mannes, der sich nicht um jede Kleinigkeit kümmern kann. Damit das wirklich ankommt, gibt er noch eins drauf. Nach internationaler Rechtslage hätte eigentlich Russland nichts daran gehindert, die Waffen zu liefern, diese seien von keinen Sanktionen betroffen gewesen. Na, wenn das kein Weltenführer ist, der es sich leisten kann, Russland zum Waffenhandel zu ermutigen!

Das war die eine Seite. Die andere zeigt Obamas Verunsicherung. Die USA seien besorgt und erhöben Einspruch, so der Präsident, vor allem angesichts der Tatsache, dass nach wie vor mit dem Iran verhandelt würde. Diese beiden gegensätzlichen Äußerungen bringt der Herr im Weißen Haus im selben Atemzug. Was sich hinter dem Widerspruch verbirgt, ist sehr einfach und wird erkennbar, wenn man Obamas nächste Bemerkung bedenkt. Die USA seien, so behauptet er, fähig, die S 300 zu überwinden, auch wenn mehrere geliefert würden. Doch genau da sitzt der Hase im Pfeffer, dass die USA nämlich gegen die russische Raketenabwehr kein Mittel haben und der oberste Befehlshaber dürfte das wissen. Also hilft nur das Pfeifen im Walde. Die Russen sagen nichts, sie genießen es, unterschätzt zu werden.

Fatale Botschaft

Von Norman Hanert

Nur zu verständlich erscheint es, dass vor dem Hintergrund der jüngsten Schiffskatastrophe im Mittelmeer die Frage nach der Verantwortung gestellt wird. Weitgehendes Schweigen herrscht allerdings zu der Frage, ob die hiesige Asylpolitik nicht den Hauptanreiz dafür gelegt hat, dass sich Zehntausende auf den Weg über das Mittelmeer machen. Tatsächlich wird bereits seit Jahrzehnten, mehr oder weniger stillschweigend, zugeschaut, wie sich das Asylrecht immer mehr von seinem eigentlichen Zweck entfernt und schleichend zum zahlenmäßig bedeutendsten Instrument der Einwanderungspolitik wird. So zeigt ein Blick in die Statistik, dass die Zahl derjenigen Asylbewerber, die tatsächlich in ihren Heimatländern politisch verfolgt wurden, auf einem konstant niedrigen Niveau verharrt. Erstaunlich niedrig ist allerdings auch die Zahl der abgelehnten Asylbewerber, die das Land wieder verlassen müssen.

Wie aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums an den Bundestagsvizepräsidenten Johannes Singhammer (CSU) aus dem Januar dieses Jahres hervorgeht, halten sich in Deutschland mehr als 600 000 Ausländer auf, deren Asylantrag abgelehnt wurde oder deren Flüchtlingsschutz abgelaufen ist. So zeigen Daten des Ausländerzentralregisters zum Beispiel für das Jahr 2013, dass lediglich knapp 15 000 Personen aus Deutschland abgeschoben wurden. Etwa 10 000 ausreisepflichtige Ausländer sollen zudem im Rahmen freiwilliger Förderungen ausgereist sein. Die von dieser Entwicklung ausgehende Botschaft ist eindeutig: Unabhängig davon, ob am Ende des Asylverfahrens eine Anerkennung als politisch Verfolgter oder Flüchtling gemäß der Genfer Konvention steht – wer es schafft, in Deutschland seinen Asylantrag zu stellen, kann mit hoher Wahrscheinlichkeit im Land bleiben.

> Wer erst einmal in Deutschland ist, kann meist auch bleiben

Die Hauptverantwortung für diese Entwicklung tragen die Bundesländer. Diese sind für die Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer in ihre Herkunftsstaaten zuständig – gleichzeitig sind sie es, die regelmäßig über die Belastungen durch hohe Zahlen von Asylbewerbern klagen. Zu Recht hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) inzwischen die Länder aufgefordert, abgelehnte Asylbewerber schneller abzuschieben. Eine Beschleunigung der Asylverfahren nutze nichts, wenn die Menschen trotz Ablehnung und fehlender Schutzgründe bleiben dürften, so die richtige Analyse des Ministers.

Hält die widersprüchliche Praxis der Bundesländer an, droht allerdings nicht nur das Rechtsempfinden und die Hilfsbereitschaft vieler Bürger Schaden zu nehmen. Die vom Gesetzgeber so nie beabsichtigte Instrumentalisierung des Asylrechts zur Masseneinwanderung macht auch Überlegungen zu einer gesteuerten Zuwanderung von vornherein substanzlos.



Ausländer in Deutschland: Ob sie einen legitimen Anspruch auf Aufenthalt haben oder nicht, kann Ihnen ziemlich egal sein, denn kaum einer wird gegen seinen Willen außer Landes gebracht

Bild: Action Press

Gastbeitrag

Nationale Minderheiten: Wahlen mit Sprengstoff

Von Reiner Liesing

Vertreter nationaler Minderheiten blicken zwei Terminen mit geschärftem Interesse entgegen: der Unterhauswahl im Vereinigten Königreich am 7. Mai sowie der Parlamentswahl in Katalonien am 27. September. Sie hoffen nämlich, aus den von Schotten und Katalanen bisher schon erreichten und künftig zu erringenden Etappen auf dem Weg in die Selbstbestimmung Ansporn und Kraft für jeweils gewagte (oder zu wagende) eigene Schritte ableiten zu können. Sie konzentrieren sich darauf, wie Nicola Sturgeon, Chefin der Scottish National Party (SNP) und Erste Ministerin ihres Landes, künftig politisch verfahren wird, um trotz der Niederlage beim Unabhängigkeitsreferendum 2014 dem Ziel verstärkter staatlicher schottischer Eigenständigkeit oder gar doch noch des „Los von London“ näherzukommen. Signale, die sie während des Wahlkampfs aussandte, schienen auf den ersten Blick anzuzeigen, dass die Unabhängigkeitsfrage auf absehbare Zeit nicht mehr so sehr wie unter ihrem Vorgänger Alex Salmond auf der politischen Agenda erscheinen würde. Sturgeon stellte nämlich eine „fortschrittliche Allianz“ mit Labour in London in Aussicht. Für Labour-Chef Ed Miliband, Herausforderer des konservativen Premiers David Cameron, eine kaum auszuschlagende Verlockung, zumal da er auf die SNP-Abgeordneten wenn nicht als Koalitionäre so doch als Mehrheitsbeschaffer angewiesen sein dürfte. Umfragen prophezeien der SNP in Schottland um die 45 Prozent der Stimmen, Labour verheißen sie indes nur 28 (in ganz Großbritannien 33). Aufgrund des klassischen Mehrheitswahlrechts – wer im Wahlkreis die höchste Stimmenzahl erreicht, ist als Abgeordnete(r) gewählt – wird die SNP höchstwahrscheinlich 50 der 59 schottischen Unterhaus-Mandate erringen und damit wohl zur drittstärksten Partei in Westminster aufsteigen. Denn keine Umfrage zeigte Ergebnisse, wonach Nick Cleggs Liberaldemokraten, Koalitionspartner von Camerons Conservative Party, ihren Wahlerfolg von 2010 wiederholen könnten; sie dürften daher im nächsten Unterhaus unter den 650 Abgeordneten allenfalls eine Randposition einnehmen.

> **Die Kolumne**: Zwei streitbare Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen, immer exklusiv in der *PAZ*. „Moment mal“, fordert Journalisten-Legende Klaus Rainer Röhl. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Da die Tories mit Einbußen rechnen müssen, hervorgerufen durch die demoskopisch als erstarkend ausgewiesene United Kingdom Independant Party (Ukip) des Nigel Farage, aber auch etwa durch die walisische Nationalpartei Plaid Cymru oder durch Grüne, weist alles auf ein „Kopf-an-Kopf-Rennen“ zwischen Cameron und Miliband hin. Die Stunde der SNP kommt, wenn Miliband vom Angebot Sturgeons Gebrauch machen muss, die klipp und klar kundtat: „Wenn es nach der Wahl eine Anti-Tory-Mehrheit gibt im Unterhaus, dann sollten wir beide gemeinsam David Cameron aus der Downing Street heraus halten, selbst wenn die Konservativen stärkste Partei sind.“ Diese Unterstützung – nur diese, denn ideologisch so gut wie ausgeschlossen ist ein Bündnis mit Cameron und seiner Conservative Party, da die SNP eine linksgerichtete Partei ist – wird ihren Preis haben und nur durch massive Zugeständnisse hinsichtlich der weiteren Verselbständigung Schottlands erkauft werden können. Parteichefin Sturgeon jedenfalls dürfte das Ziel vor Augen haben, sich die Unterstützung Milibands mittels einer verbindlichen Zusage für ein neuerliches Unabhängigkeitsreferendum – nach einem allfälligen SNP-Erfolg bei den Wahlen zum schottischen Parlament in Edinburgh, die schon 2016 anstehen – entgelten zu lassen.

Was sich infolge der Wahl künftig auf den britischen Inseln zutragen wird, verfolgen Tiroler zwischen Brenner und Salurn sowie benachbarte Trientiner, mit denen sie seit 1948 in einer ungeliebten Region zwangsvereint sind, sowie Leghisten und Aktivisten von Unabhängigkeitsbewegungen in der Lombardei und im Veneto. Selbst Sarden und Sizilianer, wenngleich mehr als alle anderen Provinzen Italiens abhängig von Infusionen aus Rom und Brüssel, finden Geschmack am Rumoren beidseits des Hadrianswalls. Dasselbe gilt für Flamen, Korsen, Okzitaner, Elsässer und Bretonen sowie nicht zuletzt für die Basken beidseits der Pyrenäen – wiewohl diese Volksgruppen mehr die Vorgänge auf der iberischen Halbinsel denn die jenseits des Ärmelkanals im Blick haben dürften.

Wegen des Aufbegehrens der selbstbewussten Katalanen – einer eigenständigen Nation nach eigenem Verständnis – gegen Madrid hat sich für die Einheit Spaniens ein existentieller Konflikt ergeben. Die Mehrheit der Bevölkerung Kataloniens möchte schon seit Langem über die politische Zukunft ihres Landes abstimmen. Sie will darüber befinden, ob Katalonien Teil Spaniens bleiben oder ein unabhängiger Staat – und als solcher „ein eigenständiges Mitglied der Gemeinschaft souveräner Staaten im Rahmen der EU“ – werden soll, wie ihr Regierungschef Artur Mas sagt. Das Streben nach Unabhängigkeit ist wahrlich keine Erfindung der Katalanen: Seit 2004 sind der EU 13 Staaten beigetreten, von denen sieben ihre Unabhängigkeit erst nach 1990 erlangten.

Die Katalanen haben ihren Wunsch, abstimmen zu wollen, mehrmals auf friedliche Weise zum Ausdruck gebracht. So demonstrierten 1,5 Millionen im September 2012 in Barcelona unter dem Motto „Katalonien, der nächste Staat Europas“. 2013 bildeten zwei Millionen Katalanen eine 400 Kilometer lange Menschenkette, und 2014 formte eine ähnlich große Zahl ein riesiges V auf den Straßen der Hauptstadt. Für ein Land mit knapp 7,5 Millionen Einwohnern sind dies beeindruckende Zahlen, hinter die für eine Bewegung stehen, die Mitglieder, Anhänger und Sympathisanten fast aller politischen Parteien Kataloniens vereint. Aus Umfragen geht indes hervor, dass sich unter den 80 Prozent derjenigen, die eine Volksbefragung befürworten, durchaus auch viele Gegner der staatlichen Selbständigkeit Kataloniens befinden; sie treten aber für das Recht der Bevölkerung auf Abstimmung, somit für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts ein. Im katalanischen Parlament haben zwei Drittel der Abgeordneten ihre Absicht bekundet, abstimmen zu wollen, ebenso 97 Prozent aller Bürgermeister sowie die meisten Organisationen des Landes.

> Seit Jahren greift **Klaus Rainer Röhl** an dieser Stelle Wichtiges, Aufregendes, Hintergründiges und Absurdes auf. In dieser Ausgabe allerdings suchen Sie seine Kolumne vergebens. Doch keine Sorge, schon bald wird es hier wieder heißen: „Moment mal!“

Für Madrid jedoch ist eine Volksabstimmung in Katalonien gemäß Staatsverfassung, nach der „Spanien unteilbar ist“, nicht zulässig. Da Regierung und Justiz Spaniens mit allen zu Gebote stehenden Mitteln Referenden blockieren, wie es sie in Kanada bezüglich Québec 1980 und 1995 sowie in Großbritannien bezüglich Schottland 2014 aufgrund von in gegenseitigem Respekt getroffenen Übereinkünften gegeben hat, bleibt den Katalanen nach Mas' Ansicht „nur die Parlamentswahl, um herauszufinden, ob die Absicht, einen eigenständigen Staat zu gründen, über die notwendige Unterstützung in der Bevölkerung verfügt“. Alle Parteien, die sie unterstützen, bringen diese Option explizit in ihren Wahlprogrammen zum Ausdruck, so dass der Grad der Unterstützung unmissverständlich und zweifelsfrei ermittelt werden kann. Fällt das Ergebnis eindeutig aus, so hat die daraus hervorgehende Regierung ein demokratisches Mandat zu erfüllen, nämlich den Aufbau staatlicher Strukturen zu vollenden, damit – nach Verhandlungen mit der spanischen Regierung und der Europäischen Union über Zeitplan sowie Bedingungen für die Gründung eines neuen europäischen Staates – ein reibungsloser Vollzug möglich werden kann. Daher trägt die Wahl zum katalanischen Parlament am 27. September zwangsläufig plebiszitären Charakter und gilt allen gleichgesinnten und vor ähnlich hohen zentralstaatlichen Hürden stehenden Unabhängigkeitsbewegungen als Initiationszeichen mit Vorbildwirkung für eigene Initiativen.

Godot trifft Baal

Jährliches Theatertreffen im Mai – Berlin zeigt die herausragendsten Produktionen deutschsprachiger Bühnen

Im Mai wird Deutschlands Hauptstadt auch zur Theaterhauptstadt. Im Rahmen der Berliner Festwochen vom 1. bis 17. Mai findet das 52. Theatertreffen statt. Herzstück sind die Gastspiele der zehn besten Inszenierungen deutschsprachiger Bühnen.

Sie alle aufzulisten, ist schier unmöglich. Die Vielzahl von Festivitäten, Ausstellungen und Einzelveranstaltungen unter der Dachorganisation der Berliner Festspiele, die jährlich im „Haus der Berliner Festspiele“ und ganz Berlin stattfinden, sind zu mannigfaltig. Jedes ist auf seine Art Teil eines weltweiten Netzwerkes produzierender Künstler.

„Im Zentrum unserer Arbeit steht das Werk zeitgenössischer und internationaler Künstler, die wir in Festivals wie MaerzMusik – Festival für Zeitfragen, Theatertreffen, Foreign Affairs – Internationales Festival für Theater und performative Künste, Musikfest Berlin, Jazzfest Berlin und in den großen Ausstellungen im Martin-Gropius-Bau präsentieren“, sagt Thomas Oberender, seit 2012 Intendant der Berliner Festspiele.

Die vom Land Berlin finanzierten Festspiele betreuen unter Förderung der Staatsministerin der Bundesregierung für Kultur und Medien, Monika Grütters, auch einen der schönsten Ausstellungsorte der Stadt, den Martin-Gropius-Bau. Einst eine Ruine Westberlins direkt neben der Mauer, erstrahlt das 1881 von den Architekten Martin Gropius und Heino Schmieden im Renaissancestil erbaute Museum wieder in neuem Glanz. Es bietet Raum für archäologische, kulturhistorische Ausstellungen, aber auch Platz für Sonderprojekte, wie die Nacht der Villa Massimo der Deutschen Akademie Rom oder Veranstaltungen zur Berlinale.

Ein internationaler Dialog in Bereichen der Musik, des Theaters, der Literatur und Bildenden Kunst sollten sie sein, die Festspiele. Das Aufatmen nach dem Krieg, in der Zeit ihrer Entstehung, ist noch heute zu spüren. Damals wie heute sollte, konnte und musste sie wieder möglich sein: die Freiheit der Kunst. Ein Grundrecht der damals ganz frischen Republik. Wenige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, wollte man sich des engen Kunstbegriffs des nationalsozialistischen Deutschlands entledigen. Dem Publikum durch die Berliner Festspiele den Blick in die unendlichen Weiten und Welten der Kunst ermöglichen. 1951, als „Schaufenster des Westens“ gegründet, erfolgte die Finanzierung zunächst durch die West-Alliierten und ab 1953 durch das Land Berlin. Bürgermeister Ernst Reuter eröffnete im September 1951 mit Bundespräsident Theodor Heuss die ersten Berliner Festwochen. Die ebenfalls 1951 stattfindenden ersten Filmfestspiele lockten zusammen mit den Festspielen 153 000 Besucher in 250 Vorstellungen.

Schon 1955 gastierte als Sensation der Festivität die Mailänder Scala mit Herbert von Karajan und Maria Callas als „Lucia die Lammermoor“ in der Stadt.

Werke internationaler Autoren wie Eugène Ionesco, Samuel Beckett oder Edward Albee wurden dem Berliner Publikum nahegebracht. Der Weg war geebnet für die freie Kunst und mauserte sich bis heute zu einer breiten Chaussee. Denn allein das Theatertreffen hat sich seit 1963 zum Gipfeltreffen des deutschsprachigen Theaters entwickelt und gilt als bedeutendstes deutsches Theaterfestival. Herzstück sind zehn der bemerkenswertesten Inszenierungen. Diese werden von einer unabhängigen Jury, bestehend aus sieben Kritikern, aus etwa 400 Aufführungen der Saison ausgewählt. Für das 52. Theatertreffen bestimmten die Juroren unter anderem Bertolt Brechts „Baal“ in einer Aufführung des Residenztheaters München unter der Regie von Frank Castorf, Samuel Becketts „Warten auf Godot“ in der Präsentation der Ruhrfestspiele Recklinghausen und der Regie von Ivan Panteleev sowie Elfriede Jelineks „Die Schutzbefohlenen“ des Thalia Theaters Hamburg in der Regie von Nicolas Stemann.



„Baal“ im Vietnam-Krieg: Frank Castorfs Inszenierung des Brecht-Stücks im Residenztheater München Bild: Thomas Aurin

Weitere Formate der Kategorie Theater sind das Internationale Forum, das Theatertreffen Camp sowie der Theatertreffen-Blog und der Stückemarkt. Dieser wurde 1978 als erste Förderinitiative für Neue Dramatik im deutschsprachigen Raum und als Plattform für unbekannte Autoren aus ganz Europa gegründet.

Lesungen, Gespräche, Förderpreise und Werkaufträge füllen den Marktplatz, auf dem sich Dramatiker, Lektoren, Theatermacher und Kritiker tummeln. Seit der Gründung haben sich 188 Autoren am Stückemarkt beteiligt. 1978 auch Elfriede Jelinek mit „Was geschah, nachdem Nora ihren Mann verlassen hatte oder Stützen der Gesellschaft“. Damals war die Literaturnobelpreisträgerin von 2004 noch ein Geheimtipp. Heute bestimmen die jungen Unbekannten von einst die Theaterspielpläne.

Autoren können sich seit 2003 auch in einem europaweiten Wettbewerb in Originalsprache mit ihren Projekten bewerben. Eine Jury wählt fünf bis sieben Stücke aus, die während des Treffens als szenische Lesungen und Gastspiele präsentiert werden. In diesem Jahr entschied sich das Gremium aus 277 Einsendungen für fünf Stücke. Darunter „The State“ des bulgarischen Autors Alexander Manuiloff. Ein literarischer Theatertext, der ohne Schauspieler und Regisseur auskommt, so dass das Publikum zum Co-Autor und Akteur der Aufführung avanciert.

Seit 2001 ist das ehemalige „Theater der Freien Volksbühne“ Sitz der Berliner Festspiele. Ein Haus des Architekten Fritz Bornemann, der auch die Deutsche Oper Berlin entwarf. Das offene Architekturideal der Nachkriegsmoderne setze sich im Inneren des Gebäudes fort, heißt es in der Festspiel-Broschüre. Das Geschehen auf der Bühne sei von allen Plätzen aus gut sicht- und hörbar. Ganzjährig präsentiert das Haus Inszenierungen, Konzerte und Lesungen internationaler Künstler. *Silvia Friedrich*

Programm unter www.berlinerfestspiele.de. Telefonische Kartenbestellung unter (030) 25489100.

»Zu gut für diese Welt«

Eine »traurige Ruine« – Zum 175. Todestag Caspar David Friedrichs

Dank millionenfach reproduzierten Gemälden wie „Kreidefelsen auf Rügen“, „Zwei Männer in Betrachtung des Mondes“ und der „Wanderer über dem Nebelmeer“ gehört Caspar David Friedrich zu den populärsten deutschen Malern. Zu Lebzeiten jedoch hatte er nur einen kleinen Kreis von Anhängern. Als er am 7. Mai 1840 starb, war er als Künstler so gut wie vergessen.

Erst mit einer Überblicksausstellung, die 1906 in Berlin die deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts einer Neubeurteilung unterzog, wurde der hohe Rang seines Schaffens erkannt. Es dauerte übrigens weitere 21 Jahre, bis man sein Grab wieder aufgefunden hat. Es befindet sich auf dem Dresdner Trinitatisfriedhof. Was aber war der romantische Maler von Mondschein und Nebelschwaden, Kirchenruinen und verfallenen Friedhöfen für ein Mensch?



Bild: Archiv

Friedrich: Porträtiert von Wilhelm v. Kügelgen

Sein Freund Carl Gustav Carus beschrieb ihn so: „Von hagerm, starkknochigem Körper, trug er einen eigenen melancholischen Ausdruck in seinem meist bleichen Gesicht.“ Wilhelm von Kügelgen, bei dessen Vater der Maler oft zu Besuch war, ergänzte: „Friedrich kam aus seiner bedrängten Lage nie heraus, weil er zu menschenscheu und unbeholfen, vielleicht zu gut für diese Welt war.“ Friedrich selbst bekannte: „Ihr nennt mich Menschenfeind, / Weil ich Gesellschaft meide, / Ihr irret euch, / Ich liebe sie. / Doch um die Menschen nicht zu hassen, / Muss ich den Umgang unterlassen.“

Das aber ist nur die halbe Wahrheit, wie die am Pommerschen Landesmuseum Greifswald tätige Friedrich-Spezialistin Birte Frenssen betont: „Wenn Friedrich ein Kreis von Menschen behagte, konnte er durchaus gesellig und humorvoll sein.“ Er war ein Familienmensch, 1774 in Greifswald als sechstes von zehn Kindern eines Seifensieders und Lichtziehers geboren. Seit 1798 in Dresden ansässig, hielt er durch regen Briefwechsel und wiederholte Heimatbesuche engen Kontakt zu den Verwandten. Für alle unerwartet, heiratete er 1818 die Bürgerstochter Caroline Bommer, die ihm zwei Töchter und einen Sohn gebar. Er bekannte: „Es ist doch ein schnurrig Ding wenn man eine Frau hat.“

Und wie hielt es Friedrich mit der Religion? Birte Frenssen erläutert: „Friedrich war Protestant und hat sowohl im Leben als auch in seinen Bildern ‚geistigen, religiösen Aufschwung‘ geben wollen.“ Sehr freigebig half er in Not geratenen Menschen. An seine Frau, die in der Sommerfrische weilte, schrieb er: „Damit du nicht ganz so leer ausgehest und eine Freude habest zu deinen Geburthstage, so gieb einen vorübergehenden Bedürftigen, oder wenn du sonst schon jemanden kennest 1 Thaler und freue dich seiner Freude. Daß ist dann eine Freude wobei der Gaumen zwar nichts empfindet, aber der innere Mensch gewinnt.“

Zum Bedürftigen wurde Friedrich schließlich selbst, denn seine Malerei war aus der Mode gekommen. So schrieb er 1830: „Meine Geldverlegenheit und Mißmuth steigt mit jedem Tag.“ Gesundheitliche Probleme kamen hinzu: 1835 erlitt er den ersten Schlaganfall, 1837 den zweiten. Wenige Wochen vor seinem Tod erhielt er Besuch vom russischen Dichter Schukowskij, der anschließend in sein Tagebuch eintrug: „Zu Friedrich. Traurige Ruine. Er weinte wie ein Kind.“ *Veit-Mario Thiede*

Ein Schwergewicht

Viel Genie und Wahnsinn – Orson Welles

Das Amerikanische Filminstitut lässt rund alle zehn Jahre von 1500 Schauspielern, Filmkritikern und -historikern die besten Filme aller Zeiten wählen. Die letzten beiden Male – 1998 und 2007 – erreichte den ersten Platz ein Streifen, der als Lieblingsfilm eines Massenpublikums kaum in Frage kommt: „Citizen Kane“.

Schaut man sich den Film heute an, fragt man sich, was daran so außergewöhnlich ist. Die fiktive, an den US-Verleger Randolph Hearst angelehnte Filmbiografie über einen Medienmogul mit ihren erzählerischen Rückblenden, szenischen Überblendungen und subjektiver Kameraführung entspricht ganz unseren heutigen Sehgewohnheiten. Als der Film 1941 entstand, war das aber alles revolutionär. Mit nur 26 Jahren schuf der Regisseur Orson Welles damals einen Meilenstein der Kinogeschichte, den sich Autorenfilmer bis heute zum Vorbild nehmen.

Regisseur wurde vor 100 Jahren geboren

Als er „Citizen Kane“ drehte, war Welles längst kein unbeschriebenes Blatt mehr. Seinen ersten großen Streich landete er 1938 mit dem Radio-Hörspiel „Krieg der Welten“, mit dem er in den USA eine Massenpanik auslöste. Die Zuhörer nahmen die täuschend echt wirkende Reportage über eine Invasion von Außerirdischen tatsächlich für bare Münze (siehe *PAZ* vom 26. Oktober 2013).

Mit diesen frühen Pioniertaten bestätigte Welles das Genie, das ihm seit seinen Kindertagen nachgesagt wurde. Der am 6. Mai 1915 im US-Bundesstaat Wisconsin geborene Welles beschäftigte sich schon in einem Alter mit Shakespeare, wenn andere Kinder gerade mit dem Lesen anfangen. Seine Mutter, eine Konzertpianistin, soll seine musischen Talente gefördert haben. Bereits mit zwölf Jahren verwaist, verzichtete Welles auf eine College-Ausbildung und ging unter anderem in Europa zum Theater. Seine Erfolge als Drehbuchautor, Regisseur und Schauspieler verwirklichte er aber erst nach seiner Rückkehr in die USA.

Nach seinen Geniestreichen von „Krieg der Welten“ und „Citizen Kane“ verblüffte er als Schauspieler in der Rolle des zwielichtigen Geschäftsmanns Harry Lime in dem Thriller „Der dritte Mann“ von 1949. Die Szenen, in denen Welles durch die Wiener Kanalisation gejagt wurde, bleiben unvergessen.

Der Rest, den Welles danach bis zu seinem Tod 1985 fabrizierte, ist aber zum Vergessen. Das Genie hatte sich aufgebraucht und nährte sich nur noch vom Mittelmäßigen – und von Fastfood. Von Fettleibigkeit und imposantem Bart geprägt, war er prädestiniert für auffällige Nebenrollen in Filmen, die meist reif waren für die „Goldene Himbeere“ als schlechtester Film.

Viele seiner letzten Filmprojekte blieben unvollendet. Im Münchener Stadtmuseum liegt Archivmaterial von anderthalb Tonnen Gewicht, so unter anderem von einem nie fertiggestellten Dreh eines „Don Quichotte“-Films, das noch seiner Entdeckung harrt. *H. Tews*

MELDUNGEN

Belgier Dercon löst Castorf ab

Berlin – Der belgische Museumsleiter Chris Dercon wird 2017 Nachfolger von Frank Castorf als Intendant der Berliner Volksbühne. Mit dieser Entscheidung hat Kulturstaatssekretär Tim Renner seinen Wunschkandidaten durchgesetzt. Renner wurde von Regisseuren wie Jürgen Flimm oder Claus Peymann wegen dieser Personalangelegenheit kritisiert, weil der 56-jährige Dercon anders als Castorf, der seit 1992 Intendant der Volksbühne ist, kaum über Theatererfahrung verfügt. Nach einer Mitarbeit beim Rundfunk kuratierte er Ausstellungen, leitete von 2003 bis 2011 das Haus der Kunst in München und wirkt seitdem als Direktor der Londoner Tate Gallery of Modern Art. *tws*

Onegin duelliert sich wieder

Schwerin – Anlässlich des 175. Geburtstags des Komponisten Peter Tschaikowsky am 7. Mai wird am 3. Mai seine Oper „Eugen Onegin“ wieder in den Spielplan des Mecklenburgischen Staatstheaters Schwerin aufgenommen. Georg Rootering inszenierte die nach einem Versroman von Puschkin entstandene, wohl bekannteste russische Oper (weitere Aufführung am 29. Mai). Mit Heiner Müllers „Germania. Tod in Berlin“ und Ibsens „Ein Volksfeind“ folgen am 7. beziehungsweise 15. Mai zwei Theaterpremieren (www.theater-schwerin.de). *tws*

»Zu stolz zum Kämpfen«

Zur Enttäuschung der Briten reagierten die USA auf die »Lusitania«-Versenkung nicht mit dem Eintritt in den Ersten Weltkrieg

Die warnungslose Versenkung des britischen Passagierdampfers „Lusitania" durch ein deutsches U-Boot am 7. Mai 1915 brachte die USA erstmals an den Rand eines Kriegseintritts auf der Seite der Entente. Nur durch die geschickte Diplomatie Washingtons und Berlins konnte dieser Schritt verhindert werden – sehr zur Enttäuschung der Briten, die erhebliche Schuld an dem tragischen Vorfall trugen.



„H.M.S. Unverdaulich": Die zeitgenössische deutsche Karikatur wirft den Briten vor, für militärisch relevante Schiffsfahrten US-Amerikaner als menschliche Schutzschilde zu missbrauchen

Kapitänleutnant Walther Schwieger konnte sein Glück kaum fassen. Das große Schiff, das bis dahin uneinholbar außerhalb der Reichweite seines U-Bootes die deutscherseits offiziell zum Sperrgebiet erklärten Gewässer vor der irischen Südküste durchquert hatte, änderte plötzlich den Kurs und lief genau in Schussposition. Ein kurzer, schneller Anlauf und Schuss. Die „Lusitania" sank innerhalb von nur 18 Minuten, nachdem sie von nur einem von U 20 lancierten Torpedo getroffen worden war. Vor dem Versinken erschütterte eine zweite, überaus heftige Explosion das Schiff. Schwieger betont in seinem Kriegstagebuch, dass das Schiff keine Flagge gesetzt habe, dass die Reedereikennzeichen unkenntlich gemacht und die Schornsteine schwarz übergestrichen gewesen seien und dass er die Identität des Schiffes erst nach der Torpedierung erkannt habe. Unter den 1198 Todesopfern befanden sich auch 128 US-amerikanische Staatsbürger. Die Wirkung auf die öffentliche Meinung in den USA war ungeheuer, und es wurden Rufe nach scharfen Maßnahmen gegen das Deutsche Reich laut.

Durch dieses Ereignis war erstmals die Gefahr eines Kriegseintritts der USA an der Seite der Entente in greifbare Nähe gerückt. Zur Rechtfertigung des deutschen Vorgehens richtete das Auswärtige Amt am 11. Mai 1915 eine Note an die neutralen Regierungen. In ihr lehnte die deutsche Regierung die Übernahme jeder Verantwortung für den Verlust der Menschenleben ab und wies die alleinige Schuld hieran der britischen Regierung zu. Sie betonte das Recht zur Ergreifung von Vergeltungsmaßnahmen gegen die britische Seeblockade und wies darauf hin, dass britische Schiffe wegen ihrer häufigen Armierung und verschiedentlicher Versuche, U-Boote durch Rammstoß zu versenken, nicht als gewöhnliche Handelsschiffe angesehen werden könnten. Schließlich erklärte sie, dass die „Lusitania" größere Mengen Munition an Bord gehabt habe und zudem vor ihrer Abfahrt eine ausdrückliche Warnung vor der Passage ergangen sei. Tatsächlich hatte der deutsche Botschafter in Washington, Johann Heinrich Graf von Bernstorff, in 50 US-amerikanischen Zeitungen direkt unter der „Lusitania"-Werbung der Cunard-Line eine Anzeige platzieren lassen, in der vor Reisen auf britischen Schiffen gewarnt wurde.

Der US-Präsident Woodrow Wilson sah seine Bedenken gegen den deutschen Unterseehandelskrieg durch die öffentliche Empörung in den neutralen Staaten bestätigt. War es ihm in der Frage des U-Boot-Krieges bisher primär um die Vertretung des US-amerikanischen Rechtsstandpunktes gegangen, so handelte es sich jetzt nach dem Tod US-amerikanischer Staatsbürger zusätzlich darum, wohlüberlegt und sachlich die Gefühlslage seiner Landsleute zum Ausdruck zu bringen, ohne leichtfertig einen Kriegseintritt der USA herbeizuführen. In der in diplomatisch bestimmtem Ton gehaltenen Antwortnote der US-amerikanischen Regierung vom 13. Mai 1915 verwies er auf die „Grundsätze der Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Billigkeit und Vernunft in der Kriegführung" und machte deutlich, dass er den U-Boot-Krieg als neues Phänomen des Seekrieges an die bestehende Seekriegsordnung zu binden gedenke. Am 28. Mai 1915 führte die deutsche Regierung in ihrer Antwortnote unter Hinweis auf die Eigenschaft der „Lusitania" als ein in der britischen Flottenliste verzeichneter Hilfskreuzer und die Praxis des Flaggenmissbrauchs aus, dass die Armierung der britischen Handelsschiffe und deren offensives Verhalten ein völkerrechtlich unumstrittenes Vorgehen nach den Regeln des Prisenrechts für die deutschen U-Boote nahezu unmöglich macht. Ein anderes als ein warnungsloses Versenken sei den Kommandanten im Interesse der Sicherheit ihrer Boote nicht zuzumuten.

NOTICE!

TRAVELLERS intending to embark on the Atlantic voyage are reminded that a state of war exists between Germany and her allies and Great Britain and her allies; that the zone of war includes the waters adjacent to the British Isles; that, in accordance with formal notice given by the Imperial German Government, vessels flying the flag of Great Britain, or of any of her allies, are liable to destruction in those waters and that travellers sailing in the war zone on ships of Great Britain or her allies do so at their own risk.

IMPERIAL GERMAN EMBASSY

WASHINGTON, D. C., APRIL 22, 1915.

Warnung vor der Fahrt mit einem britischen Schiff: Anzeige der Kaiserlichen deutschen Botschaft in Washington in 50 US-amerikanischen Zeitungen

Bilder (3): Wiese

In ihrer Antwort darauf betonte die US-amerikanische Regierung am 10. Juni 1915, es gehe ihr um Höheres als lediglich um Eigentumsrechte und Handelsprivilegien, nämlich „um die erhabenen und heiligen Rechte der Menschlichkeit". Zum Abschluss betonte sie, dass sie es nicht hinnehmen könne, dass die Proklamation eines Kriegsgebietes als eine Beschneidung von Rechten US-amerikanischer Bürger ausgelegt werde, die sich auf erlaubten Reisen als Passagiere an Bord von Handelsschiffen einer kriegführenden Macht befänden.

Daraufhin erklärte sich die Reichsregierung am 8. Juli 1915 unter erneutem Hinweis auf die völkerrechtswidrige Seekriegführung Großbritanniens bereit, durch besondere Abzeichen kenntlich gemachte und zuvor angekündigte US-amerikanische Passagierschiffe unbehelligt zu lassen, um den US-amerikanischen Bürgern weiterhin eine Reisemöglichkeit nach Europa zu erhalten. Abschließend erklärte sie, es sogar zulassen zu wollen, dass unter diesen Voraussetzungen eine bestimmte Anzahl feindlicher Schiffe zum Zwecke des Passagierdienstes durch die US-amerikanische Regierung unter US-amerikanische Flagge gestellt würde.

Auf diese Anregung reagierte die US-amerikanische Regierung in ihrer dritten Note vom 23. Juli 1915 mit Ablehnung, da eine solche Vereinbarung ein Abweichen von den bis dahin unterstrichenen US-amerikanischen Grundsätzen bedeutet hätte. Außerdem stellte sie fest, dass eine als Vergeltungshandlung deklarierte Maßnahme nach der US-amerikanischen Rechtsauffassung an sich rechtswidrig sei. Ungesetzliche und unmenschliche Handlungen könnten, so gerechtfertigt sie auch einem Feind gegenüber erscheinen mögen, dem vorgeworfen wird, unter Verletzung von Recht und Menschlichkeit zu handeln, nicht gutgeheißen werden, wenn sie die Neutralen ihrer anerkannten Rechte berauben, insbesondere, wenn sie das Recht auf Leben selbst verletzten. Die Note schließt mit einer als deutliche Kriegsdrohung zu interpretierenden Formulierung, der zufolge jede weitere der Versenkung der „Lusitania" ähnliche Handlung als „vorsätzlich unfreundlicher Akt" betrachtet werden müsse. Die Angelegenheit konnte erst durch die deutsche Note vom 16. Februar 1916 abschließend beigelegt werden, in der die deutsche Regierung ihre Verantwortung für den Verlust US-amerikanischer Menschenleben eingestand und die Verpflichtung zur Schadenersatzleistung anerkannte. Da eine Annäherung der grundsätzlichen Standpunkte nicht erreicht werden konnte, blieben die atmosphärischen Störungen zwischen beiden Staaten jedoch bestehen.



Kritik an unvorsichtigen US-Amerikanern: Die zeitgenössische deutsche Karikatur verdeutlicht die Gefahren, die eine Fahrt auf einem britischen Schiff mit sich brachte

Entgegen den Erwartungen und Hoffnungen der britischen Regierung hatte die Versenkung der „Lusitania" nicht zu einem Kriegseintritt der USA auf Seiten der Entente geführt. Stattdessen musste Cecil Spring Rice, der britische Botschafter in Washington, der immer auf ein durch ein unvorhergesehenes Ereignis hervorgerufenes „Überkochen" der öffentlichen Meinung in den USA gehofft hatte und es bedauerte, dass die Versenkung der „Lusitania" nicht zu einem solchen Ereignis geworden war, seiner Regierung resigniert melden, dass man weiterhin nicht auf Washington zählen könne. Derartige Äußerungen des höchsten britischen Vertreters in Washington nähren die These, die britische Admiralität unter dem Minister Winston Churchill habe die „Lusitania" absichtlich zu dem deutsche U-Boot geführt beziehungsweise nichts zu deren Schutz unternommen. Tatsächlich hätte sie die Versenkung des Schiffes vermeiden können, denn die Gefahr durch deutsche U-Boote und die Anwesenheit von U 20 vor der südirischen Küste waren ihr bekannt. Sie hätte der „Lusitania" einfach einen sicheren Kurs empfehlen können, was sie aber ebenso unterlassen hat wie eine Warnung. Ein Vorsatz lässt sich aus den Quellen nicht nachweisen, zumindest aber können den Briten unverantwortliche Nachlässigkeit und sträflicher Dilettantismus vorgeworfen werden.

Auch wenn sich die britische Marine immer wieder an dem Wrack der „Lusitania" zu schaffen gemacht und kompromittierende Spuren hat verschwinden lassen, ist es zweifelsfrei erwiesen, dass das Schiff rund 8000 Kisten militärischer Munition unterschiedlicher Arten und Kaliber geladen hatte, die mithilfe gefälschter Ladepapiere an Bord gebracht worden waren – nicht zum ersten Mal, wie aus den Akten hervorgeht. Das Vorhandensein einer großen Menge von Explosivstoffen an Bord erklärt auch schlüssig die mysteriöse zweite Detonation. Zudem war das Schiff durch Panzerplatten verstärkt und für die Nutzung als Hilfskreuzer präpariert. Die „Lusitania" befand sich also weder auf einer ausschließlich zivilen Zwecken dienenden Reise noch wurde sie das Opfer eines unprovozierten deutschen U-Boot-Angriffs.

Immer wieder ist zu lesen, der „Lusitania"-Zwischenfall habe zum Kriegseintritt der USA auf der Seite der Entente geführt. Tatsächlich vergingen bis zu diesem Schritt noch zwei Jahre. Im Sommer 1916 war die Stimmung in den USA sogar so deutschfreundlich, dass Bernstorff nach Berlin meldete, sie könne „mit vollkommener Befriedigung betrachtet werden" und er fühle sich „in die guten Tage vor dem Kriege zurückversetzt". Auch nach der Versenkung der britischen Schiffe „Arabic" und „Sussex", bei der wieder US-amerikanische Staatsbürger ums Leben kamen, widersetzte sich Wilson der Forderung der Interventionisten nach einem Kriegseintritt. Er hielt es für ein „Verbrechen gegen die Zivilisation", die Nation in einen Krieg zu führen, weshalb ihm vorgeworfen wurde, „zu stolz zum Kämpfen" zu sein. Dann jedoch flogen deutsche Agenten in den USA auf, die Verwicklung deutscher Botschaftsangehöriger in Sabotageakte wurde aufgedeckt und die Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges forderte weitere US-amerikanische Todesopfer. Als im März 1917 bekannt wurde, dass die Reichsleitung dem amerikanischen Nachbarstaat Mexiko mit dem „Zimmermann-Telegramm" ein gegen die neutralen USA gerichtetes Bündnisangebot unterbreitet hatte, war auch für Wilson das Maß voll. Am 6. April unterzeichnete er die Kriegserklärung an das Deutsche Reich. Der „Lusitania"-Zwischenfall war also nicht deren Auslöser, wohl aber stand er wie ein Menetekel über der weiteren Entwicklung der deutsch-US-amerikanischen Beziehungen.

Jan Heitmann

Das Ende des »Reichsluftschutzkellers«

Vor 70 Jahren fiel Breslau – Neben 13 000 Angreifern und 7000 Verteidigern wurden 170 000 Zivilisten getötet

Breslau blieb lange Zeit vom Kriege unberührt und wurde deshalb spöttisch „Reichsluftschutzkeller“ genannt. Dann jedoch kam es im Zuge der russischen Winteroffensive von 1945 zu einer 80-tägigen Belagerung der niederschlesischen Hauptstadt, in deren Verlauf Breslau zum „Stalingrad an der Oder“ mutierte.

Durch einen Befehl des Generalstabschefs des Heeres, Generaloberst Heinz Guderian, wurde Breslau am 25. August 1944 zur „Festung“ erklärt. Dem folgte der hektische Ausbau der Verteidigungsanlagen, die noch aus der Zeit der napoleonischen Kriege stammten. Allerdings waren diese Vorkehrungen keineswegs beendet, als die Rote Armee am 12. Januar 1945 ihre große Winteroffensive begann, in deren Verlauf die 1. Ukrainische Front unter Marschall Iwan Stepanowitsch Konjew nach Schlesien vorstieß und am 22. Januar nördlich und südlich von Breslau die Oder erreichte.

Drei Tage zuvor hatte der niederschlesische NSDAP-Gauleiter Karl Hanke die Evakuierung der Zivilbevölkerung befohlen, sofern es sich nicht um wehrfähige Männer handelte. Von denen, die daraufhin nach Westen drängten, befanden sich jene, die aus ihren Dörfern im Odertiefland nach Breslau geflüchtet waren, damit nun schon das zweite Mal auf dem Treck. Dabei endete der Weg dieser Menschen oftmals in der sächsischen Hauptstadt Dresden, die dann vom 13. bis zum 15. Februar 1945 durch angloamerikanische Bomber zerstört wurde. Insofern ist es kaum glaubhaft, dass es während der Luftangriffe auf das komplett übervölkerte „Elbflorenz“ lediglich 25 000 Tote gegeben haben soll, wie eine staatlich bestellte Historikerkommission 2010 verkündete.

Die Organisation der Verteidigung Breslaus oblag zum einen Hanke, der über die Einheiten des Volkssturms gebot, und zum anderen dem Festungskommandanten, Generalmajor Hans von Ahlfen. Dem standen Teile der 17., 269. und 609. Infanteriedivision sowie Einheiten der Waffen-SS und der Luftwaffe zur Verfügung; dazu kamen 200 Geschütze, 40 schwere Granatwerfer, 15 Panzer beziehungsweise Sturmgeschütze sowie ein eilends von der ortsansässigen Firma Fahrzeug- und Motoren-Werke (FAMO) hergerichteter Panzerzug. Außerdem befanden sich noch etwa 200 000 Zivilisten in der Stadt, die zumeist Schanz- und andere Hilfsdienste leisten mussten, denn Hanke und von Ahlfen waren fest entschlossen, die Stadt bis zum Letzten zu verteidigen. Davon zeugen nicht zuletzt die Erschießung des Zweiten Bürgermeisters Wolfgang Spielhagen, der Ende Januar kapitulieren wollte, und ein Tagesbefehl, den von Ahlfen am 8. Februar erließ: „Ich mache es allen Führern zur Pflicht, die ihnen anvertraute Stellung zu halten. Wer eine Stellung eigenmächtig aufgibt und zurückgeht, wird wegen Feigheit vom Standgericht zum Tode verurteilt.“

Am 15. Februar schloss die 6. sowjetische Armee unter Generalleutnant Wladimir Alexejewitsch Glusdowski den 60 Kilometer langen Belagerungsring um den Großraum Breslau. Damit standen nun rund 45 000 Verteidiger gegen 55 000 Rotarmisten. Diese begannen ab dem 16. Februar, von Süden her gegen die Verteidigungsstellungen vorzurücken, wobei besonders das 22. und das 74. Armeekorps unter Generalmajor Fjodor Sacharow beziehungsweise Generalmajor Alexander Woroschischtschew zum Einsatz kamen. Allerdings konnten die Angreifer bis Ende des Monats gerade einmal zwei Kilometer vordringen, denn Wehrmacht und Volkssturm lieferten ihnen extrem verbissene Straßen- und Häuserkämpfe, über welche die Stockholmer Zeitung „Svenska Dagbladet“ im März 1945 berichtete: „In Breslau wird nicht nur um jedes Haus, Stockwerk oder Zimmer gekämpft, sondern um jedes Fenster ... Während des gesamten Krieges hat es keine Parallele zu einem so dramatischen Kampf ... gegeben.“ So schichtete man beispielsweise Bücher aus der Universitätsbibliothek zu Barrikaden auf oder spannte Teppiche als Sichtschutz über die Straße.



21 600 der 30 000 Gebäude Breslaus wurden zerstört: Schlesiens Hauptstadt nach den Kämpfen Bild: bpk

Darüber hinaus sprengten die Verteidiger systematisch leerstehende Gebäude, um damit einerseits den Russen die Deckung zu entziehen und andererseits Material für neue Befestigungen zu gewinnen – ein Vorgehen, das dann reichsweit „Breslauer Methode“ genannt wurde. Zudem lieferten auch und gerade die deutschen Pioniere zahlreiche Proben ihres Einfallsreichtums: Nachdem sie einige größere Flächen gezielt unter Wasser gesetzt und somit als Angriffsraum unbrauchbar gemacht hatten, entwickelten sie Minen in Ziegelsteinform, die den Rotarmisten manch tödliche Überraschung bereiteten. Das alles führte zu einer erheblichen Erschöpfung der Angriffsverbände, deren Kampfstärke bald nur noch bei rund 50 Prozent des Sollbestandes lag. Deshalb verlegten sich die Russen zwischenzeitlich mehr auf Drohungen denn auf entschiedene Attacken. Trotzdem aber sorgte der überaus fanatische Gauleiter Hanke am 7. März 1945 dafür, dass der Festungskommandant von Ahlfen abberufen und durch den eingeflogenen Generaloberst Hermann Niehoff ersetzt wurde.

Der Endkampf um Breslau begann mit einem Flächenbombardement der 2. sowjetischen Luftarmee am 1. und 2. April 1945. Anschließend stießen Glusdowskis Kampfverbände bis an den westlichen Rand der Altstadt vor und eroberten auch den Flughafen in Klein Gandau, woraufhin die Festung nicht mehr auf dem Luftwege mit Munition versorgt werden konnte. Daher musste Breslau am 6. Mai 1945 kapitulieren – immerhin vier Tage nach der Reichshauptstadt Berlin.

Wenige Stunden zuvor hatte sich Hanke, der am 29. April noch in Nachfolge Heinrich Himmlers zum neuen Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei ernannt worden war, mit einem einmotorigen Kurierflugzeug aus Breslau abgesetzt. Allerdings rettete ihn das letztlich auch nicht: Glaubwürdigen Berichten zufolge wurde er später in der Tschechoslowakei gefangengenommen und nach einem Fluchtversuch erschlagen.

Als die Waffen in Breslau endlich schwiegen, waren an die 7000 Verteidiger gefallen. Dazu kamen ungezählte Opfer unter der Zivilbevölkerung. Der britische Historiker Norman Davies schätzt die Zahl der getöteten Zivilisten auf bis zu 170 000. Der Blutzoll auf sowjetischer Seite soll 13 000 Gefallene betragen haben. Darüber hinaus lagen 21 600 der 30 000 Gebäude Breslaus in Trümmern. Damit existierte die Stadt nur noch als Schatten ihrer selbst, als die ersten polnischen Vorauskommandos eintrafen, um die preußische Provinzmetropole an der Oder unter ihre Verwaltung zu stellen.

Wolfgang Kaufmann

Verwaltungsgenie gründete das Deutsche Rote Kreuz

Organisationsstruktur und internationale Stellung des DRK sind zuvörderst das Verdienst Joachim von Winterfeldt-Menkins

Der Schöpfer des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in seiner heutigen Form wurde am 15. Mai 1865 im uckermärkischen Grünberg geboren. Er entstammte einem uralten deutschen Adelsgeschlecht, dessen Wurzeln bis ins 10. Jahrhundert zurückreichen und das auch und gerade auf die Geschichte Brandenburg-Preußens einen nicht zu unterschätzenden Einfluss ausübte. Deshalb lag es mehr als nahe, dass auch der jüngste Spross der Familie nach seinem Jurastudium, das ihn nach Lausanne, Siena, Leipzig und Greifswald geführt hatte, in den Staatsdienst eintrat. Anschließend legte er folgende Karriereschritte zurück: Gerichtsreferendar (1888), Regierungsreferendar in Frankfurt an der Oder (1892), Regierungsassessor und Mitarbeiter am Landratsamt des Landkreises Prenzlau (1894); dazwischen lag der Wehrdienst als Einjährig-Freiwilliger im Dragonerregiment Nr. 2 in Schwedt. 1897 wurde von Winterfeldt dann in Nachfolge seines Vaters selbst Landrat von Prenzlau, bevor er 1903 zum Stellvertretenden Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg avancierte. Dem folgte 1911, im Alter von nunmehr 46 Jahren, die Ernennung zum Landesdirektor von Brandenburg – ein Amt, das er bis 1930 bekleidete und nicht zuletzt deshalb übertragen bekam, weil ihm der Ruf vorauseilte, ein ausgesprochenes Verwaltungsgenie zu sein.



Bild: Archiv

von Winterfeldt-Menkin

Gleichzeitig betätigte sich von Winterfeldt aber auch politisch. So gehörte er von 1905 beziehungsweise 1907 bis 1918 dem preußischen Herrenhaus und dem Reichstag an, wo er die Deutschkonservative Partei vertrat. Dabei stand der ostelbische Adlige der parlamentarischen Wirklichkeit durchaus kritisch gegenüber, wie aus seinen Memoiren von 1942 hervorgeht: „Die ganze Atmosphäre des Reichstages war mir widerwärtig. Dieser andauernde Kuhhandel von Partei zu Partei ... widerstrebte ... meinem Begriff von einer starken zielbewussten Regierung, die nach meiner Staatsauffassung jederzeit die Möglichkeit haben muss, das als notwendig und richtig Erkannte durchzusetzen.“ Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum Winterfeldt in der Weimarer Zeit keine Anstrengungen unternahm, in den Reichstag einzuziehen, obwohl er zum Kreis derer gehörte, die 1918 die Deutschnationale Volkspartei aus der Taufe hoben. Stattdessen engagierte sich der Landesdirektor von Brandenburg nun lieber verstärkt für das Deutsche Rote Kreuz.

Die Anfänge seiner diesbezüglichen Tätigkeit lagen im Jahre 1902: Damals hatte Joachim von Winterfeldt die Leitung des Prenzlauer Männerzweigvereins vom Roten Kreuz übernommen; danach war er dann von 1904 bis 1912 stellvertretender Rot-Kreuz-Vorsitzender von Brandenburg gewesen, bevor er schließlich 1916 zum Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz gewählt wurde. In dieser Eigenschaft initiierte Winterfeldt die Gründung des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge. Außerdem gehörte der Rot-Kreuz-Funktionär der ersten Verhandlungsdelegation mit Frederic von Rosenberg und Eduard David an, die Ende 1917 nach Brest-Litowsk reiste, um über die Bedingungen für einen Separatfrieden mit Russland zu verhandeln.

Ein Jahr nach Kriegsende stieg Winterfeldt in Nachfolge des Generals Curt Wolf von Pfuel zum Präsidenten des Preußischen und Deutschen Zentralkomitees vom Roten Kreuz auf und machte es sich nun zur Aufgabe, die vielen einzelnen, nur lose verbundenen Landesverbände miteinander zu verschmelzen. Hierzu schrieb er in seinen Erinnerungen: „Ein einheitliches Rotes Kreuz unter einheitlicher Leitung musste geschaffen werden. Dies war die Losung, unter der ich den Vorsitz ... übernahm.“ Und tatsächlich erreichte es Winterfeldt bis zum 25. Januar 1921, eine solche zentralistische Organisation zu schaffen.

Anschließend galt sein Streben vor allem der Aufnahme des Deutschen Roten Kreuzes in die Internationale Liga der Rotkreuz-Gesellschaften, mit der das Reich wieder ein Stück internationaler Reputation zurückgewann. Dabei kooperierte Winterfeldt auch mit dem Hochkommissar des Völkerbundes für Flüchtlingsfragen, Fridtjof Nansen, woraus die Idee zu einem Pass für staatenlose Flüchtlinge und Emigranten entstand, die mit dazu beitrug, dass der Norweger 1922 den Friedensnobelpreis verliehen bekam – wohingegen der Deutsche leer ausging.

> **Der sozial engagierte preußische Landadelige kam vor 150 Jahren in der Uckermark zur Welt**

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten gab Winterfeldt den Posten des DRK-Präsidenten an den SA-Gruppenführer Carl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha ab und zog sich komplett ins Privatleben zurück. Dieses fand vorrangig auf dem vom Vater geerbten Gut Menkin statt, das der Pensionär nun als seine „eigentliche Heimat“ bezeichnete und nach dem er sich bereits seit 1925 von Winterfeldt-Menkin nannte. Diese Altersidylle nahm am 24. April 1945 ein jähes Ende, als sowjetische Tiefflieger Haus und Hof des fast 80-Jährigen in Brand schossen. Hieraufhin begab sich von Winterfeldt-Menkin auf den Treck nach Westen. An dessen Strapazen starb er am 3. Juli 1945 in Harmshagen. Im Gutspark von Grevesmühlen wurde er beerdigt – entgegen seinem sehnlichen Wunsch nach einer Bestattung in Menkin. Allerdings bewirkte sein Enkel Kaspar von Oppen, Ehrenpräsident des DRK von Brandenburg, 1991 eine entsprechende Umbettung des Toten.

Um den ersten Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes zu würdigen, vergibt das Land Brandenburg seit 1994 für besondere Leistungen bei der ehrenamtlichen Tätigkeit im DRK sowie der Berg- und Wasserwacht die Joachim von Winterfeldt-Menkin-Medaille. *W.K.*

Das Trachten-bunte Deutschland wird Kutten-schwarz

Zu: Das Volk hat zu gehorchen (Nr. 15)

In unserem Land läuft schon viel zu lange etwas schief. Lauthals wird von den Politikern die Demokratie gefeiert, eine Staatsform, in welcher der Bürger die Geschicke des Landes bestimmt.

Aber was haben wir in Wirklichkeit? Eine Parteiendiktatur, in welcher im Verhältnis zur Bevölkerung eine abgehobene Clique das Handeln und Denken übernommen hat, ohne daran zu denken, das Volk zu befragen.

Die Bürger haben diese aus dem Ruder gelaufene Zuwanderung zu tragen oder zu ertragen. Was zu viel ist, das ist einfach zu viel. Das ist auch bei der Zuwanderung so. Mag ja sein, dass wir Zuwanderung von tüchtigen und ehrlichen Menschen gleicher Kultur benötigen, aber was hier ins Land strömt, wird dieses Land nur negativ verändern.

Wenn das alles Fachkräfte, Ingenieure oder Ärzte sein sollen, wundert es mich zu sehen, wie es in deren Herkunftsländern aussieht. Und machen wir uns nichts vor: In ein paar Jahrzehnten wird es hier genauso aussehen.

Auch ist mir nicht bekannt, dass aus den Herkunftsländern dieser sogenannten Flüchtlinge viel Innovation herkommt oder dass dort die Patentämter überlastet wären. Warum die Politiker das alles mit ihren eigenen Bürgern veranstalten, bleibt deren Geheimnis. Das Wohl derselben können sie nicht im Sinn haben. Als Fazit des ganzen derzeit ablaufenden Wahnsinns bleibt die erschreckende Erkenntnis, dass die Mitbürger, die alles nach unten ziehen und zerstören wollen, gefeiert werden, während die kritischen und fleißigen deutschen Bürger als „Nazis“ und Volksfeinde verleumdet werden.

Wer hat denn dieses Land gestaltet und erfolgreich gemacht? Ja, das waren Menschen wie Krupp, Thyssen, Daimler, Benz, Opel, Siemens, Henschel oder Sauerbruch, Koch, Röntgen, Max Planck, Heisenberg – um nur ganz wenige zu nennen, die mir gerade einfallen. Das waren alles Deutsche, keine Moslems, keine Schwarzen, keine Araber, keine Sinti oder Roma. Eine ganze große Kultur- und Entwicklungsnation wird innerhalb von ein bis zwei Generationen in ein Entwicklungsland verwandelt. Wir erleben es jeden Tag aufs Neue.

Als Beispiel darf hier der Berliner Flughafen genannt werden. Wäre der in China geplant und gebaut worden, dann würden schon seit Jahren dort Flugzeuge landen und starten. Oder als kleines Schmankerl sei die Hamburger Elbphilharmonie genannt. Als untrügliches Zeichen für den bereits begonnenen Niedergang.

Die in schwarzen und braunen Kutten verhüllten Frauen und die bärtigen finsteren Gestalten werden uns als bunt und bereichernd angepriesen. Da ist aber nichts bunt und bereichernd. Bunt ist Deutschland schon sehr lange. Schauen wir uns nur die herrlichen bunten Trachten und überlieferten Bräuche an, die Musik, die herrlichen Volksfeste oder die Literatur. Das ist bunt und hat uns schon immer bereichert und nicht das Geschrei des Muezzins vom Minarett. **Peter Schumacher, Melsungen**

Mut zur Wahrheit

Zu: Feiglinge (Nr. 15)

Über den Völkermord an den Armeniern schreibt *PAZ*-Chefredakteur Jan Heitmann: „Mit dem Begriff Völkermord sind Politiker schnell bei der Hand.“

Nein, da muss ich widersprechen! Der schlimmste bis heute nicht anerkannte Völkermord aller Zeiten, der an den Deutschen während und nach Ende des Zweiten Weltkriegs, wird weltweit geleugnet. Wir Vertriebene sind gefordert, europaweit, ja in aller Welt, aber vor allem im eigenen Land, und immer und immer wieder an den Völkermord an den Deutschen zu erinnern.

Anders als bei den Armeniern gibt es in der Frage „unseres“ Völkermords niemanden sonst, der den nötigen Mut zur Wahrheit hätte. Deshalb gebe ich Heitmann in einem anderen Satz seines Leitartikels völlig recht: „Unsere Politiker agieren in dieser Sache (...) feige.“ **Wilhelm Kreuer, Unkel**



Belehrende Pose: Auch bei einem seiner letzten öffentlichen Auftritte auf der Leipziger Buchmesse im März war Grass nicht aufzuhalten, den Zuhörern ins Gewissen zu reden Bild: Imago

Linker Lakai

Zu: Alles nur Pose (Nr. 16) und Auf den Leim gegangen (Nr. 16)

Für liberal-konservativ denkende Menschen ist der jüngst verstorbene Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Günter Grass ein dem rot-grünen Mainstream und Zeitgeist hingebungsvoll dienender Lakai gewesen. Die rot-grüne Mediendiktatur, auch als Lügenpresse bekannt, fand in dem Autor einen Vorturner beziehungsweise Pionier. Diese sind nun nicht ganz undankbar und wollen diesen Schreiberling in den Rang eines Literaten von Weltrang erheben.

Im Juni 2015 soll sogar ein letztes Werk von Grass veröffentlicht werden. Das ist nun gewiss eine schwere Drohung an alle Patrioten, denn für die weit über zwölf Millionen ostdeutschen Flüchtlinge und Vertriebenen hat der Autor wenig getan. Daran kann auch seine „Blechtrommel“ nicht rütteln. **Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg**

Lügen-Methode

Zu: Alles nur Pose (Nr. 16)

Dafür, dass Günter Grass erst 2006 in seinem autobiografischen Buch „Beim Häuten der Zwiebel“ öffentlich mitteilte, er sei 1944 freiwillig und mit Begeisterung der Waffen-SS beigetreten, gibt es eine Erklärung: Hätte er sein Buch vor 1999 veröffentlicht, hätte er den Nobelpreis nie bekommen. Er hat gewartet, bis ihm nichts mehr passieren konnte und er alle Ehrungen und Preise eingeheimst hatte. Am Image des linken Schriftstellers, der für Willy Brandt in den Wahlkampf zog, war nun nicht mehr zu kratzen. Die SS-Begeisterung des 17-jährigen Danzigers wurde nun zur Jugendsünde heruntergeredet.

Ähnlich hat sich die WDR-Redakteurin und Schriftstellerin Carola Stern (1925–2006) verhalten. Sie flüchtete 1951 aus Kleinmachnow, wo sie Dozentin an der SED-Parteihochschule war, nach Westberlin, wurde Forscherin und linke Publizistin. In ihrer 2001 erschienenen Biografie „Doppelleben“ bekannte sie, dass es in ihrer Redaktion üblich war, „die DDR nicht allzu schlecht zu machen“. Zugleich gab sie bekannt, noch in der DDR vom US-Geheimdienst angeworben worden zu sein, weil der ihr Medikamente für ihre schwerkranke Mutter in Westberlin besorgen konnte. Hätte sie das alles sofort nach ihrer Flucht offenbart, hätte ihre linke Karriere überhaupt nicht begonnen. **Jörg Bernhard Bilke, Coburg**

Jetzt kann endlich Gras über Grass wachsen

Zu: Alles nur Pose (Nr. 16)

„Heute wird in Wien der größte dramatische Dichter unserer Tage zu Grabe getragen. ... Wir sind weit entfernt davon, ihn als Sozialisten zu proklamieren. Das wirtschaftliche Problem lag ihm ferne. Aber er fühlte die schneidenden Widersprüche in unserer Gesellschaft, und mit der naiven Wahrheitsliebe des wirklichen Dichters sprach er aus, was er sah und fühlte. In jedem seiner Stücke kommt ein Mann vor, der den Widerspruch zum Ausdruck bringt, der nicht ist wie die Anderen, sondern der denkt und die Menschen liebt.“

Nein, das ist nicht zum Tod von Grass, sondern zum Tod des Dramatikers Ludwig Anzengruber (1839–1889). Der ist heute weitgehend vergessen. Und ich prognostiziere das auch für Günter Grass. Erleben werde ich seine, von der Zeit und dem Vergessen eingeholten und im Ramschverkauf verschleuderten Restbestände vielleicht nicht mehr, aber sollte ich noch 15 Jahre machen, werde ich den Jungen schon erklären müssen, wer er war. Ein völlig von seiner Zeit überbewerteter Pfeifenraucher.

Der bedeutendste deutsche Dichter neben Goethe und Brecht war er jedenfalls nicht, sondern ein von den Mainstream-Medien hochgejazzter Durchschnittsdichter, der so milieuverbunden war wie Anzengruber. Nur mit dem Unterschied, dass sein Milieu die rot-linke Piefigkeit war, der Piefigkeit der braunen Sozialisten ähnlich, während er sich als Weltverbesserer gerierte und eine ganze Generation deformierte.

Grass und seine Anhänger waren weder unkonventionell noch unbürgerlich, und schon gar nicht waren ihre Einlassungen zur Gesellschaftsgestaltung neu und intellektuell erfrischend. Grass' eigene Unsicherheit spiegelte die Unsicherheit einer Generation wider, nur schaffte er es, sich an seiner Pfeife festzuhalten. Mahnende Gedanken hinter Qualmwolken, eine grandiose Show – ich habe das in chinesischen Theatern schon besser gesehen.

Moralisten und solche, die mahnend zu einem Markenzeichen verkümmern, waren mir immer suspekt. Und die letzte Tinte eines Mannes, der hinsichtlich seiner eigenen Vita unter Gedächtnisverlust litt, interessiert mich nicht und kann als Vorbild eben nicht empfohlen werden.

Grass ist eine Medienerfindung. Der „Spiegel“, die „Zeit“ und die „Süddeutsche Zeitung“ haben ihn groß gemacht. Er war der Guru jener Generation, die mit der Frage „Ist das ein Braun?“ durchs Leben ging. Und der Blechtrommler Oskar Matzerath? Ein lustiger Einfall, mehr nicht. Auf die Schenkel habe ich mir bei der Lektüre nicht geschlagen. Und als Zwiebel gehäutet hat sich bei mir auch nichts. Rückblicke und Reflexionen müssen nicht exhibitionistisch daherkommen. Ein klares Bekenntnis hätte mich mit ihm versöhnt. Was heißt versöhnt, hätte mir ein respektvolles „Ahhh“ entlockt. **Hans Wulsten, Bridgewater/Kanada**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt



Nr. 18 – 2. Mai 2015

MELDUNGEN

Künstlicher Ort bei Cranz

Strobjehnen – Bereits vor Ende des laufenden Jahres wird der erste Gebäudekomplex der neuen „Erholungsstadt Jantarny“ (Bernstein) in Strobjehnen bei Cranz fertiggestellt sein. Der von der tatarstanischen Firma „Royal Time Group“ gebaute Kunstort umfasst eine Fläche von knapp 100 Hektar und soll den darniederliegenden Tourismus des Königsberger Gebietes ankurbeln. Beim ersten Gebäude handelt es sich um ein Casino mit Restaurants, Bars und Parkplätzen, in dem laut Geschäftsplan mindestens 700 Menschen Arbeit finden werden. Im kommenden Jahr würde planmäßig ein Hotel mit 270 Zimmern und Bäderbetrieb folgen. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Berghof [Tatary] – Napierken [Napierki], Baustelle; Poweirsen [Powierz] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 16: Nikolaiken [Mikołajki], Baustelle; Lyck [Elk], Renovierung der Brücke. Straße Nr. 51: Heilsberg [Lidzbark Warminski], Olsztynskastraße, Baustelle. Straße Nr. 54: Verkehrsknoten Braunsberg Süd [Braniewo], Baustelle. Straße Nr. 58: Hohenstein [Olsztynek] – Gedwangen [Jedwabno], Randstreifenarbeiten. Straße Nr. 63: Kap – Ruhden [Ruda], Randstreifenarbeiten. Straße Nr. 65: Prostken [Prostki] – Grajewo, Baustelle. *PAZ*

Königsbergs Staatsdienst bringt Opfer

Höhere Beamte verzichten auf Teil ihrer Bezüge – Stellenstreichungen treffen auch Otto Normalverbraucher

Die gegenseitige Sanktionspolitik des Westens und Russlands zeigt immer deutlichere Auswirkungen. Dies wird auch bei der Planung des Haushalts im Königsberger Gebiet spürbar: Die Ausgaben übersteigen in vielen Bereichen die Einnahmen. Als Gegenmaßnahme setzen Politiker auf Sparmaßnahmen.



Bild: J.T.

Auch das Bürgeramt ist von Stellenstreichungen betroffen: Gebäude der Stadtverwaltung in Königsberg

Die Haushaltseinnahmen im Königsberger Gebiet gehen wegen der hohen Euro- und Dollarkurse im Vergleich zum Rubel zurück, die Preise steigen dagegen. Während die Verantwortlichen in den Finanz- und Wirtschaftsbehörden sich den Kopf darüber zerbrechen, wie man die Haushaltslöcher stopfen kann, empfahl Präsident Wladimir Putin ihnen, sich einen freiwilligen Sparkurs aufzuerlegen. Der Präsident und seine Regierung sowie Mitarbeiter in der Präsidialverwaltung und den Ministerien haben bereits auf einen Teil ihrer Einkünfte verzichtet.

Die Idee fand bei den Verantwortlichen im Königsberger Gebiet Unterstützung: Sie fassten den Beschluss, ihre Gehälter um zehn Prozent zu kürzen. Gouverneur Nikolaj Zukanow hat bereits eine Verfügung unterschrieben, die Gehälter der leitenden Beamten der Landesregierung entsprechend zu verändern. Die Reduzierung bezieht sich sowohl auf das Festgehalt als auch auf Boni. Alle Einnahmen werden ab April zunächst bis Ende des laufenden Jahres gekürzt. Diese Aktion gilt für den Gouverneur, seinen Stellvertreter, die Minister, sowie die Leiter staatlicher Agenturen und Dienste und deren Stellvertreter. Gewöhnliche Beamte sollen dagegen ihre Gehälter weiter in vollem Umfang beziehen. In der Königsberger Stadtverwaltung ist bisher lediglich Bürgermeister Alexander Jaroschuk von der Gehaltskürzung betroffen.

Ein weiteres Instrument der Kostenreduzierung ist die Entscheidung, Beamtenposten einzusparen. Ähnliche Maßnahmen wurden bereits 2008 und 2009 mit Beginn der Finanz- und Weltwirtschaftskrise ergriffen. Die Gebietsregierung hatte bereits im vergangenen Jahr Entlassungen in Erwägung gezogen. Infolge der Neuordnung haben bereits knapp 60 Mitglieder der Gebietsverwaltung ihre Arbeit verloren. Das soll Haushaltseinsparungen in Höhe von umgerechnet 100 Millionen Rubel (1,8 Millionen Euro) jährlich bringen. Berücksichtigt man allerdings die Höhe der Zahlungen, die den Beamten auch nach ihrer Entlassung gesetzlich zustehen, dürfte die Einsparung in diesem Jahr nur wenige Millionen Rubel betragen.

Die Königsberger Stadtverwaltung ging sogar noch einen Schritt weiter: Bei einer Sitzung im März

Stadtrat übertrifft Putins Forderungen

hat der Stadtrat den neuen Stellenplan der Stadt und der kommunalen Dienste aufgestellt. Dabei wurde beschlossen, in allen staatlichen, aber auch privaten, vom Stadthaushalt finanzierten Unternehmen 500 Stellen einzusparen. Zuvor schon hatte Jaroschuk erklärt, dass die Beamten nicht sonderlich überarbeitet seien und dass die nach den Entlassungen verbliebenen effizienter arbeiten müssten.

Als erste wurden Mitarbeiter im Rentenalter entlassen sowie diejenigen, deren Aufgaben ohne große Probleme von anderen übernommen werden konnten. Die Privatunternehmen, die im Auftrag der Stadt Dienstleistungen erbringen, sind von den Kürzungen in größerem Maße betroffen. Vor drei Monaten erst wurde im Gebäude der Verwaltung ein Bürgeramt eröffnet, in dem man Dokumente einreichen sowie schnelle Auskünfte erhalten kann. Einige Mitarbeiter der Stadtverwaltung waren für diese Abteilung abgestellt worden. Die Qualität der Dienstleistungen lässt zu wünschen übrig. Die Beschwerden der Bürger häufen sich. Statt der geplanten Wartezeit von durchschnittlich einer Viertelstunde müssen die Bürger oft über eine Stunde ausharren. Werden nun weitere Stellen gestrichen, dürfte die Unzufriedenheit der Bürger weiter wachsen.

Über die Effektivität dieser Maßnahmen wird heftig gestritten. Erstens treffen die Kürzungen auch Mitarbeiter der unteren Ebene, die ein verhältnismäßig geringes Einkommen haben, die aber den Großteil der laufenden Behördenarbeit erledigen und mehr als andere den Kontakt zur Bevölkerung halten. Zweitens wurde zuvor angekündigt, dass die Einsparungen vor allem auf die Monatsprämien der höheren Beamten zielen sollten, die nicht selten bis zu 200 Prozent des monatlichen Festgehalts ausmachen. Dies hätte die Haushaltskosten erheblich reduzieren können, ohne Arbeitsplätze zu vernichten.

Es wird erwartet, dass als Folge des Personalabbaus im Haushalt der Stadt rund 200 Millionen Rubel (3,7 Millionen Euro) im Jahr eingespart werden können. Insgesamt sollen die Ausgaben der Stadt in diesem Jahr um fünf Prozent gesenkt werden. Das wären zirka 360 Millionen Rubel (6,6 Millionen Euro). *Jurij Tschernyschew*

Von Belagerungen, Biberschwänzen und Bärentatzen

»Siebtes Wunder Polens« – Interaktives Museum in Solden informiert über den Deutschordensstaat

Soldau liegt günstig an der Bahnlinie Warschau-Danzig, und die Schnellstraße A7, die diese beiden Städte verbindet, ist auch nicht weit. Wer auf der Suche nach Spuren des Deutschen Ordens in der Republik Polen oder unterwegs zum Schlachtfeld von Grundwald ist, kommt dort vorbei. Seit August 2013 beherbergt Soldau das Interaktive Museum des Deutschordensstaates, das vor Kurzem geehrt wurde. Die Mitte des 14. Jahrhunderts vom Deutschen Orden gegründete Stadt erlitt wegen ihrer Grenzlage bis ins 20. Jahrhundert immer wieder Zerstörungen. Dennoch sind in Stadt und Kreis Soldau bis heute Spuren der ursprünglichen Gründung zu finden. Aus diesem Grund haben polnische Historiker hier das Interaktive Museum des Deutschordensstaates eingerichtet. Ein Teil davon ist der Geschichte Soldaus im Zusammenhang mit dem Deutschen Orden gewidmet.

Neben der historischen Entwicklung des Ordens und dem Aufstieg und Zerfall des Deutschordensstaates sowie traditionell ausgestellten Fundstücken wie Münzen oder Schwertern wird in der Ausstellung Alltägliches ungewöhnlich präsentiert. Die Kleidung der Bauern und Edelleute, die Ernährung, Belagerungswaffen sowie Einblicke in einzelne Burgen und Schlachten werden den Besuchern interaktiv vermittelt. Eine Bildplatte wird vor eine Kamera gehalten; eine Burg erscheint dreidimensional auf dem Bildschirm und kann von allen Seiten begutachtet werden. Kurze Filme zeigen Wurfgeräte in Aktion, Rezepte für ausgefallene Leckereien wie Biberschwänze und Bärentatzen können auf die eigene E-Mail-Adresse geschickt werden. Auf den Glasplatten über der in den Fußboden eingelassenen Karte des Ordensgebietes sind sogenannte QR-Codes angebracht, die auf verschiedene Internetseiten hinweisen.

In einem Raum für sich steht ein Tisch von der Größe einer Tischtennisplatte. Auf dem darin eingelassenen Monitor läuft die Schlacht bei Tannenberg aus der Vogelperspektive ab. Ihre einzelnen Phasen werden eingehend erklärt. Das Dachgeschoss ist eher für jüngere Besucher gedacht. Sie können mit einer virtuellen Brille die Burg von Soldau genau ansehen, mit Hilfe eines Bildprogramms Fotos von sich in mittelalterlichen Kleidern machen und per Mail verschicken oder sich in einem Käfig einsperren lassen.

Geschichte anschaulich erklärt: Einsatz moderner Technik

Bild: U.H.

Trotz seiner geringen Fläche bietet das Museum mannigfaltige Informationen. Zwar wird in seinem polnischen Namen wieder der Begriff „Panstwo Krzyzackie“ (Kreuzritter-Staat) verwendet, aber dennoch stellt es dem negativen Bild der „Kreuzritter“ aus dem Buch von Henryk Sienkiewicz ein reales Bild des mittelalterlichen Alltags gegenüber. Lobenswert ist, dass sämtliche Informationen allgemein verständlich und auf Polnisch, Englisch und Deutsch abrufbar sind. Die Meinungen der Besucher sind einhellig positiv. Auch der jetzige Hochmeister des Deutschen Ordens, Bruno Platter, findet das Museum hervorragend: „Man beginnt die zivilisatorischen Leistungen des Ordens in Polen zu schätzen; damit schwinden die Vorurteile über den Orden. Ein ganz unkomplizierter Zugang zum Deutschen Orden, der hier von polnischen Wissenschaftlern erstellt wurde.“

Erfreulich: Verständliche Texte auch auf Deutsch

Diesen lobenden Äußerungen schlossen sich im Oktober 2014 die Leser von „National Geographic Polska“ an und wählten das Interaktive Museum des Deutschordensstaates unter die „Sieben neuen Wunder Polens“. Am 26. März konnte der Direktor der Einrichtung, Professor Kazimierz Grazawski, den „Lorbeer für die Besten der Besten“ im Bereich Touristik entgegennehmen. Das Marschallamt der Woiwodschaft Ermland-Masuren vergibt diesen Preis seit 2004 in acht Kategorien und ehrt damit die Botschafter der Region, die im jeweiligen Jahr etwas Besonderes geleistet und so die Woiodschaft bekannter gemacht haben. *Uwe Hahnkamp*

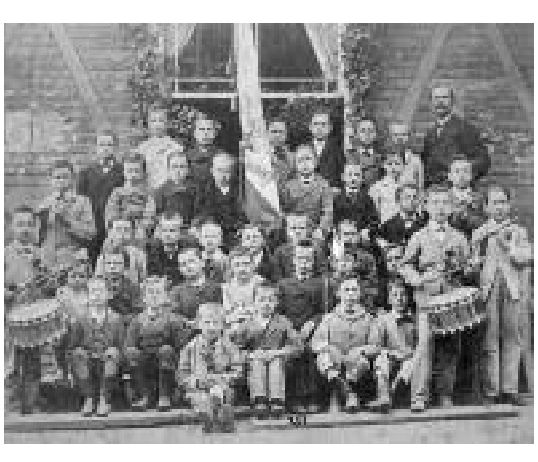
Interaktives Ordensrittermuseum in Soldau, 13–200 Dzialdowo, Rathaus, Plac Mickiewicza 43, www.muzeum.dzialdowo.pl. Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 10 bis 17, Sonnabend 10 bis 16, sonn- und feiertags sowie montags geschlossen. Eintritt frei.



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

ein fest eingeplanter Name fehlt heute auf dieser Seite, und er wird auch nicht mehr in unserer Familie zu finden sein, denn einer unserer eifrigsten und fleißigsten Mithelfer ist nicht mehr: **Frank Schneidewind** verstarb an seinem Wohnort Olpe in Westfalen. Mit ihm verlieren wir einen treuen Familienfreund, der seit Jahrzehnten immer wieder in unserer Kolumne zu den verschiedensten Fragen und Wünschen Stellung nahm und sie zu lösen versuchte und es auch mitunter vermochte. Daher wird sein Name vielen Leserinnen und Lesern vertraut sein, zumal er mit einigen auch direkt in Verbindung stand. Damit trat er über seine örtliche Aufgabe als Kulturwart des BdV im Landkreis Siegen hinaus, aber die Schaffung einer Bibliothek mit ostdeutscher Literatur für das Ostpreußenzimmer des BdV-Hauses gehörte zu seinen Hauptaufgaben. Über Jahre hinaus sammelte er Bücherspenden, wobei ihm unsere Familie fleißig half, so dass er mir noch kürzlich in seinem Ostergruß schrieb: „Ihr Aufruf zur Büchersammlung für das Ostpreußenzimmer in Siegen fand ja ein unerwartetes Echo!“ Das erhoffte er sich nun für eine andere Sammlung im Raum Siegen und übermittelte seinen Wunsch vom Krankenhaus aus, in das er, der in ständiger Dialysebehandlung stand, mit einer Lungenentzündung eingewiesen worden war. Es hatte ihn sehr mitgenommen, aber er zeigte sich hoffnungsvoll: „Inzwischen habe ich wieder Lebensmut geschöpft, bin noch im Krankenhaus mit verständnisvoller Ärztin und fürsorglichem Personal.“ Nach dem Fest rief er an und berichtete glücklich, dass er zu Hause sei, sich aber noch immer in Behandlung befinde, wobei er wieder die gute ärztliche und pflegerische Betreuung lobte. Er übersandte mir auch schon eine neue Frage, sich auf die – in einem alten Familienfoto überlieferten – ostbrandenburgische Kirchentracht bezog, die ich dann auch für die heutige *PAZ*-Folge bearbeitete. Der Beitrag war schon gescannt, als das Telefon ging und ich von dem Tod unseres Freundes erfuhr. So konnte Franks letzter Wunsch nicht mehr erfüllt werden.

Auch wenn hier leider das unwiederbringliche „Zu spät“ stehen muss, einen anderen Wunsch will ich ihm doch posthum erfüllen. Es geht wieder um eine Heimatstube, diesmal um die in Neunkirchen im Siegerland. Frank Schneidwind schrieb in seinem Osterbrief dazu: „Vor einigen Jahren übergab ich dem Leiter dieser tollen Heimatsammlung, **Norbert Gorlt**, einige alte Handarbeiten aus Siebenbürgen und vor wenigen Wochen erneut Heimatandenken aus den Nachlässen mir bekannter Personen. Es ist eine gute Adresse für betagte beziehungsweise allein stehende Menschen, die in ein Seniorenheim wechseln und ihre Andenken gesichert wissen wollen.“ Diesen Hinweis reiche ich gerne weiter, zumal aus einem Zeitungsbericht, den Frank seinem Schreiben beigelegt hat, ersichtlich wird, dass es sich um ein Heimatmuseum handelt, das mit über 600 Exponaten aus den Vertriebenengebieten sehr gut bestückt ist. Dass ein solcher Schatz zeitgeschichtlicher Dokumente und Objekte überhaupt hier im Siegerland zusammengetragen werden konnte, erstaunt den BdV-Vorsitzenden Norbert Gorlt, der Kurator des Museums ist, selber. (BdV-Ortsverband Freier Grund, Waldstraße 19 in 57290 Neunkirchen, Telefon 02735/1401, E-Mail: goldigorlt@web.de) So stellt Frank Schneidewind auch nach seinem Tod noch die Weichen, wie er es seit Jahrzehnten getan hat. Ich bin heute dankbar, dass ich noch ein langes Telefongespräch mit dem tiefgläubigen Menschen führen konnte, in dem er sich so hoffnungsvoll zeigte wie der von ihm gewählte Bibelspruch auf der Osterkarte: Ich bin die Auferstehung und das Leben.



Als Uropa noch Drittklässler war: Ein frühes Schulfoto von 1882 Bild: privat

Auch ein Name, der immer wieder in unserer Kolumne auftaucht: **Dirk Oelmann** aus Oranienburg. Diesmal hat er uns etwas Erfreuliches zu melden, und das bewirkte ein anderer Landsmann, dessen Name noch häufiger auf unserer Familienseite zu finden ist: der Buchautor und Eisenbahnchronist **Heinz Timmreck**. Seine beiden Bücher „Letzte Flüchtlingszüge aus Ostpreußen“ und „Flucht mit der Bahn 1944/45“ haben großen Anklang in unserem Familienkreis gefunden zumal einige unserer Leser und Leserinnen mit eigenen Berichten in beiden Bänden vertreten sind. Und nun kann uns Dirk Oelmann einen besonderen Erfolg mitteilen, der für ihn gänzlich unerwartet kam: „Meine Familienforschung hat durch die Mitarbeit an dem Buch von Herrn Timmreck über die Flüchtlingszüge aus Ostpreußen einen großen Schritt nach vorn gemacht. Diesmal nicht die ostpreußische Linie: Mein Uropa **Hermann Friedrich Ludwig Oelmann**,*25. Juli 1872, war Lokführer im Bahnbetriebswerk Berlin Grunewald. Durch die Arbeit an dem Buch von Herrn Timmreck bin ich darauf gestoßen, dass er als Lokführer den Zug von Berlin-Charlottenburg nach Königsberg bis nach Dirschau gefahren hat. Zuglokomotive war die Preußische S.10.“ Das wird Herr Timmreck gerne vernommen haben, denn es bestätigt die Wichtigkeit seiner Sammlungen und Forschungen.

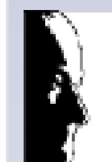
Und wie immer: Erfolge haben auch Folgen, nämlich neue Fragen an unsere Ostpreußische Familie. Herr Oelmann hat nämlich einen „ganz großen Fund“ gemacht: ein Foto von seinem Uropa, das ihn als Schüler der dritten Klasse im Jahr 1882 zeigt. Der Urenkel hegt selber Zweifel, denn er fragt: „Ist das Foto wirklich echt? Gab es 1882 schon Klassenfotos, und wer konnte sich die überhaupt leisten? Den Aufnahmeort zu finden dürfte schwer werden. Es könnte eine Schule in Berlin-Charlottenburg oder Berlin-Tempelhof sein. Auf der Rückseite ist eine Beschriftung in deutscher Schrift, die aber kaum leserlich ist.“ Auch wenn wir nicht herausbekommen werden, wo die Aufnahme gemacht ist, dürfte dieser „Fund“ Seltenheitswert haben, denn wer besitzt noch Klassenfotos aus der Schulzeit der Urgroßeltern? (Dirk Oelmann, Bernauer Straße 61 in 16515 Oranienburg, Telefon 0160/97479766, E-Mail: dirk69oe@aol.com)

Auf der Suche nach dem Maler **H. Rosenfeld**, dessen Nehrungsbilder sich im Besitz eines heute in Frankreich lebenden Nachfahren einer Pillkopper Familie befinden, sind wir selber fündig geworden und können ihm einige Informationen vermitteln. Der volle Name des mit H. Rosenfeld signierenden Malers lautet **Hans** Rosenfeld. Dass er seine Motive auf der Kurischen Nehrung suchte, ist nicht verwunderlich, denn der Maler stammte aus der Elchniederung, sein Haus stand in dem kleinen Ort Ziegelberg im Kirchspiel Neukirch. Auch dort hat der Künstler seine Sujets gefunden. Er malte Gehöfte, Flusslandschaften und Kurenkähne. Vertraute alte Namen tauchen auf wie Schalteik und Bredzuller Moor. Es gibt Aufnahmen von ihm bei der Arbeit und vor seinem Haus in Ziegelberg. Leider konnten wir bisher keine schriftlichen Angaben über sein Leben und Schaffen finden, es fehlen alle Daten über ihn wie über seine Familie. Aber die dürften sich mit Sicherheit im Kreis unserer Leserinnen und Leser finden und sind nach unserer Veröffentlichung in Folge 18 vielleicht schon bei dem Fragesteller **Udo Troll** in Frankreich. Auch Frau **Ulla Rebentisch** vom Waldhotel Marienhöhe in Bad Bertrich, die den Suchwunsch von Herrn Udo Troll vermittelte, dürfte sich freuen, dass sich in dieser Angelegenheit schon etwas bewegt hat.

Das dürfte in unserem heutigen Suchwunsch nicht so leicht sein, denn er betrifft einen kaum bekannten Vorgang aus einem nur kurz befristeten Zeitabschnitt im Kriegsjahr 1944. Frau **Brigitte Havertz** von der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen benötigt für einen Artikel in dem Heimatbrief „Kreis Gerdauen“ Fotos vom damaligen Flugplatz Gerdauen. Dieser stand in Zusammenhang mit einem Außenlager des KZ Stutthof bei Danzig. Von September 1944 bis Anfang Januar 1945 waren dort etwa tausend Häftlinge untergebracht, vor allem waren es Frauen aus den besetzten Ostgebieten. Sie wurden zu Planierungsarbeiten auf dem Flughafengelände eingesetzt, die von Soldaten überwacht wurden, es soll keinen KZ-Aufseher in Gerdauen gegeben haben. Die ersten Häftlinge kamen Ende September 1944, sie wurden in Baracken untergebracht, die zu dem Militärflugplatz gehörten. Die letzten, nur noch ein kleiner Trupp, sollen am 24. Januar Gerdauen verlassen haben. Über diese ganze Angelegenheit ist kaum etwas bekannt, die Unterlagen, die Frau Brigitte Havertz bisher erhalten hat, ergeben nur wenige brauchbare Informationen. Die erhofft sich Frau Havertz nun von unserer Familie, obgleich der Kreis von Militär- und Zivilpersonen, die Einblick in diese Lagerwelt hatten, schon aufgrund der in Frage kommenden kurzen Zeitspanne nur begrenzt sein kann. Sehr wichtig sind für Frau Havertz alte Fotos, die auf oder um den Flugplatz Gerdauen aufgenommen wurden. In erster Linie ist sie an Fotos von den Baracken interessiert, in denen die Häftlinge untergebracht waren, sowie an Aufnahmen von den Erdarbeiten. Vielleicht besitzt noch ein ehemaliger Wehrmachtsangehöriger Fotos aus seiner Gerdauer Zeit? „Kurzum: Ich nehme alles, was mit dem Flugplatz Gerdauern zu tun hat“, schreibt Brigitte Havertz, die das erhaltene Fotomaterial sofort nach dem Einscannen zurücksenden wird. (Brigitte Havertz, Büchelstraße 22 in 42855 Remscheid, Telefon 02191/5923487, E-Mail: brigitte.havertz@t-online-de)

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Käse mit Maden war ein begehrter Fund

Als vor 70 Jahren die große Hungersnot begann

Die Odyssee des damals 22-jährigen Rechnungsführer Werner Nagel vom Gut Kallen endete Anfang Mai 1945 in dem von den Russen besetzten Pr. Holland – oder wir ließen sie jedenfalls in dem in Folge 16 veröffentlichten Bericht des heute 92-jährigen Ostpreußen dort enden. Beim weiteren Lesen seiner fast 400 Seiten starken großformatigen Biografie blieb ich in Pr. Holland hängen, weil Werner Nagel ein authentisches Bild der Lage im südlichen Ostpreußen nach dem Zusammenbruch gibt, das sich nahtlos in unsere weitere „Zeitreise in die Vergangenheit“ einfügen lässt. So bringen wir heute die Erinnerungen des Autors an seine Zeit in Pr. Holland vor nun genau 70 Jahren, wo „die Polen die Verwaltung übernommen hatten, was bei den hier verbliebenen Deutschen keine Freude auslöste“, wie er schreibt. Den heimatlos gewordenen jungen Mann beschäftigt aber zuerst einmal die Frage: Wo finde ich eine dauerhafte Bleibe? Er fand sie in einem ehemaligen Arzthaus in der Bahnhofstraße, in dem sich schon eine große Zahl von Flüchtlingen befand, die hier von Russen überrollt worden waren. Der Zusammenhalt war groß: Die Frauen kochten für alle gemeinsam aus den Zutaten, die irgendwo in der Stadt aufzutreiben waren – und das waren zumeist Kartoffeln. Der ausgemergelte Werner, der sich wegen seines Hüftleidens nur mühsam am Stock bewegen konnte, war dankbar für alles, was ihm half, um zu überleben. Und ganz besonders für eine verlässliche Freundschaft, die hier erwuchs und die über die gesamte „polnische Zeit“ halten sollte. Es war ein väterlicher Freund, der den jungen Werner unter die Arme nahm: Wilhelm Grunwald, Landwirt und Fleischbeschauer aus dem Kreis Ebenrode/Stallupönen. Der 60-Jährige war aufgrund der im Herbst 1944 erfolgten Evakuierung des nördlichen Grenzgebietes in das Oberland gekommen, weil hier sein Sohn einen Hof hatte. „Aus uns beiden wurde ein Duo mit großem inneren Wert“, schreibt Werner über den so viel Älteren, der sofort nach dem Einzug in das leere Haus für den hohlwangigen jungen Mann ein Bettgestell mit Matratze und Decke besorgt hatte. Wilhelm war von den Russen zur Arbeit eingeteilt worden, und er war froh, dass Werner tagsüber in dem völlig offenen Haus seine wenige Habe bewachte. „Mehr war von mir aufgrund meiner körperlichen Verfassung auch nicht zu verlangen“, meint Werner. Über Wilhelms tatkräftige Hilfe lassen wir ihn nun selber erzählen:

„Wilhelm arbeitete in der früheren Matern'schen Lederfabrik, die von den Russen vorerst weiter betrieben wurde mit den Vorräten, die sie in den Gerberbottichen vorgefunden hatten. Er bekam dort täglich eine Suppe und ab und zu etwas Mehl, von dem er von deutschen Frauen Brot backen ließ. Hiervon aß er morgens und abends eine trockene Scheibe und gab auch mir immer eine ab. Mit dem Teller der von unseren Mitbewohnerinnen gekochten Suppe war dies in der ersten Zeit meine einzige Nahrung. Um mich überhaupt am Leben zu erhalten, gab mir Wilhelm Tipps, wo ich noch Kartoffeln in bereits geplünderten Mieten finden konnte und dass ich in der ehemaligen Schmelzkäsefabrik nach dort herumliegenden Käseresten suchen sollte. Als ich nach dem ersten Versuch mit einem sehr bescheidenen Ergebnis aus der Käsefabrik zurückkam, gab er mir den Rat, den Käse, der voller Maden war und den alle Suchenden liegen gelassen hatten, mitzubringen. Käsemaden sind nämlich nur in Fettkäse zu finden – das wusste ich nicht. Wilhelm hatte Erfahrung in der Käserei, er selber hatte früher eine Privatmeierei betrieben. Nun brachte ich den von anderen Sammlern verschmähten Fettkäse mit, der voller Maden war. Wilhelm stellte eine scharfe Salzwasserlösung her und legte die Käsestücke hinein – aus denen sich die Maden schleunigst verzogen. Der so gereinigte Käse war ein wertvoller Brotaufstrich und gute Fettnahrung zugleich. So konnte ich etwas Wertvolles zu unserer gemeinsamen Ernährung beisteuern.



Werner Nagel und Wilhelm Grunwald: Ersterer kam 1922 zur Welt, letzterer lebte von 1884 bis 1969 Bilder (2): privat

Einer meiner Eigenversuche an irgendwelche Lebensmittel zu gelangen bestand darin, in dem kleinen Fluss Weeske zu fischen. Ich hatte einen Angelhaken gefunden und mir daraus eine ganz einfache Angel gebastelt. Es war ein zweckloses Unterfangen, denn die Russen hatten mit ihrer Methode, Handgranaten in das Wasser zu werfen und danach die nach oben kommenden Fische einzusammeln, den Fluss fast leer gemacht. Das erlebte ich noch bei meinem ersten Angelversuch, und ich erkannte gleich, dass ich keine Chancen auf einen Fang hatte.

So beschloss ich, die umliegenden Dörfer und Höfe aufzusuchen und dort um Lebensmittel zu betteln. Das war ein schwerer Entschluss und ein noch schwererer Gang – aber Hunger tut weh. Gleich bei meinem ersten Versuch stoppte mich eine russische Militärpatrouille, die mich hart in die Mangel nahm und mich danach beauftragte, nach versprengten Wehrmachtseinheiten zu forschen, die sich in den umliegenden Wäldern noch aufhalten könnten. Ich sollte in den Dörfern nachfragen, ob sie sich dort verpflegten. Ich ließ das Ganze auf sich beruhen und hütete mich, weitere Touren dieser Art zu unternehmen!“

Das wäre auch körperlich nicht möglich gewesen, denn durch die Strapazen und den schlechten Ernährungszustand war die Operationsnarbe am Hüftgelenk wieder aufgebrochen und musste klinisch behandelt werden. Und da war es doch ein Glücksfall, dass im Johanniter-Krankenhaus in Pr. Holland noch deutsche Ärzte und Schwestern arbeiteten – darunter auch der ehemalige Chefarzt der Königsberger Universitäts-Kinderklinik, der Professor Philipp Bamberger. Zwar behandelte er Werner Nagel nicht, führte aber mit ihm ein Gespräch über das Gut Kallen und seine dem Arzt bekannten Besitzer. Als vor einigen Jahren in unserer Ostpreußischen Familie nach dem Verbleib von Bamberger gefragt wurde, konnte Werner Nagel auf diese Begegnung im Frühjahr 1945 hinweisen. Es bleibt eben bei uns alles in der Familie! *R.G.*



ZUM 100. GEBURTSTAG

Faust, Emma, geb. **Janzon**, aus Waldheide, Kreis Tilsit-Ragnit, am 24. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Borris, Siegfried, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 4. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hohmann, Irma, geb. **Bondzio**, aus Lyck, am 4. Mai
Schulz, Emmi, geb. **Marschewski**, aus Thalheim/Wiesenf., am 4. Mai
Turowski, Erich, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 4. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fratzscher, Ilse, geb. **Keibel**, aus Germau, Kreis Samland, am 4. Mai
Krüger, Lydia, geb. **Meyer**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 3. Mai
Markowski, Gertrud, geb. **Sostak**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 5. Mai
Pingel, Konrad, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 8. Mai
Seestädt, Franz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 7. Mai
Wilken, Elfriede, geb. **Mazeyzik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bartelt, Horst, aus Treuburg, am 4. Mai
Hoffmann, Hildegard, geb. **Machmüller**, aus Ebenrode, am 5. Mai
Lagerpusch, Helmut, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 5. Mai
Packeiser, Eva, geb. **Gromball**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 2. Mai
Seckner, Hildegard, geb. **Laabs**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 3. Mai
Sedlack, Lisbeth, geb. **Bürger**, aus Wohren, Kreis Ebenrode, am 8. Mai
Tatzko, Babeth, aus Vorbergen, Kreis Treuburg, am 3. Mai
Theiß, Hedwig, geb. **Wisotzki**, aus Lyck, Morgenstraße 22, am 7. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hoffmann, Günter, aus Tölteninken, Kreis Wehlau am 3. Mai
Huber, Hildegard, geb. **Dubbin**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 3. Mai
Ratzmann, Lydia, geb. **Ludwanowski**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 3, am 3. Mai
Simniok, Edelgard, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 3. Mai
Stiegler, Eva, geb. **Rossbach**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 3. Mai
Turowski, Hans-Georg, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 4. Mai
Wieser, Alice, geb. **Enseleit**, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Winter, Hilde, geb. **Klein**, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 8. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Goetzke, Marianne, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Günther, Ilse-Dore, geb. **Schneider**, aus Rudau, Kreis Samland, am 2. Mai
Hansen, Erika, geb. **Assmann**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 7. Mai
Krueger, Hildegard, geb. **Pukropski**, aus Schiemanen, Kreis Neidenburg, am 8. Mai
Mlinarzik, Helmut, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 2. Mai
Pankratz, Johanna, geb. **Merkert**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 5. Mai
Petereit, Franz, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Plant, Ingrid, aus Wehlau, am 8. Mai
Quassowsky, Ilse, geb. **Conrad**, aus Kischken, Kreis Ebenrode, am 7. Mai
von Vollard-Bockelberg, Gisela, aus Pillau, am 6. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bartels, Anneliese, geb. **Lask**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 4. Mai
Böhm, Wilhelm, aus Adlershorst, Kreis Neidenburg, am 3. Mai
Borrmann, Christel, geb. **Lichtenstein**, aus Königsberg, Steinstr. 15a, am 3. Mai
Christian, Fritz, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 4. Mai
d'Erceville, Irmgard, geb. **Wiechert**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Duscha, Margarete, aus Polennen, Kreis Samland, am 4. Mai
Heinze, Elfriede, geb. **Eckstein**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 5. Mai
Kerbst, Heinz, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 5. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Blome, Irmgard, geb. **Kelbassa**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai
Bublitz, Kurt, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 5. Mai
Gerckens, Helga, geb. **Szillat**, aus Treuburg, am 2. Mai
Goetz, Egon, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Hofmann, Gisela, geb. **Wisniewski**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 4. Mai
Keller, Edith, geb. **Wissmann**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 3. Mai
Krull, Irene, geb. **Kastaun**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 7. Mai
Kruschinski, Else, geb. **Lyhs**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 6. Mai
Müller, Elfriede, geb. **Born**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 6. Mai
Orlowski, Kurt-Friedrich, aus Langsee, Kreis Lyck, am 5. Mai
Ruttens, Ilse, geb. **Winkler**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 6. Mai
Schillgalies, Fritz, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 8. Mai
Sundermann, Erna, geb. **Fedder**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 5. Mai
Werner, Kurt, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 3. Mai
Wischnewski, Fritz, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 5. Mai
Züfle, Erika, geb. **Wedler**, aus Bolzhagen, Kreis Elchniederung, am 3. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Balschun, Horst, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 4. Mai
Bossems, Edeltraut, geb. **Lottermoser**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 4. Mai
Chmielewski, Willi, aus Warchallen, Kreis Neidenburg, am 8. Mai
Comteße, Hanna, geb. **Schroeder**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 4. Mai
Druglat, Otto, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 2. Mai
Kwiatkowski, Margot, geb. **Gelhaar**, aus Bolzhagen, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Lyssewski, Edith, geb. **Roß**, aus Millau, Kreis Lyck, am 4. Mai
Neubrand, Anni, geb. **Bass**, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 8. Mai
Pelludat, Klaus, aus Oswald, Kreis Elchniederung, am 7. Mai
Rattay, Heinz, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 6. Mai
Tesch, Herta, geb. **Gwiasda**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 6. Mai
Tollkühn, Gerda, geb. **Brodowski**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 7. Mai
Trzaska, Rosemarie, geb. **Saborrosch**, aus Ortelsburg, am 5. Mai
Valentin, Prof. Hans-Joachim, aus Pobethen, Kreis Samland, am 3. Mai
Vogt, Lena, geb. **Jotzo**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 8. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bandt, Anselm, aus Thomareinen, Kreis Osterode, am 2. Mai
Dellinger, Jürgen, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 6. Mai
Gebauer, Wolfgang, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 6. Mai
Godlinski, Gerhard, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 5. Mai
Goldberg, Margarete, geb. **Zins**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 8. Mai
Grawemeyer, Christel, geb. **Joswig**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 2. Mai
Grübner, Dorothea, geb. **Pliquett**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 3. Mai
Jelonnek, Erhard, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 8. Mai
Kallauch, Ruth, geb. **Vogler**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 2. Mai
Kerstan, Karl-Heinz, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 7. Mai
Köck, Gerhard, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 2. Mai
Kollwitz, Albert, aus Waplitz, Kreis Ortelsburg, am 3. Mai
Müller, Hannelore, geb. **Trompell**, aus Garbseiden, Kreis Samland, am 5. Mai
Oldag, Elfriede, geb. **Mattschull**, aus Uggehnen, Kreis Samland, am 7. Mai
Pieroen, Ilse, geb. **Schmidtke**, aus Groß Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 7. Mai
Pogodda, Horst, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 6. Mai
Pollet, Hubert, aus Lichtenstein, Kreis Ortelsburg, am 2. Mai
Rutkowski, Käthe, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 3. Mai
Rybak, Anita, geb. **Schirmacher**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 5. Mai
Slopianka, Kurt, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 5. Mai
Tobien, Heinz, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 6. Mai
Ulrich, Heinz, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 7. Mai
Zerrath, Herbert, aus Johannsdorf, Kreis Elchniederung, am 3. Mai
Ziegel, Irmgard, geb. **Zöllmann**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 8. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Adam, Klaus-Dieter, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 2. Mai
Bastians, Monika, geb. **Wohlgemuth**, aus Treuburg, am 3. Mai
Bernhardt, Ingrid, geb. **Lemcke**, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 5. Mai
Ceranski, Reinhold, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai
Daniel, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. Mai
Fuchs, Erich, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 8. Mai
Glaubitz, Hildegard, geb. **Scharkowski**, aus Deutschheide, Kreis Ortelsburg, am 5. Mai
Haleit, Klaus, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 8. Mai
Kallweit, Dieter, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 7. Mai
Menzel, Christine, geb. **Otte**, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 4. Mai
Schröder, Helga, geb. **Türk**, aus Metgethen, Kreis Samland, am 8. Mai
Willmann, Klaus, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 6. Mai
Ziesmann, Manfred, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Mai
Zimmermann, Waltraud, geb. **Trampler**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 2. Mai



Warias, Horst aus Erben, Kreis Ortelsburg, und Ehefrau Katharina, geb. **Sontopski**, aus Skupien, Kreis Neidenburg, am 2. Mai

TERMINE DER LO

2015

22. bis 25. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
7. bis 14. Juni: Werkwoche in Ostpreußen, Allenstein.
20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
27. bis 28. Juni: III. Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Sensburg.
25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

2016

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter.
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 2. Mai, 0.15 Uhr, WDR: Die Brücke von Arnheim. Kriegsdrama, GB 1977.
SONNTAG, 3. Mai, 19.30 Uhr, ZDF: Die Spur des Geldes (1/2): Münzen und Mächte.
SONNTAG, 3. Mai, 20.15 Uhr, ZDFinfo: Das Geheimnis von Flug MH370.
SONNTAG, 3. Mai, 22.40 Uhr, ARD-alpha: Caspar David Friedrich – Der Gedankenmaler der Romantik.
SONNTAG, 3. Mai, 23.05 Uhr, Arte: Mondscheinsonate – Die Volkspianistin Elly Ney. Dokumentation, 2015.
SONNTAG, 3. Mai, 23.30 Uhr, ZDF: Deutschland 1945 von oben. Dokumentation 2015.
MONTAG, 4. Mai, 15.15 Uhr, NDR: Polen entdecken – Der Süden.
MONTAG, 4. Mai, 16.10 Uhr, N24: Die Geschichte der Transall.
DIENSTAG, 5. Mai, 15.15 Uhr, NDR: Polen entdecken – Der Norden.
DIENSTAG, 5. Mai, 20.15 Uhr, ZDF: Die Verbrechen der Befreier – Amerikas dunkle Geheimnisse im Zweiten Weltkrieg. (Fällt eventuell dem Sport zum Opfer.)
DIENSTAG, 5. Mai, 20.15 Uhr, RBB: Schlachtfeld Berlin. Dokumentation, D 2015.
DIENSTAG, 5. Mai, 23 Uhr, Arte: Täuschung – Die Methode Reagan. D 2015.
MITTWOCH, 6. Mai, 21 Uhr, NDR: Unsere Geschichte – Was den Norden bewegte (57): Als die Russen kamen ... und gingen.
MITTWOCH, 6. Mai, 22 Uhr, Bayern: Fremde Heimat – Das Schicksal der Vertriebenen nach 1945 (1). Dokumentation, D 2011.
DONNERSTAG, 7. Mai, 23.05 Uhr, MDR: Der Maler Caspar David Friedrich – Die Geburt der Romantik. Dokumentation, D 2015
FREITAG, 8. Mai, 22.05 Uhr, Phoenix: Die letzte Schlacht. TV-Dokudrama, D 2005.



Treffen in Goldap: Anlässlich seiner Reise zur Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen traf sich Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (re.), mit wichtigen polnischen Vertretern aus Politik und Verwaltung (siehe dazu auch *PAZ* 17, Seite 2). In Goldap stand unter anderem ein Gespräch mit dem Landrat Andrezej Ciolek auf dem Programm. Ciolek, der erst jüngst in seinem Amt wiedergewählt wurde, ist ein alter Freund der Kreisgemeinschaft Goldap. Er betonte, dass er die gute Zusammenarbeit auch in Zukunft fortsetzen möchte. Bild: Gladkowska

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Schloss Burg – Sonntag, 5. Juli: Der BJO beteiligt sich am Kleinen Ostpreußen- und Schlesiertreffen auf Schloss Burg an der Wupper. Beginn der Veranstaltung: 10 Uhr, Kundgebung: 14 Uhr. Weitere Informationen: www.ostpreussen-nrw.de, Dort links auf den Button „Ostpreußentreffen“ klicken.

Königsberger Gebiet – 2. bis 12. August: Alljährliche BJO-Sommerfahrt. Diesmal wird der Lagerplatz im russischen Teil Ostpreußens im Elchwald aufgeschlagen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Großen Moosbruch und der Elchniederung. Die Memel und Tilsit bleiben ebenfalls im Blick. Ein ganzheitliches Programm trägt dazu bei, sich vor Ort mit Ostpreußen auseinanderzusetzen und Gemeinschaft zu erleben. Die Anmeldefrist endet am 15. Mai. Um einen Platz zu bekommen, ist zu empfehlen, sich schnell anzumelden. Der Altersschwerpunkt der Fahrt liegt zwischen 16 und 35 Jahren. Die Einladung mit allen Einzelheiten findet sich auf: www.junge-ostpreussen.de.



Landesfrauentagung in Stuttgart: „Was bedeutet uns unser Land heute noch?“, fragte Uta Lüttich in ihrer Rede Bild: privat

Breslau – 26. September: In der niederschlesischen Stadt Breslau findet dieses Jahr das Kulturfestival der deutschen Minderheit in der Jahrhunderthalle statt. Dieses gibt es nur alle drei Jahre und ist durchaus etwas Besonderes. Die Stadtfahrt dient dazu, sich gemeinsam einen Eindruck von der Veranstaltung zu verschaffen und bietet Gelegenheit, die schöne Stadt zu erkunden, und das natürlich nicht nur am Tage. Die Teilnehmer treffen sich in Breslau am Abend des 24. Septembers und reisen am 27. September wieder ab. Der Altersschwerpunkt der Stadtfahrt liegt zwischen 16 und 35 Jahren. Die Einladung mit weiteren Einzelheiten findet sich auf www.junge-ostpreussen.de.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 10, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Frauengruppe – Dienstag, 12. Mai, 14.30 Uhr, Kleiner Saal, Haus der Heimat: „Muttertag und Pfingsten“ – ein interessanter Nachmittag mit Brauchtum, Liedern, Geschichten und Gedichten unter der Leitung von Uta Lüttich. Mitglieder der Kreisgruppe und Gäste sind herzlich eingeladen.

– Bericht –

Uta Lüttich, Landesvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen und Landesfrauenleiterin, begrüßte am Sonnabend, 18. April, im Hotel Wartburg in Stuttgart, die 16, teils von weither gereisten Frauengruppenleiterinnen oder deren Stellvertreterinnen, sowie die Landesvorstandsmitglieder. Auch zwei Herren hatten sich dazu eingefunden. Als Erstes entschuldigte Uta Lüttich doch viele Kranke oder anderweitig Verhinderte. Da dann alle mit den Tagesordnungspunkten einverstanden waren, erklärte sie das Treffen für eröffnet.

Die mit sehr berührenden Worten anschließend gehaltene Totenehrung durch Irma Barraud, endete mit eindrucksvollen Versen der Heimatdichterin Agnes Miegel sowie mit einer gemeinsamen Schweigeminute im Gedenken an unsere verstorbenen Mitglieder. Uta Lüttich ging anschließend auf die kulturelle Arbeit der Frauengruppen in Baden-Württemberg ein. Was ist unser kulturelles Erbe, was sagen uns unsere Heimatdichter, unsere Künstler, was bedeutet unser Land für uns, auch heute noch?

Die Landesgruppen bemühen sich, dieses Erbe ständig in Erinnerung zu bringen. Wir sind dazu verpflichtet, unsere eigenen Erfahrungen und unsere eigenen Erinnerungen, an unsere Kinder und Enkel zum Erhalt der Heimatliebe und des historischen Vermächtnisses über den Deutschen Osten weiterzugeben. Als Uta Lüttich 1988 zur Landesfrauenleiterin gewählt wurde, gab es 48 ost- und westpreußische Orts- und Kreis-Gruppen in Baden Württemberg heute sind es noch 20. An Frauengruppen, innerhalb der Kreisgruppen, gab es einmal 28. Heute sind immerhin noch neun aktiv, wenn auch mit teilweise sehr unterschiedlichen Mitgliederzahlen.

Uta Lüttich verlas dann die Berichte der einzelnen Gruppen über die geleistete Arbeit im Jahr 2014. Einzelne Leiterinnen nahmen dies zum Anlass und berichteten ihrerseits ausführlicher über besondere Aktivitäten, Ausflüge, oder Programmpunkte aus Ihrer Arbeit mit den Frauen. Der Bericht des Landesvorsitzenden der LM Westpreußen fiel aus, da Hans-Werner Schwalke am Vormittag verhindert war. Uta Lüttich brachte ihren eigenen Arbeitsbericht über die LM Ostpreußen zu Gehör. Darunter viele Fakten und Zahlen, sie schilderte aber auch Ereignisse, die zum Schmunzeln anregten. Berichtet wurde auch über die Treffen der Landsmannschaften, über Gedenktage, die begangen wurden, aber auch über die traurig machende Meldung, dass in Bad Pyrmont das Ostheim geschlossen wird.

Ostpreußische Lektüre, auch für die Enkel geeignet, wurde vorgestellt, Ulla Gehm berichtete unter anderem über ihre Ahnenforschung, und es ging der Aufruf an alle, doch bitte für die Nachkommen alle Erlebnisse und Erinnerungen aufzuschreiben.

Außerdem wurde über die kommenden Veranstaltungen und Gedenktage gesprochen, darunter die gemeinsame Kulturtagung der Landsmannschaften Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Weichsel-Warthe sowie dem Gedenktag der Vertriebenen am 20. Juli.

Nach dem Mittagessen vergrößere sich die Runde durch die Teilnahme von Stuttgarter Frauen, teils mit Ihren Partnern. Uta Lüttich hieß alle willkommen, und unter dem Klappern der Kaffeetassen wurden eifrig Erinnerungen, sowie Neuigkeiten ausgetauscht.

Uta Lüttich hielt dann den Vortrag über den „Kampf um Ostpreußen und den Mythos Tannenberg (1410/1914)“ Zahlreiche Fotos zum Thema machten die Runde. Anschließend war Karla Weyland mit ihrem Vortrag „Auf den Flügeln des Glücks – die Kraniche“ im Programm vorgesehen, aber auch sie wurde entschuldigt, und Frau Lüttich übernahm den Part des Vorlesens. Auch zu diesem Beitrag machten wunderbare Bilder die Runde.

Die daran anschließende Diskussion lief darauf hinaus, die Anschaffung eines eigenen Beamers zu überdenken, beziehungsweise diesen für solche Vorträge auszuleihen. Als Abschluss dieses sehr informativen und unterhaltsamen Tages fassten wir uns an den Händen und sangen gemeinsam das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“ und das Westpreußenlied „Westpreußen mein lieb Heimatland“.

Uta Lüttich verabschiedete dann die Teilnehmer, wünschte ein erfolgreiches „Arbeitsjahr“, und lud alle zum Wiederkommen im Jahr 2016 herzlich ein.

Ina Meister

Buchen – Freitag, 8. Mai, 15 Uhr, Scheune des Gestüts Wörner in Bofsheim: „Frühlings-Grüße“ verbunden mit Gedanken zum Muttertag. Anmeldung unter Telefon (06281) 8137.

Göppingen – Jeweils am ersten Mittwoch im Monat trifft sich um 14 Uhr im Lokal Glashaus, Salach, die Kreisfrauengruppe zu ihren Kulturnachmittagen. Ansprechpartner ist Vera Pallas, Telefon (07162) 5870.

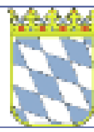
Lahr – Donnerstag, 7. Mai, 18 Uhr, Stammtisch im Zarko: Gemeinsames Treffen.

Schwäbisch-Hall – Mittwoch, 6. Mai, 14.30 Uhr, Hotel Sölch Hauffstraße 14: Heimatnachmittag unter dem Motto „Frag mich nach Ostpreußen“.

Ulm/Neu Ulm – Sonnabend, 9. Mai, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen.

– Ankündigung –

Im August findet die Zusammenkunft auf dem Ernsthof bei Ehingen statt. Es wird eine Sammelfahrt ab den Ulmer Stuben geben. Zeitpunkt: 5. September, Abfahrt 14 Uhr vor den Ulmer Stuben. – Das Erntefest der Ost- und Westpreußen in Ulm ist für den 11. Oktober in den Ulmer Stuben geplant.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonnabend, 16. Mai: Tagesausflug auf die Burg Hohenzollern, dem Stammsitz des preußischen Königshauses bei Hechingen. Gemeinsame Fahrt mit dem Reisebus. Auskunft und Anmeldung bei Landsmännin Bethke, Telefon (09831) 80961.

Erlangen – Donnerstag, 21. Mai, 15.45 Uhr, Raum 20, Freizeitzentrum Frankenhof, Südliche Stadtmauerstraße 35: Vortrag und Diskussion über Käthe Kollwitz. Gäste sind herzlich willkommen.

Hof – Sonnabend, 9. Mai, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Monatsversammlung.

Landshut – Dienstag, 19. Mai. 14 Uhr, Gasthaus „Zur Insel“: Weißwurstessen.

München – Freitag, 8. Mai, 14 Uhr, Haus der Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe – Muttertagsfeier.



BERLIN

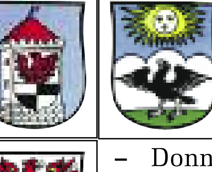
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Sonnabend, 9. Mai. 14 Uhr, Rathaus Zehlendorf Zimmer 21, Kirchstraße 1–3, 14163 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.

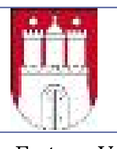


Frauengruppe – Mittwoch, 13. Mai, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Muttertag. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 21. Mai, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12103 Berlin-Tempelhof: Gemeinsames Treffen zum Muttertag. Weitere Informationen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





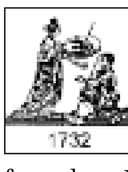
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Salzburger Verein – Sonnabend, 16. Mai, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41: Treffen der Landesgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein/Niedersachsen. Das Programm: 1. Gedanken zum Schriftsteller Günter Grass, 2. Film: „Unterwegs im Norden Ostpreußens – eine kulturhistorische Reise“, 3. Zum aktuellen Stand der Neufassung der „Satzung des Salzburger Vereins e.V.“ Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.

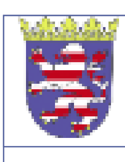


Gumbinnen – Das Treffen im Restaurant Lackermann, Litzowstieg 8, ist verlegt worden. Es findet nicht am 23. Mai statt, sondern am 6. Juni. Weitere Auskünfte: Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



Irmgard Pietzko wurde 100! Zum Geburtstag am 14. April überbrachte der Vorsitzende des Kreisverbandes Wiesbaden, Dieter Schetat, die besten Wünsche des Vorstandes und der Mitglieder. Die gebürtige Insterburgerin trat vor 27 Jahren der Landsmannschaft bei und ist bisher das älteste Mitglied. Irmgard Pietzko hat drei Töchter, vier Enkelkinder und fünf Urenkel. Bild: privat



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Kassel – Donnerstag, 7. Mai, 14.30 Uhr. AWO-Heim, Am Wehrturm 3: „Die Nachwelt flicht dem Mimen keine Kränze“ – Vortrag von Karla Weyland:

– Bericht –

Das Heimattreffen im April widmete sich einem besonderen Thema, nämlich der Entwicklungsgeschichte der Deutschen Jugend des Ostens (DJO) in Hessen, namentlich in der nordöstlichen Region. Als kompetenter Berichterstatter konnte der Gründer mehrerer DJO-Ortsgruppen im Kreis Witzenhausen, Günter Meyer, gewonnen werden.

Von den vielen Denkwürdigkeiten der DJO-Geschichte, die der gebürtige Thüringer zur Sprache brachte, können an dieser Stelle nur einige Wegmarken aufgezeichnet werden: Die DJO in Westdeutschland wurde 1951 auf der Jugendburg Ludwigstein über der Werra gegründet. Bald danach entstanden überall im Lande – so auch in den Kreisen Witzenhausen und Eschwege und in Kassel mehrere Ortsgruppen der Deutschen Jugend des Ostens. Die Gründe für die rasche Ausbreitung dieser Jugendgruppen liegen auf der Hand: Schicksal und Unbehaustheit sowie verbreitete Ablehnung im heimatfernen Gebiet ließen den Wunsch aufkommen, die Gemeinschaft mit anderen Betroffenen zu suchen.

Für Günter Meyer war zudem noch wesentlich, dass ein Gefühl großen Unrechts bestimmend für seine spätere jugendpolitische Arbeit war. So mag es bei vielen anderen auch gewesen sein, denen etwa auf den Großtreffen von Vertriebenenverbänden die Verlustdimensionen erst richtig deutlich wurden, welche die Ostdeutschen zu tragen hatten. Als interessanten Nebenaspekt im Blick auf das seinerzeitige Versammlungsrecht wies der Vortragende daraufhin, dass die alliierte Besatzungsmacht anfangs das Zeigen der Provinzflagge verbot. Die Ostpreußen umgingen diese Anordnung allerdings dadurch, dass sie statt des Adlerwappens einfach die Elchschaufel zu ihrem Symbol erklärten!

Im Laufe der Zeit stießen noch Jugendliche mit südosteuropäischer Herkunft zur DJO, desgleichen Mitte der 50er Jahre mitteldeutsche Flüchtlinge (und mit ihnen erste Kundschafter der Stasi). Hauptaufgaben des Jugendverbandes war die Weitergabe von Informationen zu Politik und Geschichte, gemeinschaftsbildende Aktivitäten zum Beispiel Bildung von Musik- und Volkstanzgruppen, Jungenschaften, Pflege des Volkslieds, Mitwirkung bei Heimattreffen. Es fehlte auch nicht an Hilfestellung für bedürftige junge Leute – selbst Südtiroler Jugendgruppen kamen ins Blickfeld!

Die besten Jahre der DJO liegen lange zurück. Jetzt nennt sich der Jugendverband „Deutsche Jugend in Europa – DJO“ und zeigt damit eine politische Neuausrichtung an, die mit der einstigen Zielstellung wenig gemein hat. Das ostdeutsche Kulturerbe spielt kaum noch eine Rolle, wohingegen in einem neuen Leitfaden die Begegnung mit Migranten als ein Förderschwerpunkt genannt wird. Erstrebenswert ist es offensichtlich, die Jugend für ein „buntes“ Miteinander zu gewinnen.

Gerhard Landau

Trebur – Unter der Reiseleitung des Angerburger Kulturpreisträger Siegfried Kugies findet vom Mittwoch, 8. Juli, bis Mittwoch, 15. Juli, eine Ostpreußen-Reise statt. Los geht es am Mittwoch mit LO 5380 ab Frankfurt um 12.25 Uhr. Ankunft ist in Danzig um 13.55 Uhr. Nach einer kurzen Stadtrundfahrt geht es per Bus nach Lötzen. Unterkunft ist im Hotel Wodnik.

Folgende Ausflüge sind unter anderem im Programm: Fahrt zum Oberländer Kanal, wo die Schiffe „über Land fahren“. In Angerburg Empfang im Rathaus und Übergabe des Buches von Siegfried Kugies für das Archiv: „Der ostpreußische Eisenbahner und die Amerikaner“. Das gleiche Buch wird auch dem Angerburger Bahnhofs-Museum übergeben. Danach Treffen mit der Deutschen Gruppe Mauersee.

Weiter gibt es eine große Masuren-Rundfahrt, eine Stakenboot-Fahrt auf der Krutinna und zum Abschluss ein Picknick und Unterhaltungsprogramm. Der Sonntag, 12. Juli, steht frei für persönliche Unternehmungen. Auf dem Weg zum Flughafen Danzig am 15. Juli ist ein kurzer Halt an der Marienburg vorgesehen. Um 14.35 Uhr geht es dann am 15. Juli zurück nach Frankfurt.

Wetzlar – Montag, 11. Mai, 19 Uhr, Restaurant, „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Monatliches Treffen. Wolfgang Kopiske, aus Weilrod-Hasselbach spricht über die Vertreibung vor 70 Jahren. Außerdem gibt es Gedichte zum Muttertag, gelesen von Friederike Preuß und Karla Weyland. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 12. Mai, 8.30 Uhr, Hauptbahnhof Busbahnsteig 1 (hinter der Aral-Tankstelle): Busfahrt der Frauengruppe nach Tann in der Rhön, dem beliebtesten Ferienort Hessens. Auf dem Programm stehen unter anderem eine Stadtrundfahrt und die Besichtigung verschiedener Sehenswürdigkeiten. Der Fahrpreis beträgt 20 Euro pro Person. Auch Nichtmitglieder der Frauengruppe sind herzlich willkommen. Anmeldungen bei Helga Kukwa (0611) 373521. – Sonnabend, 16. Mai, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: „Wie lieblich ist der

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Maien“ – Ein Nachmittag mit Gedichten, Geschichten und Gesang zur Maienzeit, gestaltet von unserer Frauengruppe und Mitgliedern des Chors. Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen.

Neue Mitglieder
Der Kreisverband Wiesbaden heißt herzlich willkommen:
Gerda Conrad aus Marienburg, Westpreußen
Ursula Wiegand aus Berlin
Günter Dobischat aus Heiligenbeil
Ilse Klausen aus Waldeck-Frankenberg
Brigitte Böttcher aus Rosenberg, Westpreußen
Brigitta Büring aus Königsberg



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

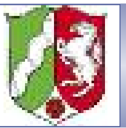
Göttingen – Vom 17. bis 24. Juli bietet die Gruppe Göttingen wieder eine achttägige Fahrt nach Masuren an. Sie umfasst sieben Übernachtungen (inklusive jeweils einer Zwischenübernachtung auf der Hin- und Rückreise) mit Halbpension in Hotels der Mittelklasse. Dazu je eine Rundfahrt in Masuren und im Ermland sowie einen Besuch des Treffens der deutschen Minderheit in Bischofsburg. Nähere Informationen und schriftliche Anmeldungen bis zum 15. März an: Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen.

Helmstedt – Donnerstag, 14. Mai, 15 Uhr, Zwickauer Straße 12: Himmelfahrt, Treffen im Garten bei Frau Anders.

Holzminden – Im Mai wird die Vorsitzende Renate Bohn sich mit dem Leben und Wirken einzelner ostpreußischer Schriftsteller befassen. Ebenfalls im Mai ist je nach Witterung und Blüte kurzfristig ein Tag zur Orchideenwanderung eingeplant. Es werden schon jetzt Anmeldungen für die Tagesfahrt am 26. Juni zum Küchenmuseum in Hannover entgegengenommen.

Osnabrück – Donnerstag, 28. Mai, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.

Rinteln – Donnerstag, 7. Mai, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Bei diesem Monatstreffen wird Dr. Hans-Walter Butschke aus Lemgo über die „Tier- und Pflanzenwelt in den Seen Ostpreußens und Westpreußens“ referieren. Neben den Mitgliedern der Gruppe sind Angehörige und Freunde sowie interessierte Gäste aus Nah und Fern ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Die Reise nach Ostpreußen vom 22. Juni bis 1. Juli wird von der Kreisgruppe Bonn organisiert. Es sind noch einige Plätze frei. Interessenten melden sich bei Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

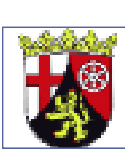
Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland“ unter Leitung von Radostina Hristova. – Dienstag, 5. Mai, 19 Uhr, Konferenzraum: „Böhmische Dörfer“ – Film und Gespräch mit Jana Cisar und Peter Zach. – Mittwoch, 6. Mai, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Freitag 8. Mai, 18. Uhr, Restaurant Lauren’s, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Sonnabend, 9. Mai, 7.30 bis 19.30 Uhr: „Kalter Krieg in der Eifel“ – Tagesexkursion zum Bunker der Landesregierung NRW nach Urft. – Montag, 11. Mai, 19 Uhr, Konferenzraum, GHH: „Der Erste Weltkrieg in den Teilungsgebieten Polens“ – Vortrag von Dr. Wolfgang Kessler. – Donnerstag, 21. Mai, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Barbara Schoch.

Ennepetal – Sonnabend, 9. Mai, 15 Uhr, Haus Ennepetal. Gasstraße: 60 Jahre LO.

Remscheid – Die Kreisgruppe Remscheid trifft sich erstmalig seit April um 14.30 Uhr im „Remscheider Hof jetzt „MK-Hotel“ am Bahnhof, da die „Zunftstuben“ Ende März geschlossen wurden. Die nachfolgenden monatlichen Treffen werden wie gewohnt am dritten Donnerstag im Monat um 14.30 Uhr im neuen Domizil gehalten. Obwohl das Erdgeschoß sich noch im Umbau befindet, tagen wir im ersten Stock (mit dem Aufzug zu erreichen). Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Siegen – Die Frauengruppe der Ost- und Westpreußen trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 14 Uhr ab sofort im barrierefreien Café Patmos in Siegen-Geisweid in der Sohlbacher Straße.

Witten – Montag, 18. Mai, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Ausflug.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 21. Mai, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: „Skatertour von Mainz nach Masuren“ – Bericht mit Bildern von Johann Jotzo.

SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Auch 2015 feierten die Ost- und Westpreußen in Sachsen ihren evangelischen Kirchentag. Am Morgen des 11. April trafen sich die etwa 45 Teilnehmer wie im vergangenen Jahr in der St. Matthäus-Kirche in Chemnitz-Altendorf. Pfarrer Plorin aus Rückersdorf, ein gebürtiger Königsberger und Schriftführer bei der GeO, begleitete uns durch den Gottesdienst und dann auch weiterhin den ganzen Tag.

Der Gottesdienst begann mit einem Vorspiel des Posaunenchores der St. Matthäus-Gemeinde. Dann dankte Pfarrer Plorin dem Landesvorsitzenden Alexander Schulz für die Organisation des Kirchentages. Ein weiterer Dank ging an die St. Matthäus-Gemeinde für ihre Gastfreundschaft. Der Gottesdienst stand im Zeichen des Schicksals der Vertriebenen, aber auch im Zeichen der Menschen, die heute gezwungen werden ihre Heimat zu verlassen. In seiner „Besinnung“ erinnerte Pfarrer Plonin an den Beginn der Vertreibung und die letzten unsinnigen Bombardierungen unserer Städte kurz vor Kriegsende. Er gedachte auch der Ermordung von Dietrich Bonhoeffer und anderer Widerstandskämpfer und Gefangenen noch kurz vor Kriegsende. Ebenso mahnte er, Gott für all das gute Geleit in allem Schweren zu danken. Die alttestamentliche Lesung aus dem Buch der Könige im 17. Kapitel hielt uns vor Augen, dass Gott den Ungehorsam des Volkes Israel strafte und die Menschen durch einen fremden König in ein neues Land vertreiben ließ.

Danach gab ein Mädchen aus der Jungen Gemeinde einen Zeitzeugenbericht „Vor 70 Jahren in Ostpreußen“ wieder. Junge Menschen hatten sich mit Zeitzeugen unterhalten und sich mit dem Schicksal der Vertriebenen beschäftigt. Sie bedauerte, dass im Geschichtsunterricht viel zu wenig über dieses Thema gesprochen wird und sagte, dass die Jugendlichen sich angesichts der heutigen Situation viel mehr mit dem Thema beschäftigen müssten und es in der Schule gelehrt werden müsse.

In der Lesung der Epistel aus 1. Petrus 1, 3–7, wurde uns durch die Auferstehung Jesu Christi gesagt, dass wir uns auf das neue, unvergängliche Leben bei Gott freuen können, wenn wir die Prüfung auf die Echtheit unseres Vertrauens auf Gott in Schwierigkeiten bestanden haben. Nach dem gemeinsamen Glaubensbekenntnis hielt Pfarrer Plorin eine Predigt über 5. Mose 32, 7. Er begann mit einem Spruch aus dem Mittelalter „Ich komm, weiß nicht woher. Ich bin, ich weiß nicht wer. Ich gehe, weiß nicht wohin. Mich wundert, dass ich fröhlich bin.“

Im Predigttext hieß es: „Bedenke der vergangenen Zeiten, was früheren Generationen geschah! Frage deine Eltern die werden es dir sagen, und die Alten, die werden es dir erzählen.“ Auf diese Worte baute Pfarrer Plorin seine Predigt auf. Heimatverlust, unsägliches Leiden, Schmerzen, Trauer, Wut und oft die Frage nach Gott „Wo bist Du?“ Die Seelen waren verwundet. Der Neuanfang war schwer. Alles hat sich tief in das Gedächtnis eingebrannt.

Wie gehen wir nun heute damit um? Erinnern kann weh tun, weil es in Wunden rührt. Man sprach, bis auf einige Ausnahmen, wenig über das Erlebte. In der DDR schon gar nicht. Später kamen dann Erlebnisberichte und Erinnerungsbücher. Manche Vertriebene konnten erst nach Jahren ihre Erlebnisse endlich niederschreiben. Aber es fällt auf, wie wenig darüber zu lesen ist, dass man in dieser Zeit auch Trost und Hilfe von Gott und Menschen bekam. Öffentlich wurde Flucht und Vertreibung nicht genügend verarbeitet. Es gab eine Schlussstrich-Mentalität. Aber wir, die noch lebenden Betroffenen, müssen nun unsere Schicksale weitergeben! Krieg und Vertreibung sind so schreckliche Erlebnisse, dass man sie nicht der Vergangenheit anheimfallen lassen kann. Sie müssen der Welt zur Mahnung dienen, damit die heutige Generation und vor allem die Politiker bemüht sind einen dauerhaften Frieden, Versöhnung und Gerechtigkeit auf der Welt durchzusetzen. Gott schenke uns allen dazu die Kraft!

In der Fürbitte wiederholten Pfarrer Plorin, Gerd und Helga Berger nochmals Bitten um Gerechtigkeit, Bitten für Flüchtlinge in aller Welt und für Asylbewerber. Bitten für die Medien, dass Geschehen in der Welt wahrheitsgetreu wiederzugeben.

Nach dem Gottesdienst gingen wir alle in das Gemeindehaus. Alexander Schulz begrüßte uns nochmals offiziell und freute sich besonders über das Kommen von Elfriede Rick. Sie hat viele Jahre den ostpreußischen Kirchentag in Dresden organisiert und wurde im November 2014 mit dem Bundesverdienstkreuz durch Ministerpräsident Stanislav Tillich, für ihre Arbeit mit der Erinnerung an Flucht, Vertreibung und Versöhnung, ausgezeichnet.

Danach begrüßte uns Ralph Burghart vom Kreisvorstand der CDU in Chemnitz. Auch er gedachte der Flucht und der Vertreibung. Nach einer kurzen Pause folgte ein Vortrag mit Lichtbildern über das ostpreußische Kulturzentrum in Ellingen, dargebracht von Wolfgang Freyberg, dem Direktor des Hauses. Er gab Einblicke in die Arbeit des Museums, über ständige und wechselnde Ausstellungen und warb für einen Besuch im Museum.

Nach einem Mittagessen hörten wir dann den ausführlichen und sehr interessanten Bericht einer Palästinenserin über ihre Heimat. Zur Vortragenden Lily Hanoush erklärte eingangs Frank Meinel, Pfarrer an der St. Wolfgangskirche in Schneeberg: „Nach etlichen Mühen ist es gelungen, eine palästinensische Christin und Lehrerin für Englisch und Religion an einer Evangelischen Schule in Bethlehem, für ein Auslandsjahr nach Deutschland zu holen.“ Pfarrer Meinel war im vergangenen Mai mit 17 Schülern aus Schneeberg und Dresden zu Gast in der Evangelischen Schule Talitha Kumi in Beth Jala/Bethlehem. Dort werden über 1000 Schüler sowohl

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

Muslime als auch Christen unterrichtet, und dort wurde auch die Idee geboren, Lily Hanoush an die Evangelische Grund- und die Mittelschule nach Schneeberg einzuladen. Die 36-Jährige berichtet in den Klassen über das Leben der palästinensischen Christen in ihrer Heimat.

Besonders die palästinensischen Christen stehen im Brennpunkt des Nahostkonfliktes zwischen der jüdischen und muslimischen Religion sowie Israel und Palästina. Lily Hanoushs Wirken für Frieden, besonders für die Bildung der palästinensischen Kinder und jungen Leute, ist vorbildlich. Sie leistet diesen Dienst seit elf Jahren unter unsäglichen Schwierigkeiten.

Das zeigte sie auch in eindrucksvollen Bildern, die sie aus



Kirchentag: Lily Hanoush berichtete von ihrer Arbeit als Lehrerin in Bethlehem Bild: privat

ihrem Heimatland mitgebracht hatte. Lily, die Älteste von vier Mädchen aus einer christlichen arabisch-palästinensischen Familie, machte deutlich, dass ihre Heimatstadt Bethlehem durchaus nicht mehr das kleine Bethlehem ist, welches wir aus der Bibel kennen. Ihre Einblicke in ihr Leben und ihr Land waren sehr interessant und aufschlussreich.

Danach folgte eine Kaffeepause. Den Abschluss bildete dann ein kleines Programm des Kindergartens der Gemeinde St. Matthäus. Die Kleinen waren mit großer Begeisterung dabei. Nach der offiziellen Beendigung des Kirchentages und der freundlichen Verabschiedung durch Herrn Schulz wurden noch viele persönliche Gespräche untereinander und insbesondere mit Pfarrer Plorin geführt. Alles in allem war es ein schöner und interessanter Kirchentag. Wir freuen uns schon auf einen nächsten Kirchentag.

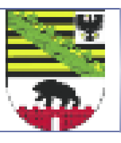
Helga Berger

Chemnitz/Zwickau – Die Heimatgruppe der Insterburger in Sachsen kann sich in der kommenden Zeit nicht mehr in den altbewährten Räumen treffen. Das Gebäude in der Hölderlinstraße wird totalrenoviert. Die Treffen finden daher in diesem Jahr im Zwickau im Brauhaus hinter dem Dom statt. Termine sind der 5. Juni, 11. September und 12 Dezember. Die Treffen beginnen um 14 Uhr, das Weihnachtstreffen um 12 Uhr.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 16. Mai, 14 Uhr, Eschenmuseum, Sachsenstraße 3: Heimatnachmittag zum Thema „Die schwere und leidvolle Geschichte der Wolfskinder". Erna Felber berichtet von ihren eigenen Erfahrungen als Wolfskind. Der Nachmittag wird umrahmt mit heimatlichen Gedichten und Liedern. Alle Landsleute und Gäste sind herzlich eingeladen.



Uetersen: Joachim Rudat (li.) konnte den Landesvorsitzenden Edmund Ferner zu einem Vortrag begrüßen Bild: privat



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 11. Mai, 14 Uhr, Krötenhof: Muttertag.

Magdeburg – Freitag, 8. Mai, 16 Uhr, Sportgaststätte TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 19. Mai, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

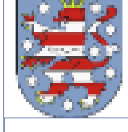
Burg auf Fehmarn – Dienstag, 12. Mai, 15 Uhr, Haus am Stadtpark: Werner Lange aus Eutin zeigt einen Diavortrag über Masuren und Danzig. Gäste sind herzlich willkommen. Danach geht die Landsmannschaft in die Sommerpause und trifft sich am 8. September wieder zu ihrem monatlichen Nachmittag.

Flensburg – Freitag, 8. Mai, 12.30 Uhr, Exe Markthalle (1. Treffpunkt), 12.40 Uhr ZOB (2. Treffpunkt): Arno von Sprekelsen führt durch die blühenden Rapsfelder.

Uetersen – Ein gleichsam unterhaltsamer wie spannender Nachmittag mit vielen neuen Eindrücken wurde den Ost- und Westpreußen sowie etlichen Gästen im Haus Ueterst End geboten. Der weitgereiste Landesvorsitzende der Ostpreußen, Edmund Ferner, war zum fünften Mal der Einladung von Joachim Rudat gefolgt, um dieses Mal Bilder seiner jüngsten Frankreichfahrt anlässlich des 50. Jubiläums des Deutsch-Französischen-Freundschaftsvertrages zu zeigen.

Ferner, der bei seiner Reise auch Monaco und Brüssel besuchte, führte zu Beginn des Nachmittages in die französische Sprache ein und erinnerte daran, dass viele französische Begriffe ins Deutsche Eingang gefunden haben. Dann ging es via Diashow nach Verdun, Dijon, Avignon, Cannes und anderen sehenswerten Orten. Ferner berichtete von beeindruckenden Begebenheiten. So traf die Gruppe den Fürsten Albert von Monaco und in Brüssel die königliche Hoheit Philippe II. nebst Frau Mathilde und den Kindern.

Der Nachmittag mit viel französischer Kultur klang mit dem Ostpreußenlied aus.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Landesgruppe – Sonnabend, 9. Mai, 10.30 Uhr, Altvaterturm bei Lehesten im Thüringer Wald: Einweihung einer Gedenktafel für Wolfskinder. Alle ost- und westpreußischen Landsleute, Heimatfreunde sowie interessierte Bürger sind herzlich eingeladen.

Schmalkalden – Donnerstag, 7. Mai, 14 Uhr, Klub der Volkssolidarität: Heimatnachmittag.

Zeitzeugen für Schüler und Studenten gesucht

Der BdV möchte eine Zeitzeugendatenbank erstellen und hat die Landsmannschaft Ostpreußen um Mithilfe gebeten.

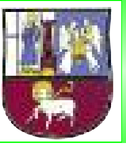
Die BdV-Bundesgeschäftsstelle erreichen zahlreiche Anfragen von Lehrern, Studenten, Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie Journalisten nach Zeitzeugen von Flucht und Vertreibung, die beispielsweise im Rahmen einer Unterrichtsstunde oder eines Vortrages bereit sind, sich im persönlichen Gespräch Fragen zu ihrem Schicksal und ihren Erlebnissen stellen zu lassen. Ein Zeitzeuge, der authentisch erzählen kann und für Nachfragen zur Verfügung steht, ist als Multiplikator für das Vermitteln des Lebens in der Heimat, des erlebten Leides, aber auch des Ankommens in der neuen Heimat unübertroffen. Aus diesem Grund bitten wir alle diejenigen, die sich in der Datenbank mit Name, Geburtsjahr, Herkunftsort und -region, Wohnort, der jetzigen Postadresse sowie Telefonnummer und E-Mail-adresse (soweit vorhanden) registrieren lassen möchten, sich schriftlich bei Roland Zillmann (BdV) zu melden:

BdV-Bundesgeschäftsstelle, Grundsatz- und Jugendfragen, z. Hd. Herrn Roland Zillmann, Godesberger Allee 72–74, 53175 Bonn.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; (02131) 902700 (dienstl.), Telefax (02131) 902430 (dienstl.) Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. www.allenstein-landkreis.de

Kirchspieltreffen

8./9. Mai, Münster-Handorf: Kirchspieltreffen Braunswalde im Hotel und Restaurant „Enyck" früher „Deutscher Vater", Petronillaplatz 9, Beginn: 15 Uhr. Weitere Informationen: Clemens Seidel, Telefon (0251) 932090.

16. Mai, Essen: Kirchspieltreffen Grieslienen, Stabigotten, Wemitten, Plautzig und Honigswalde in den „Südtiroler Stuben", Freiherr-vom-Stein-Straße 280. Beginn: 11 Uhr. Weitere Informationen: Hildegard Gerigk, Telefon (02102) 471477.



ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.com

Jahreshaupttreffen

Das Jahreshaupttreffen der Kreisgemeinschaft findet am 30. Mai um 10 Uhr in der Gaststätte/Hotel Fuchs, Hauptstraße 35, 21256 Handeloh, Telefon (04188) 414 statt. Wir möchten Sie bitten, sich möglichst mittels der Anmeldekarten aus dem Heimatbrief anzumelden, damit die Gastronomie sich auf die Personalzahl hinsichtlich des Mittagessens einstellen kann. Hotelunterkünfte müssen selbst gebucht werden, da das Hotel Fuchs bereits ausgebucht ist. Zu dem Treffen sind alle Landsleute und auch Gäste ganz herzlich eingeladen.

Angerapp, Masuren, Königsberg

In der Zeit vom 6. bis 16. August führt die Kreisgemeinschaft wieder eine ganz individuelle 11-tägige Busreise quer durch Masuren und das Königsberger Gebiet durch. Die Fahrt erfolgt ab Detmold über Hannover, Ahrensburg und Berlin mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Posen zur ersten Übernachtung. Am nächsten Tag geht es durch das masurische Seengebiet bis nach Nikolaiken für zwei Übernachtungen.

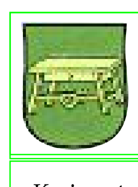
Hier erfolgt die Besichtigung der Wallfahrtskirche Heiligelinde mit anschließender Schifffahrt auf der masurischen Seenplatte. In der Johannisburger Heide ist eine Kutschfahrt geplant, auf dem malerischen Flüsschen Krutinna eine Stakfahrt.

Von Masuren geht es dann über Goldap in den russischen Teil nach Gumbinnen für zwei Übernachtungen. Wir werden Rast in der Rominter Heide machen, Angerapp (Darkehmen), Trakehnen, das Gestüt ehemals von Zitzewitz in Weedern und vieles mehr besichtigen.

Danach geht es von Gumbinnen über Insterburg nach Königsberg für zwei Übernachtungen. Wir werden die Stadt erkunden (unter anderem auf dem Programm: Stadtrundfahrt, Dombesichtigung), auf die Kurische Nehrung fahren (Besichtigung der Vogelwarte in Rossitten) sowie Rauschen und Palmnicken ansteuern. In Palmnicken werden wir den Bernsteintagebau besichtigen.

Wir verlassen Königsberg in Richtung Danzig und werden durch die imposante Anlage der Marienburg geführt. Danach werden wir auf dem frisch restaurierten Oberlandkanal, einer ingenieurtechnischen Meisterleistung des 19. Jahrhunderts, eine Schifffahrt erleben. Anschließend geht die Reise weiter bis nach Danzig für zwei Übernachtungen. Das Danzig-Programm ist sehr reichhaltig; es beginnt mit einem Besuch des Ostseebades Zoppot und endet mit einem Abendessen in einem traditionellen Danziger Restaurant. Die letzte Übernachtung wird in Stettin sein, nachdem wir die Stadt erkundet haben.

Es handelt sich um keine Katalogreise, sondern um eine erlebnisreiche Fahrt quer durch das ehemalige Ostpreußen. Die Teilnahme ist für jedermann möglich. Gäste sind herzlich willkommen. Es sind noch wenige freie Plätze im Bus vorhanden. Bitte beachten: Für die Fahrt ist ein Reisepass erforderlich. Weitere Informationen und Auskünfte erteilt die Kreisvertreterin Edeltraut Mai, Telefon (0151) 18461001.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Treffen der Eydtkuhner

10. bis 17. Mai, Bad Sooden-Allendorf: 46. Eydtkuhner Treffen im Hotel Martina, Westerburgstraße 1, Anmeldung und Informationen bei den Kirchspielvertretern Gerd Steinbacher und Hans Raeder.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Jubiläumsfeier

8./9. Mai, Bad Bentheim: „60 Jahre Patenschaft zum Landkreis Grafschaft Bentheim" – Jubiläumsfeier im Forum Burg-Gymnasium.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Für die Heimatseiten ist Frank Horns zuständig.
Texte und Fotos bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, z. H. Frank Horns Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.
Oder per E-Mail: horns@ostpreussenblatt.de





GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Zum Tode von Margot Thies

Am 28. März verstarb Margot Thies, geborene Niklaus. Wir verlieren mit ihr eine langjährige treue Mitstreiterin in unserer Kreisgemeinschaft. Sie wurde am 29. Mai 1928 im Dorf Altlinden (Jodszleidszen) geboren. Die Flucht 1944 führte sie über Osterode nach Hamburg. Über die Ereignisse in dieser Zeit führte sie ein Flucht-Tagebuch. Es folgten die Heirat 1953 und die Geburt ihrer vier Kinder. Das Familiendomizil war in Riekenbostel im Landkreis Rotenburg/Wümme.

Margot Thies war eine resolute, gesellige, unternehmungslustige Frau, die sich in der Welt umtat und Reisen in die alte Heimat und in andere Länder unternahm. In Hamburg wurden Ostpreußentreffen organisiert; hier traf sie ihren späteren Ehemann – ebenfalls aus Ostpreußen –, der nach Aufgabe der Landwirtschaft nun gemeinsam mit ihr reiste. Sie hielt die Erinnerung an die ostpreußische Heimat wach. Seit 1982 hat sie in der Kreisgemeinschaft als Bezirksvertreterin von Branden die früheren Einwohner dieses Bezirks zusammengehalten und für sie so manches Treffen und Reisen in die alte Heimat organisiert. Das letzte Treffen der Brandener fand am 25. Oktober 2014 mit ihr in Rotenburg statt, obwohl sie schon im Rollstuhl saß.

Am 28. März 2015 ist sie am Ende ihres Lebensweges angekommen. Am 4. April 2015, dem Sonn-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 18

abend vor Ostern, wurde sie auf dem Friedhof in Riekenbostel beigesetzt, wo auch ihr Mann ruht. Eine große Trauergemeinde, Kinder, Enkel, Urenkelkinder, Freunde, Nachbarn und einige Ostpreußen haben ihr das letzte Geleit gegeben und sind traurig, dass ihre Stimme nun verstummt ist. Wir gedenken ihrer in Dankbarkeit.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Gumbinnen e.V.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. 2. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

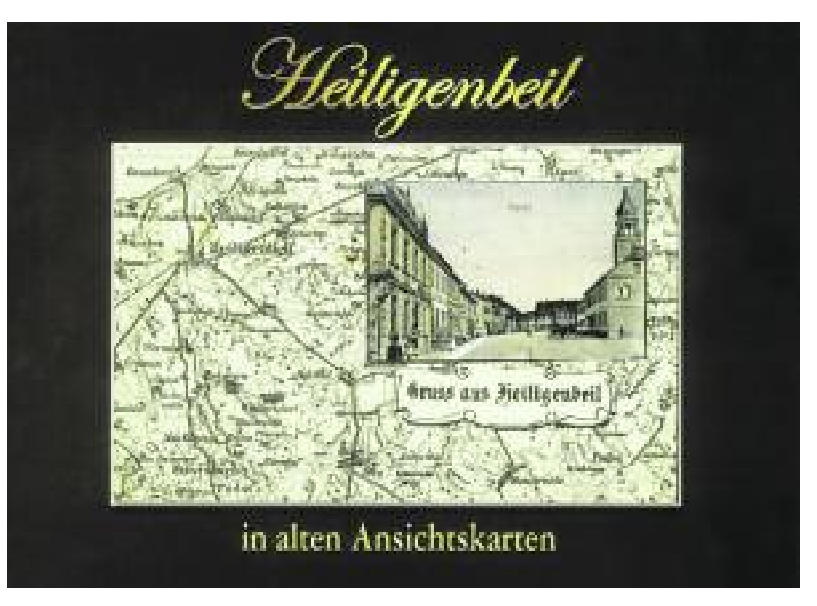
Kreistagssitzung

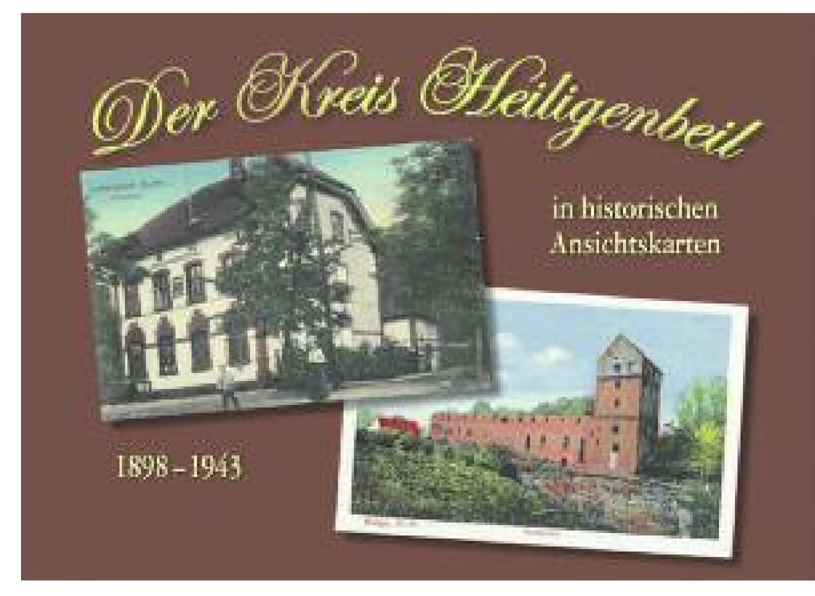
Am Wochenende vom 11. und 12. April fand in harmonischer Atmosphäre im Ostheim Bad Pyrmont die alljährliche Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft statt. Die Delegierten waren bei bestem Wetter in das Ostheim gekommen, um die Weichen der Heiligenbeiler für die Zukunft zu stellen.

Bei der Totenehrung gedachte der stellvertretende Vorsitzende, Christian Perbandt der seit der letzten Sitzung verstorbenen Freunde und Landsleute. Besonders erinnert wurde an die ehemaligen Vorstandsmitglieder Karin Rauschning sowie Peter Böck.

Geleitet wurde der Kreistag von der Kreisvertreterin Elke Ruhnke in ihrer gewohnt lebendigen Art. Ein wichtiger Programmpunkt war die Nachwahl des Kassenwartes, nachdem die bisherige Kassenwartin aus persönlichen Gründen ausgeschieden war. Gewählt wurde einstimmig der Kirchspielvertreter des Kirchspiels Eichholz, Joachim Ruhnau. Sein Vater kommt aus Zinten.

Die Ergebnisse der Heiligenbeiler Kreistagssitzung stimmen zuversichtlich. „Unsere Kreisgemeinschaft hat Zukunft“, sagte Kreisvertreterin Ruhnke gegen Ende der Sitzung, die mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied beendet wurde.





Viel zu sehen, viel zu lesen: Jeder Bildband bietet sorgfältig … … ausgewählte Postkarten und weitere Informationen Bild (2): privat

Zwei exklusive Bildbände

Ausschließlich bei der Kreisgemeinschaft zu bestellen sind zwei hochwertige Bildbände, die die Heimat in besonders schönen Aufnahmen präsentieren:

„Heiligenbeil in alten Ansichtskarten“ heißt das 192 Seiten starke Buch, in dem 173 Original-Postkarten aus den Jahren zwischen 1899 und 1944 gezeigt werden. Die Ansichtskarten sind mit erläuternden Informationen zum Beispiel über ihre Herkunft versehen. Ein kurzes Porträt über die Kreisstadt Heiligenbeil sowie eine Abhandlung über die Geschichte der Postkarte runden das Buch ab. Der Verkaufspreis beträgt 16 Euro

„Der Kreis Heiligenbeil in historischen Ansichtskarten 1898 – 1943“ heißt das zweite Werk. Mit einem Umfang von 256 Seiten enthält es rund 220 Ansichtskarten aus den Jahren 1898 bis 1943. Ihre Aufteilung erfolgt nach Kirchspielen. Am Anfang jeden Kapitels steht eine kartographische Darstellung des jeweiligen Kirchspiels. Im Textteil befinden sich Abhandlungen über den Kreis Heiligenbeil. Auch die beiden Städte Heiligenbeil und Zinten sind wieder vertreten. Ausgewählt wurden ausschließlich Motive, die in den bisherigen Büchern noch nicht veröffentlicht wurden, darunter auch viele besonders attraktive Ansichten. Der Verkaufspreis beträgt 19,80 Euro.

Die Bücher wurden farbig durchgedruckt, so dass selbst bei den vielen Schwarz-Weiß-Karten die hervorragende Drucktechnik früherer Jahre, und hier besonders die „Patina“ der alten Karten gut zur Geltung kommt. Wer beide Bücher bestellt, erhält sie zu einem Sonderpreis von 25 Euro. Porto und Verpackung werden zusätzlich zum Selbstkostenpreis berechnet. Einkäufe ab 75 Euro sind versandkostenfrei. Zu bestellen sind die Bildbände bei: Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Schwägerau und Waldhausen

13. Mai, Schmalkalden: Treffen der Kirchspielgemeinde Schwägerau/Waldhausen im Hotel Jägerklause. Weitere Informationen: Siegried Schulz, Telefon (038458) 50552.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Anmeldefrist verlängert

Noch sind Plätze frei und der Anmeldschluss wurde **bis zum 15. Mai** verlängert. Drei Tage Königsberg, sechs Tage Insterburg vom 27. Juni bis zum 8. Juli können Kurzentschlossene erleben.

Organisiert wird die Tour von der Heimatgruppe Darmstadt. Ein Veranstaltungsteam, das sich in der Vergangenheit schon sehr viel Erfahrung erworben hat: Seit 1992 führte es zusammen mit der Firma Greif-Reisen insgesamt 26 Flug- und Busreisen nach Ostpreußen durch. Wer jetzt noch bucht, kann sich auf dieses Reiseprogramm freuen:

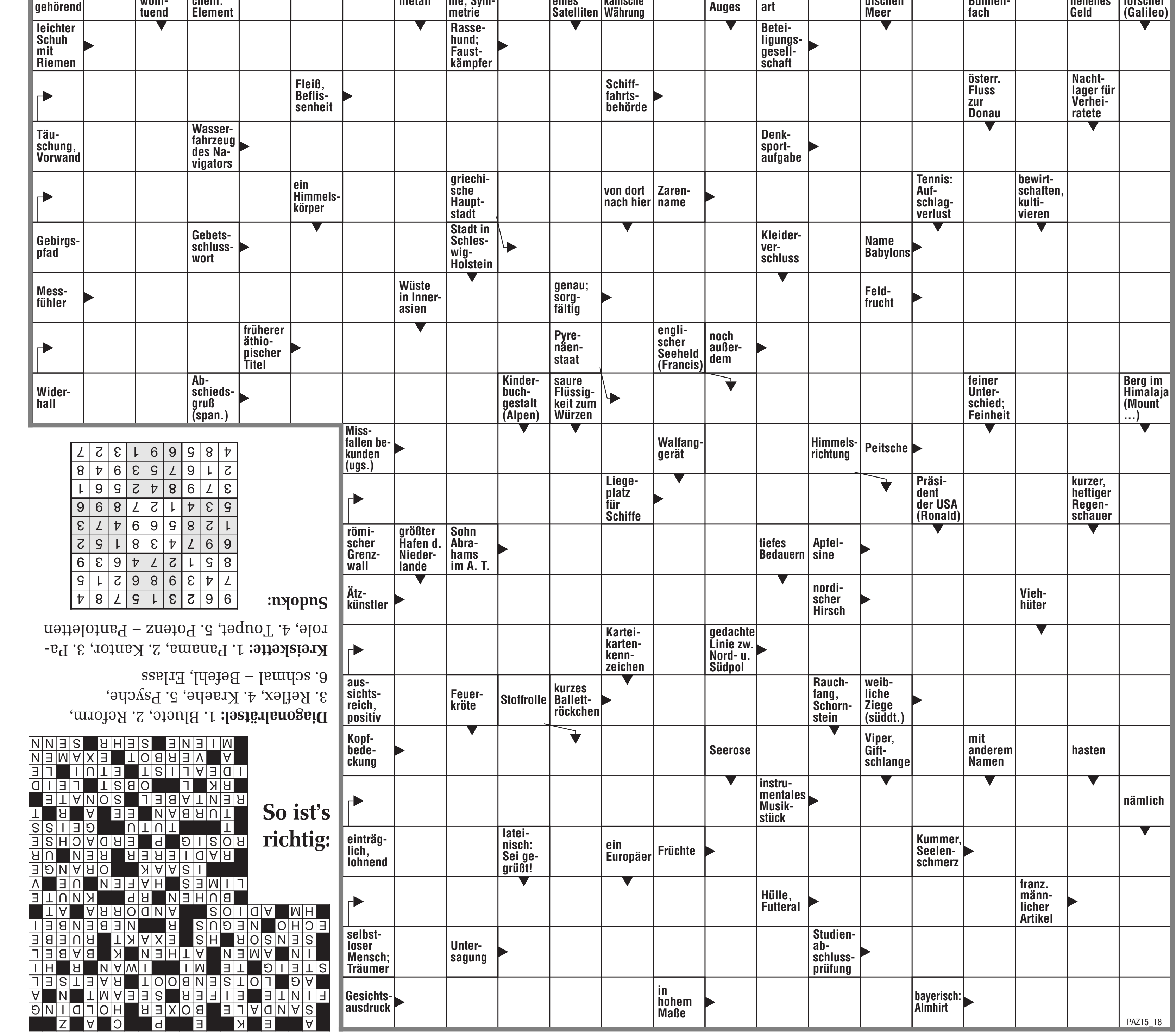
Von Darmstadt geht es über die BAB 5/7 nach Kassel und Braunschweig, über die BAB 2 nach Magdeburg und Berlin und zu den vereinbarten Zustiegsmöglichkeiten an den Autobahn-Raststätten. Weiter führt die Reise nach Posen, Königsberg und Insterburg. (Übernachtungen: Posen 1 x, Königsberg 3 x, Insterburg, 6 x, Posen 1 x).

Die Unterbringung unterwegs und am Zielort erfolgt in guten bis sehr guten Hotels im Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC. Für die Busreise steht ein komfortabler Fernreisebus mit gastronomischer Betreuung zur Verfügung. Auf der Reise sind interessante Ausflüge unter anderem nach Palmnicken, Rauschen und auf den russischen Teil der Kurischen Nehrung, sowie nach Gumbinnen, Rominter Heide und Trakehnen vorgesehen. Diese Kosten sind im Reisepreis enthalten. Programmänderungen, die sich aufgrund der jeweiligen Situation vor Ort ergeben können, sind nicht auszuschließen.

Der Reisepreis ist gestaffelt und richtet sich nach der Anzahl der Teilnehmer. Der Grundpreis beträgt 1151 Euro bei 25 bis 29 Reiseteilnehmern (ohne Visa-Kosten, Gebühren und so weiter). Die Mindestteilnehmerzahl liegt bei 25 Personen. Reisepass und Visum sind erforderlich. Der Reisepass muss noch mindestens sechs Monate über das Reiseende hinaus gültig sein.

Wir weisen darauf hin, dass bei Reisen nach Russland eine Auslands-Reisekrankenversicherung, die Osteuropa einschließt, abgeschlossen werden muss. Die Visa-Beantragung erfolgt für alle durch den Reiseveranstalter. Bei ihm ist auch der Abschluss der vorgenannten Krankenversicherung möglich. Weitere Auskünfte und Informationen erhalten Sie bei der Heimatgruppe Darmstadt, Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Telefon (06033) 66228, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de oder bei Jürgen Pantel, Sudetenstraße 6, 63329 Egelsbach, Telefon (06103) 42744, Fax 486884.

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 20



Sudoku

		2	3		5	7		
	4						1	
8			2		4			9
6		7				1		2
			5		9			
5		4				8		6
3			8		2			1
	1						4	
		5	6		1	3		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

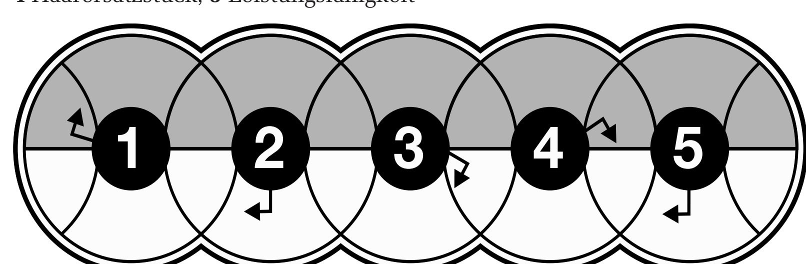
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Anweisungen.

1 Teil einer Pflanze
2 Neuordnung, Umgestaltung
3 Reizbewegung
4 Rabenvogel
5 Seele
6 von geringer Breite

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte leichte Sommerschuhe.

1 Staat in Mittelamerika, **2** Organist; Chorleiter, **3** Losung, Erkennungswort, **4** Haarersatzstück, **5** Leistungsfähigkeit



Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Zum Tode von Ulla Rutkowska

Diese Zeilen am Ende ihres Jahresberichts für ROSCH, dem deutschen Verein in Johannisburg [Pisz] in Ostpreußen, schrieb Ursula Rutkowska für den Johannisburger Heimatbrief 2014: „Jeder gab das Beste für unsere Leute und unsern Verein ROSCH."

Die Kreisgemeinschaft Johannisburg trauert um Ulla Rutkowska. Am 11. Juni 1941 in Isnothen, Kreis Johannisburg geboren, ging Ursula Rutkowska, geborene Walpuski, im Nachkriegspolen zur Schule: Isnothen, Ukta, Sensburg. Deutsch lernte sie im Umgang mit fünf Geschwistern in ihrer seit dem Krieg vaterlosen Familie. Sie blieb jedoch in der Heimat und teilte das schwere Schicksal mit ihren dort verbliebenen Landsleuten. Mit ihrem Ehemann Tadeusz Rutkowski wohnte sie ab 1961 -in Kullik, Pogobien und Johannisburg.

Am 29. November 1991 wurde sie ein Gründungsmitglied des Deutschen Freundeskreises ROSCH (DFK). Im Jahre 2004 übernahm sie die Kassengeschäfte, bis sie neben Dietmar Leymanczyk als Vorsitzendem zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde (6. Oktober 2007). Durch den Rücktritt der Hauptbegründerin und langjährigen 1. Vorsitzenden, Mira Kreska, sahen sich die Vorstandsmitglieder vor der Aufgabe, die dadurch entstandene Lücke auszufüllen.

Mit Umsicht, Engagement, Mut und Fleiß hat Ulla Rutkowska mitgeholfen, alle Erfordernisse zu überblicken und zu bearbeiten. Vor Ort war sie für Rat- und Hilfesuchende da, ob das „eigene Leute" aus der großen ROSCH-Familie waren oder Heimatbesucher. die um Auskünfte nachfragten. Wege und Verhandlungen mit Ämtern waren wahrzunehmen. die kulturellen Aufgaben wie Grab- und Gedenksteinpflege zu tätigen, die internen Ausflüge, Feste und Feiern zu planen und durchzuführen. Dazu kam die Teilnahme an Veranstaltungen des Vereins Deutscher Minderheit in Allenstein, bei der Kreisgemeinschaft Johannisburg in Dortmund oder in deren Patenstadt Schleswig.

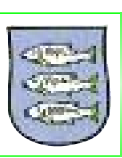
Ein Umbruch war der Umzug des Vereinsbüros in die ulica Dworcowa in Johannisburg. Als große Hilfe stellte sich die Amtsübernahme in der evangelischen Gemeinde durch Pfarrer Marcin Pysz heraus, mit dem der Deutsche Verein ROSCH seitdem sehr vertrauensvoll zusammenarbeitet. So wurden zum Beispiel die ehemals durchgeführten Andachten zum Totensonntag in der Kapelle des früheren Stadtfriedhofs, der jetzt Friedenspark heißt, wieder aufgenommen oder die Einbindung der Gemeindemitglieder in die einzige evangelische Kirche im Kreis in Weißuhnen intensiviert.

Neben der Entgegennahme und Verteilung von Sachspenden an Bedürftige war sie stets eine Hilfe beim Auszahlen des Betreuungsgeldes durch die Abordnung der Kreisgemeinschaft Johannisburg. Am Herzen lagen ihr auch die Fortführung der Chronik von ROSCH und die Darstellung des Deutschen Vereins in ihren Jahresberichten für den Johannisburger Heimatbrief.

Ihr Wirken wurde in der Verleihung der silbernen Ehrenspange mit Urkunde der Kreisgemeinschaft Johannisburg während der Feierstunde beim Hauptkreistreffen in Dortmund aus der Hand des Kreisvertreters Dr. Manfred Solenski am 2. September 2013 gewürdigt.

Ihr herzliches,, gastfreundliches Wesen und ihr mutiges, tapferes Verhalten, gepaart mit großer Heimat- und Herkunftsverbundenheit, Zuversichtlichkeit und Gottvertrauen. werden wir nicht vergessen. Unser Mitgefühl gilt ihrer Familie.





LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Dank der Stadtpräsidentin

Neumünster, die Patenstadt der Kreisgemeinschaft Lötzen, hat eine neue Stadtpräsidentin: Anna-Katharina Schättiger (CDU). Sie ist das dritte weibliche Stadtoberhaupt in der Nachkriegsgeschichte der Stadt. Die vorzeitige Neuwahl war notwendig geworden durch den plötzlichen Tod des Stadtpräsidenten Friedrich-Wilhelm Strohdiek Mitte Februar.

Auf die Glückwünsche zur Wahl, die sie schriftlich vom Kreisvertreter Dieter Eichler erhielt, reagierte sie prompt mit einem Dankesschreiben. Darin heißt es: „Ich wünsche mir eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen und das Quäntchen Glück, das ich für die Wahrnehmung meiner neuen Aufgabe brauche." – Anna-Katharina Schättiger stellte einen Besuch im Lötzener Heimatmuseum und Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch in Aussicht.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. .

Ortstreffen

5./7. Mai, Bad Pyrmont: Ortstreffen Morgengrund, Mostolten, Siegersfeld, Stettenbach.

ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, Fax (02552) 996905, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Telefon (0209) 357931, Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Treffen der Amtsbezirke

9. Mai, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Groß Albrechtsort und Groß Dankheim.

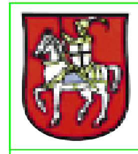
9. Mai, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Großheidenau und Kannwiesen.

9. Mai, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Kobulten und Steinhöhe.

9. Mai, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Malschöwen, Mensguth und Rummau.

Kirchspieltreffen Willenberg

9. Mai, Herne: Kirchspieltreffen Willenberg.



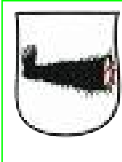
OSTERODE

Kreisvertreter: Prof. Dr. Edgar Steiner, Friedrich-Hegel-Straße 18, 15230 Frankfurt (Oder), Tel. (0335) 539096, E-Mail: Prof.steiner@arcor.de. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

Dorf- und Regionaltreffen

9. Mai, Dierhagen: Dorftreffen Baarwiese, Altfinken, Hirschberg und Thomareinen.

17. Mai, Hamm-Westtünnen: Regionaltreffen.

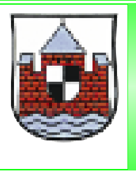


SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Wasserung des Stinthengstes

9. Mai, Remscheid: 54. traditionelle Stinthengstwasserung am Stadtparkteich beim Schützenplatz, Hindenburgstraße 133. Beginn: 15 Uhr.



TILSIT–STADT

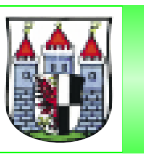
Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

SRT-Schultreffen

Die Schulgemeinschaft Realgymnasium/Oberschule für Jungen zu Tilsit trifft sich vom 16. bis 19. Mai in Potsdam im Altstadthotel, Dortusstraße 9–10, Telefon (0331) 284990 Fax: (0331) 28499-30 E-Mail Altstadthotel@tnp-online.de. Das Treffen beginnt am Samstag, 16. Mai, um 15.30 Uhr mit der gemeinsamen Kaffeetafel. Für die nächsten Tage sind Dampferausflug, Busrundfahrt und Besichtigung des Neuen Palais Sanssouci vorgesehen. Abreisetag ist Dienstag, 19. Mai. Auf Wiedersehen in Potsdam!

Tilsit zwischen Lenin und Luise

Die Broschüre „Tilsit zwischen Lenin und Luise" hat eine große Nachfrage ausgelöst. Sie gibt Aufschluss über den Weg, den die Stadt am Memelstrom seit dem Zusammenbruch des Sowjetreichs bis in die Gegenwart genommen hat. In einer Rückschau erfährt der Leser interessante Begebenheiten aus mehr als zwei Jahrzehnten, die symptomatisch sind für die russische Aufbruchstimmung, für die Öffnung gen Europa und für die Bemühungen, an das preußische Erbe anzuknüpfen. Die Broschüre hat 74 Seiten und 31 Fotos. Es sind noch Restexemplare vorhanden, die gegen Einsendung einer Spende erhältlich sind. Anforderungen sind an die Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09111 Chemnitz, zu richten.



TREUBURG

Kreisvertreterin: Ingrid Meyer-Huwe, Heinrich-Heine-Straße 51, 30173 Hannover, Telefon/Fax (0511) 884928, Geschäftsführerin: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984 (Fax: 3970), iklink@gmx.de. www.treuburg.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Schwentainen trifft sich

17. bis 22. Mai, Fintel (Nähe Lüneburg): Treffen Schwentainen im Resort-Hotel Eurostrand, Bruchweg 11. Weitere Informationen: Hannelore Kedzierski, Telefon (0371) 855079 oder Fritz Pulla, Telefon (0451) 59621, E-Mail: Fritz.Pulla@web.de.

Abschiedskonzert

Hamburg – Sonntag, 3. Mai, 10 Uhr, St. Gabriel Kirche, Hartzlohplatz 17: Nach 65-jährigem Bestehen gibt der „Ostpreußenchor Hamburg" im Rahmen eines Gottesdienstes sein Abschiedskonzert. Der Eintritt ist frei. Die Kirche kann mit den HVV-Bussen bis zur Haltestelle Hartzloh erreicht werden. Von dort sind es etwa fünf Minuten Gehweg. Weitere Informationen bei Ilse Schmidt, Telefon (040) 2543935.

Kuren wie zu Kaisers Zeiten

Lieb und teuer – Baden-Badens Nobelherbergen haben eine bewegte Geschichte hinter sich und erzählen viele Geschichten

Was schon Zar Alexander II. und Kaiser Wilhelm I., US-Präsident Obama und Bundeskanzlerin Merkel recht war, ist nicht billig: die Nobelherbergen Baden-Badens. Jede hat einen besonderen Charakter und viele haben eine glanzvolle Geschichte. Das lässt sich bei einem Bummel durch die Kur- und Glücksspielstadt der kurzen Wege erleben.

Gleich neben dem Festspielhaus liegt das Badhotel Badischer Hof. Das 1950 erweiterte Haus geht auf den Stuttgarter Verleger Johann Friedrich Cotta zurück, der 1807 das ehemalige Kapuzinerkloster durch den badischen Hofarchitekten Weinbrenner zum ersten Luxushotel Europas umund ausbauen ließ. Sein Herzstück ist das für festliche Empfänge genutzte Vestibül, das mit seinem über drei Stockwerke aufsteigenden dorischen Säulen einen überwältigenden Eindruck macht. Wichtig für ein Kurhotel erster Klasse: In vielen Zimmern fließt heißes Thermalwasser in die Badewanne. Es hat bei Rheumaleiden, Herz- und Kreislaufbeschwerden, Stoffwechselstörungen und Atemwegserkrankungen eine heilende Wirkung.

Das zweite Nobelhotel mit Thermalwasseranschluss liegt auf der anderen Straßenseite am Fuße des Anstiegs zur Altstadt. Das Bad Hotel zum Hirsch hat eine bis ins 17. Jahrhundert zurückreichende Tradition und nimmt daher für sich in Anspruch, Baden-Badens älteste noch existierende Herberge zu sein. Mitte des 18. Jahrhunderts stieg der „Hirsch" zu einer der besten Adressen der Stadt auf. Dort stiegen Napoleon, der italienische Teufelsgeiger Paganini und der französische Romancier Honoré de Balzac ab. Die Zimmer des vor sechs Jahren renovierten und restaurierten Traditionshotels sind mit antiken Möbeln ausgestattet. Dabei wurde mit einer weltweiten Hotelsitte gebrochen: In keinem der Gästezimmer hängt ein Bild an der Wand.

Einnehmend klein, aber fein ist das in einem blauen und einem gelben Häuschen auf dem Altstadthügel beheimatete Historische Hotel und Restaurant Rathausglöckel. Das verwinkelte Anwesen befindet sich auf dem ältesten Siedlungsgrund der Stadt. Die Säulen und eine Wand des Weinkellers gehen auf die alten Römer zurück. Von der Dachterrasse hat man einen malerischen Blick auf den historischen Stadtkern und die Alte Stiftskirche. Nicht weit entfernt vom Rathausglöckel liegt das Friedrichsbad, über das der amerikanische Schriftsteller Mark Twain schwärmte: Es „ist ein sehr großes und schönes Gebäude, und in ihm kann man jedes Bad nehmen, das jemals erfunden wurde."

Der zweite Badetempel Baden-Badens ist nach einem der frühesten Kurgäste der Stadt benannt: dem römischen Kaiser Caracalla. Die Caracallathermen wurden in den 1980er Jahren auf dem Grund der antiken römischen Badeanlage errichtet. Auf dem historischen Areal befindet sich ebenso die jüngste Luxusherberge der Stadt. Das seit fünf Jahren bestehende Suitenhotel Aqua Aurelia – „Suitenhotel" soll den besonderen Komfort der Räumlichkeiten betonen – beherbergte im Jahr 2009 zum Natogipfel Delegationen der Mitgliedstaaten. Das Hotel wirkt ausnehmend frisch und hell.

In denkmalgeschützten Gebäuden residieren das Hotel Belle Epoque und das Hotel am Sophienpark. Beide bestechen durch einen schönen Hotelgarten. Architektonischer Höhepunkt des Hotels am Sophienpark ist das von einer Jugendstil-Glaskuppel überwölbte historische Treppenhaus, dessen Geländer mit gusseisernen Blüten und Ranken geschmückt ist. Die besondere Note des mit historischen Möbeln und Kunstwerken ausgestatteten „Belle Epoque" besteht darin, dass jedes Gästezimmer nach einem anderen Motto eingerichtet ist, sei es Biedermeier, Jugendstil oder Art Deco.

An dem vom Flüsschen Oos und von der Lichtentaler Allee durchzogenen Kurpark bieten drei Hotelpaläste einen majestätischen Anblick. Das Versailles unter den Nobelherbergen ist Brenners Park-Hotel & Spa. Die hochherrschaftlich wirkende Behaglichkeit der Gesellschaftsräume wussten schon Frank Sinatra, Vicco von Bülow – besser bekannt als Loriot – und Politiker von Konrad Adenauer bis Barack Obama und Angela Merkel zu genießen.

Der US-Präsident und die deutsche Bundeskanzlerin haben auch im Atlantic Parkhotel ihre Spuren hinterlassen. In der Lobby stehen zwei Sessel, auf denen Obama und Merkel während des Natogipfels 2009 saßen, wie es ein Foto von damals dokumentiert.



Blick auf Baden-Baden: An Kurhotels der Extraklasse mangelt es hier freilich nicht — Bild: Thiede

Als das bestens ausgestattete Atlantic Parkhotel noch „Englischer Hof" hieß, beherbergte es so berühmte Persönlichkeiten wie den Klaviervirtuosen und Komponisten Franz Liszt und Monarchen wie Zar Alexander II., Kaiser Franz Joseph und Napoleon III. Regelmäßiger Gast war Otto von Bismarck. Vom „Englischen Hof" hatte er es nicht weit bis zu Wilhelm I., der mit seiner Gemahlin Augusta ab 1849 fast jedes Jahr im Maison Messmer „eincheckte".

Vom heutigen Atlantic Parkhotel wie vom Dorint Maison Messmer gelangt man mit wenigen Schritten zur Spielbank, zum Theater, der an der Lichtentaler Allee gelegenen Kunsthalle und dem daneben erbauten Museum Frieder Burda. Die Allee durch den Park war und ist der Laufsteg Baden-Badens.

Auch der preußische König und spätere deutsche Kaiser Wilhelm I. zeigte sich dort täglich. Als er am Morgen des 14. Juli 1861 gemeinsam mit dem preußischen Gesandten Graf Flemmig einen Spaziergang unternahm, wäre er fast einem Attentat zum Opfer gefallen. Der Student Oskar Becker gab zwei Pistolenschüsse auf den Kaiser ab. Einer ging daneben, ein anderer streifte ihn am Hals. Erste Hilfe erhielt der Kaiser im Hirtenhäuschen, das er 1859 an der Lichtentaler Allee als Ruhestätte bei Spaziergängen erworben hatte. Von dort kehrte er ins Maison Messmer zurück. Vom Balkon dankte Wilhelm I. abends den Baden-Badenern, die mit einem Fackelzug den glimpflichen Ausgang des Attentats feierten.

Vom alten Maison Messmer ist bis auf den glanzvoll ausgeschmückten Speisesaal, „Malersaal" genannt, nichts erhalten geblieben. Das Haupthaus wurde 1957 abgerissen. An seiner Stelle steht heute der in der Grundform am historischen Vorbild orientierte Neubau. Die Ausstattung des weitläufigen Bauwerks ist modern. Dessen luxuriöser Höhepunkt ist die 200 Quadratmeter große Kaiser-Suite, von der aus einem Baden-Baden zu Füßen liegt. *Veit-Mario Thiede*

Das ganze Dorf ist ein Hotel

Touristen als »Teilzeit-Einheimische« – Urlaub im hübschen »Kaff«

Es war purer Zufall, der Brigitte und Horst Oppenhäuser aus dem Bergischen Land im dünn besiedelten nordwestlichen Zipfel Brandenburgs heimisch werden ließ. Auf der Suche nach einem Schloss lasen sie 1996 von der Versteigerung einer Jugendstilvilla in Lenzen. Der Preis war günstig, die Renovierungskosten hoch. Das schreckte das Ehepaar jedoch nicht davon ab, sich schon ein Jahr später auch im acht Kilometer entfernten Breetz zu engagieren.

„Wir haben sofort eine besondere Energie gespürt, die von diesem Ort ausgeht", sagt Horst Oppenhäuser. Eine Straße, zwölf stattliche Fachwerkhäuser, alle rund 200 Jahre alt, und die Löcknitz, die sich als Grenzfluss zu Mecklenburg-Vorpommern hinter den Grundstücken entlangschlängelt, machen den Charme des Ortes aus. Vier Häuser waren noch bewohnt. Aus den anderen wuchsen die Kastanien gen Himmel. Die Oppenhäuser hatten eine Vision. Der Grafikdesigner und die Werbekauffrau beschlossen, dem Dorf durch Ferienwohnungen mit historischem Charme und künstlerischer Note neues Leben einzuhauchen. Mit Erfolg.

Ob mit Gemälden von Claude Monet oder Emil Nolde, ob mit Antiquitäten oder moderner Küchentechnik – in den so individuellen wie gemütlichen Ferienwohnungen muss man auf nichts verzichten. Dabei ging der Oppenhäusersche Ehrgeiz so weit, nach dem ersten Objekt, der Künstlerkate, das zweite, den Kulturhof, zum Fünf-Sterne-Objekt zu machen. Dafür erhielten sie kürzlich vom Land Brandenburg einen Tourismuspreis.

Die alte Schmiede, das dritte Haus, das die Oppenhäusers hier ihr Eigen nennen, bewohnen sie seit fünf Jahren selber und betreiben eine Galerie. Dazu bietet Horst Oppenhäuser Malkurse an. Denn in Breetz mitten im Unesco-Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe-Brandenburg liegen die Motive direkt vor der Haustür.



Buntes Breetz — Bild: Schnehagen

Nur ein Haus ist heute noch unbewohnt, nachdem Nummer elf gerade verkauft wurde. Dabei hat auch der Nachbar unter seinem Dach Ferienwohnungen eingerichtet, ein anderer betreibt in seinem Haus ein Café und eine Massage- und Wohlfühl-Praxis. Das Breetzer Schwimmbad ist die auch bei Anglern beliebte Löcknitz. Wer zum Einkaufen aufs Auto verzichten will, paddelt nach Lenzen.

Wer Dorfurlaub lieber im sonnigen Ausland machen möchte, sollte nach Italien fahren. Dort nutzt man schon lange Wohnhäuser für touristische Zwecke. Wie nach dem verheerenden Erdbeben von 1976 in Carnia, einer bergigen Gegend in der Region Friaul Julisch Venetien, als viele Bewohner auch in das wiederaufgebaute Dorf nicht zurückkehrten. Gäste sollen sich dabei als „Teilzeit-Einheimische" fühlen und ins Dorfleben eintauchen.

Eine Sonderform sind die „Alberghi Diffusi", die ein ganzes Dorf zum Hotel machen. Deren Zimmer werden zwar zentral verwaltet, liegen aber wie die Gemeinschaftsräume, Cafés, Restaurants und Bars über den ganzen Ort verstreut, jedoch immer in der Altstadt und nicht mehr als 300 Meter voneinander und von der Rezeption entfernt. Heute findet man italienweit mehr als 80 solcher dezentralisierten „Dorf-Hotels". *Helga Schnehagen*

Nostalgie-Ferien, Brigitte Oppenhäuser, Kastanienallee 13, 19309 Breetz, Telefon: (038792), www.nostalgie-ferien.de. Dorfurlaub in Italien: www.borghitalia.it

Wo wandern sie denn hin?

Der Natur ganz nah – Österreichs »Wanderdörfer« stellen sich vor

Keine Sorge, sie laufen nicht weg, sie heißen nur so: „Wanderdörfer". In Österreich haben sich unter dieser Bezeichnung einige Orte in 46 Ferienregionen zusammengeschlossen, um für Touristen ideale Ausgangspunkte für einen individuell gestalteten Wanderurlaub zu schaffen. Dieses Jahr präsentiert der Wanderdorf-Verein ein neues umfassendes Angebot an Wanderrouten unterschiedlicher Dauer und Schwierigkeitsgrade, die allesamt gut markiert sind und die den Wanderer entlang an naturbelassenen Wiesen, Almen, Wildbächen und Bergseen zu Aussichtspunkten, Hütten und Rastplätzen führen.

Der neue Wanderkatalog „Die Magie des Gehens" bietet einen Überblick über die schönsten Wanderregionen Österreichs und richtet sich an alle Wanderer und Naturfreunde. Er stellt sämtliche Mitgliedsregionen ausführlich vor und liefert Details über die Landschaften und Naturerlebnisse. Von den sanften Hängen der Saualpe in Mittelkärnten über die Steilwände der Teufelsgasse in St. Johann bis zum hochalpinen Lech-Zürs am Arlberg gibt es die unterschiedlichsten Angebote. Jede Region hat ihren individuellen Charakter, der sich im Landschaftsbild widerspiegelt und den Wanderfreund die „Magie des Gehens" erleben lässt.

Speziell an Ausdauer-Wanderer richtet sich der Katalog „Ausgezeichnete Weitwanderwege". Beim Weitwandern geht es um ein tagelanges, intensives Wandererlebnis, bei dem der Mensch seine individuellen Grenzen auszuloten vermag. Österreichs Wanderdörfer verfügen über 17 ausgewiesene Weitwanderwege, die insgesamt 32 bis 750 qualitätsgeprüfte Kilometer mit drei bis 43 Tagesetappen umfassen. Vom Millstätter See Höhensteig für Anfänger über den Kitzbühler Alpentrek „Katwalk" bis hin zum Ötztaltrek mit seinen hochalpinen Streckenabschnitten bieten die Weitwanderwege für jeden Geschmack und Schwierigkeitsgrad die passende Route an.



Wanderziel: Alm-Tafel am Granattor über dem Millstätter See — Bild: Fischer

Die Wandertrilogie wird in diesem Jahr durch den neuen Gastgeberkatalog „Magische Angebote" komplettiert. Die Palette reicht vom familiär-gemütlichen Bauernhof über urige Almhütten ohne Warmwasser und Strom, wo die Sennerin zur Brotzeit einlädt, bis hin zu komfortablen Wellness- und Luxushotels in den Tälern. Alle hier vorgestellten Betriebe sind geprüft und ausgezeichnet mit dem „Österreichischen Wandergütesiegel". Darüber hinaus enthält der Katalog Touren-Tipps und spezielle Wander-Angebote aus den verschiedenen Regionen.

Der Verein „Österreichs Wanderdörfer" wurde im Jahr 1991 unter dem Namen „Dorfurlaub in Österreich" gegründet mit dem Ziel, Individual-Tourismus auf dem Land mit ökologischem Anspruch zu unterstützen und zu fördern. Seit 2015 zählen 46 Regionen in sieben von neun Bundesländern zu Österreichs Wanderdörfern. Das Konzept des Vereins steht für maßgeschneiderte, ganzheitliche Wandererlebnisse fernab vom uniformen Massentourismus. *Angelika Fischer*

Internet: www.wanderdoerfer.at



Ranzige Walnüsse

Bio-Produkten nachgespürt

Wer hat sich angesichts der Flut preisgünstiger Bio-Produkte im Supermarkt noch nicht gefragt, ob diese Lebensmittel wirklich zu Recht das vermeintliche Gütesiegel tragen? Wer möchte nicht wissen, was sich hinter schwammigen Etikettierungen wie „Herkunft aus Nicht-EU-Ländern“ verbirgt? Ein Schelm, der systematische Täuschung dahinter vermutet – oder etwa doch nicht?

Ein amerikanischer Journalist aus Eugene in Oregon wollte es genau wissen, als er in einem Geschäft der US-amerikanischen Lebensmittel-Einzelhandelskette Trader Joe's eine Packung Bio-Walnüsse aus Kasachstan erwarb. Trader Joe's ist im Besitz von Aldi Nord. Auch in den hiesigen Filialen des Discounters sind Trader Joe's Produkte wie Walnüsse oder getrocknete Pflaumen zu finden.

Die erworbenen Walnüsse von Peter Laufer erwiesen sich allerdings als ranzig. Sie wurden ihm zwar umgehend umgetauscht, trotzdem war sein journalistischer Argwohn geweckt. Bei Laufer nicht ungewöhnlich: Er unterrichtet Journalismus an den Universitäten von Oregon und Wien. Seine investigativen Reportagen brachten ihm schon viele Preise ein. Für seine Artikel, Bücher und Dokumentarfilme ist er weltweit unterwegs. Um die Wahrheit über Biolebensmittel herauszufinden, bereiste er den halben Globus. In den USA, in Deutschland, Tunesien, Spanien, Kasachstan, Bolivien und anderen Ländern sprach er mit Händlern und Landwirten, mit Staatsbeamten, Bio-Pionieren und Qualitätsmanagern von Supermarktketten. Parallel dazu durchforstete er Stapel von wissenschaftlichen Studien.

Die Ergebnisse der Recherchen sind in seinem neuen Buch mit dem Titel „BIO. Die Wahrheit über unser Essen“ nachzulesen. Laufer erzählt ungemein anregend und informativ, was er bei seinen Nachforschungen erlebt hat. Seine Ergebnisse sind größtenteils beunruhigend und bestätigen einige schlimme Vermutungen. Demnach zählen die Beimischung von Standardprodukten zu Bio-Erzeugnissen und die falsche Zertifizierungen zu den häufigsten Betrugsarten in diesem Geschäftszweig. Dazu passt die konsequente Geheimhaltungspolitik von Discountern wie Aldi.

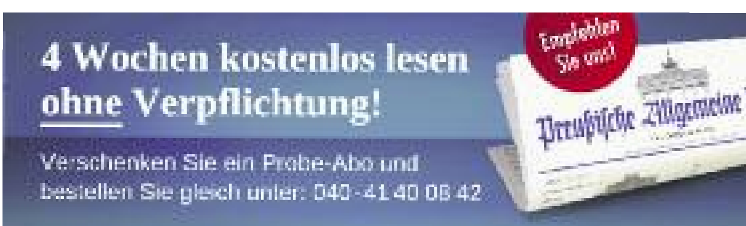
Vor allem der Kosten- und Wettbewerbsdruck liegt wie ein dunkler Schatten über dem globalisierten Lebensmittelhandel. Profitgierige Händler der Ersten Welt suchen nach immer billigeren Importen. Daraus resultiere ein Großteil der Missstände. Ein weiteres Problem, erklärt uns Laufer, stellen die Bio-Zertifizierungsstellen dar. In den USA würden sie sogar von denen bezahlt, die sie beauftragen, was den Missbrauch nur zu leicht mache. Aber auch in Deutschland und Österreich beispielsweise drohen Interessenkonflikte. Zumal die Vorschriften bezüglich der Bioqualität fast überall nur mangelhaft vom Staat kontrolliert würden. Betrug in großem Stil würde zwar hart bestraft, dafür aber sind die Gesetze weitmaschig und die Kontrollen lax. Kaum glaublich: In den USA, wo Bio-Produkte einen Jahresumsatz von 27 Milliarden Dollar erwirtschaften, sind nur 27 Mitarbeiter für deren Kontrolle zuständig.

Nur 27 Beamte kontrollieren die USA

Nur eines von vielen Schlaglichtern, die seine brillante Reportage auf das Geschäft mit Biolebensmitteln wirft. Aber der Autor erlebt auch positive Überraschungen. In Bolivien traf er tatsächlich den freundlichen, fachkundigen Bio-Bauern Pedro, der die schwarzen Bohnen anbaut, die Laufers Frau Sheila in den USA einkauft.

D. Jestrzemski

***Peter Laufer: „BIO. Die Wahrheit über unser Essen“**, Residenz Verlag, St. Pölten – Salzburg – Wien 2014, gebunden, 286 Seiten, 19,90 Euro*







Historisches Geschenk

Wie ein Kohl-Intimus die Wiedervereinigung erlebte

Ein Bonner Ministerialbürokrat, der denken, dokumentieren und darstellen kann, so einen findet man nicht alle Tage! Genau das macht „Unternehmen Wiedervereinigung – von Planern, Machern. Visionären“ zu einem Ausnahmebuch.

Der Autor Johannes Ludewig, geboren 1945, studierte Betriebswirtschaft und Politische Wissenschaften in seiner Heimatstadt Hamburg, in Stanford und Paris. Nach ersten Berufsjahren im Bundeswirtschaftsministerium wechselte er 1983 ins Bundeskanzleramt. Dort war er für wirtschaftspolitische Fragen verantwortlich und ab 1990 für die Währungs- und Wirtschaftsunion und die Gesamtorganisation des Aufbaus Ost. „Sieben Jahre lang haben Wiedervereinigung und Aufbau Ost im Mittelpunkt meines Lebens gestanden“, schreibt er.

Ludewig gehörte als Spitzenbeamter im Kanzleramt zum engsten Kreis um Helmut Kohl. Er saß am Tisch mit Männern wie Günther Krause, Horst Teltschik, Horst Köhler, Wolfgang Schäuble und anderen, die das Konzept für den Umbau der Ex-DDR in reale Politik umsetzten. Er schreibt: „Diese Zeit war für mich aufregender, spannender, motivierender und fordernder als jede andere meines Lebens, weil wir über Nacht vor einer noch nie dagewesenen Herausforderung standen, deren Bewältigung ebenfalls noch nie dagewesene Arbeitsweisen und Arbeitszeiten verlangte.“

Etwa während der dramatischen Monate zu Beginn des Jahres 1990, als immer mehr DDR-Bürger herüber wechselten. Ihr Motto damals: „Kommt die D-Mark nicht zu uns, kommen wir zu ihr.“ Die deutsche Politik geriet unter ungeheuren Druck. „Heftig wurden die unterschiedlichen Entwürfe einer möglichen Währungsunion diskutiert, einer Vereinigung zweier vollkommen unterschiedlicher Volkswirtschaften, für die es bisher keine Blaupause gab.“

Nach 25 Jahren Mauerfall ist sein Buch das spannende Protokoll eines Insiders. Ludewigs Hintergrundwissen rückt daher auch manches gerade, zum Beispiel die Behauptung anderer Autoren, dass England und Frankreich rüde Gegner der Wiedervereinigung waren. Geschichtszeuge Ludewig lässt erkennen, wie es wirklich war: „Maggie“ Thatcher hat Kohl schon im Mai 1990 zugeredet, bei der Wiedervereinigung „schnell zu machen“. In London, Paris und anderen Machtzentralen erkannte man, dass „Wiedervereinigung“ ein anderes Wort für Schadenbeseitigung war, da die Westdeutschen „1000 Milliarden D-Mark für die Beseitigung der jahrzehntelangen SED-Misswirtschaft ausgeben konnten“.

Schadenbeseitigung mit 1000 Milliarden

Ludewig betont immer wieder, sogar in Übereinstimmung zu SED-internen Analysen, wie pleite die DDR war, wie nahe sie dem „drohenden Staatsbankrott“ stand. 12 000 nicht konkurrenzfähige Industriebetriebe, Zerfall allerorten. Aus seiner Mitwirkung kennt Ludewig den „Dreiklang aus Sanierung, Privatisierung und Stilllegung“. Auch dessen begrenzte Effekte bezeugt er: Sanierung verbot sich als zumeist hoffnungslos. Privatisierung, über die „Treuhand“ abgewickelt, brachte bis Ende 1991 rund 5000 Betriebe an neue Investoren und sicherte Millionen Arbeitsplätze. Gleichzeitig kostete sie aber auch Milliardenzuschüsse, die oft bei „Amateurinvestoren“ mit Fehlschlägen endeten. Blieb also Stilllegung, ökonomisch unumgänglich, sozial brutal: Ein Verlust von mehr als 50 Prozent der Arbeitsplätze in manche Regionen sei nicht die Ausnahme, sondern die Regel, so Ludewig.

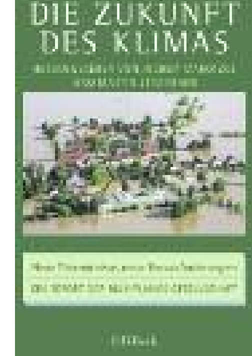
„Seit 1991 haben Unternehmen, Kommunen und private Bauherren rund 1600 Milliarden Euro in Ostdeutschland investiert“, rechnet er vor. Darunter auch Milliardentransaktionen wie 16 Milliarden D-Mark für den Abzug von 370 000 sowjetischen Besatzern.

Ärgerlich wird er, wenn mancher es an nötigem „Patriotismus“ fehlen lässt: Gewerkschaftsbosse wie Franz Steinkühler von der IG Metall entpuppen sich als feige Opportunisten, die nur auf den eigenen Vorteil achten. Bundesländer starten „Erpressungsmanöver“, um nicht die Wiedervereinigung mitfinanzieren zu müssen. „Tätige Freude über ein unerwartetes historisches Geschenk sieht anders aus.“. Das ist alte schlechte Sitte, wie Ludewig von Ex-Superminister Karl Schiller erfährt, der die „Kombination von Unverschämtheit und Egoismus“ von früher kennt.

Langweilig ist der Ökonom Ludewig nie, manchmal von boshafter Brillanz. Da registriert er im Wahlkampf 1994, dass Bundesminister den Osten meiden und verpetzt sie beim Kanzler. Der verdonnert sein Kabinett zu ostdeutschen Sondereinsätzen, Vollzugsmeldung an Herrn Ludewig. Die Minister sind verärgert, was Ludewig erheitert. Ironisch schreibt er: „Irgendwie habe ich das Gefühl, dass mein Beliebtheitsgrad ... nicht gerade zugenommen hat.“

Wolf Oschlies

***Johannes Ludewig: „Unternehmen Wiedervereinigung – von Planern, Machern. Visionären“**, Ostberg Verlag, Hamburg 2015, gebunden, 288 Seiten, 22 Euro*



Gebetbuch für Gläubige

Neue Erkenntnisse zum Klimawandel? Jedenfalls nicht in diesem Buch

Seit Jahrzehnten wird uns mit der Klimakatastrophe gedroht. Ebensolange werden wir als Klimasünder beschimpft. Alle politischen Bemühungen hätten versagt. Das Wetter macht weiter, was es will. Da erregt ein Buch über „Die Zukunft des Klimas“ natürlich Aufmerksamkeit, zumal es im Untertitel „Neue Erkenntnisse, neue Herausforderungen“ ankündigt.

Als Herausgeber fungieren Jochen Marotzke, Chef des Max-Planck-Institutes für Meteorologie in Hamburg, und Martin Stratmann, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft. Ihr gemeinsam verfasstes Vorwort beginnt mit der Feststellung: „Der menschengemachte Klimawandel findet statt, und er berührt alle Facetten des Lebens.“ Genau hier liegt die größte Schwäche des Buches. Es ist dogmatisch und eigentlich nur an Leser gerichtet, die ehrfürchtig alles glauben, was ohne jeden Beweis als Wissen präsentiert wird. Tatsächlich wird nichts über die „Zukunft des Klimas“ gesagt. Es bleibt bei den üblichen Konjunktiv-Spekulationen: Es könnte heißer, kälter, trockener, nasser werden. Überhaupt, das Wetter werde immer extremer.

Schlimmer noch: Auf 230 Seiten wird mit keinem Wort erklärt, was Klima eigentlich bedeutet. Die Experten arbeiten mit abstrakten Werkzeugen an einem abstrakten Objekt mit abstrakten Modellen. Sie können nur mit Szenarien spielen, aber keine Prognosen machen. Es wird verschwiegen, dass Klima nur anhand von vergangenen Wetterdaten beschrieben werden kann. Die Kenntnis des Klimas setzt folglich die Kenntnis des Wetters voraus. An der maximalen Reichweite der Wetterprognosen endet das Wissen um die „Zukunft des Klimas“. Der Rest ist Spekulation!

Angesichts dieser Tatsachen ist die Fantasie der Experten schon frappierend. Da werden die „Zugvögel zu Verkündern des Klimawandels“ und ebenso die Pflanzen. Dabei orientieren sich die Vögel an den Lichtverhältnissen, und die Pflanzen sind nicht vom Klima, sondern allein vom Wetter abhängig. So ist das Buch ist ein „Gebetbuch“ für Klimagläubige und nicht empfehlenswert. Die Max-Planck-Gesellschaft hat sich einen Bärendienst erweisen. Hätte sie doch geschwiegen!

Wolfgang Thüne

***Jochen Marotzke und Martin Stratmann (Herausgeber): „Die Zukunft des Klimas. Neue Erkenntnisse, neue Herausforderungen – Ein Report der Max-Planck-Gesellschaft“**, Beck-Verlag, München 2015, broschiert, 230 Seiten, 16,95 Euro*

»Mein Ottochen, mein ein und alles«

Empfehlenswert in der Flut der Bismarckbücher: Waltraut Engelberts Blick auf das Privatleben des großen Kanzlers

Bismarck lässt ganz offensichtlich nicht los. Kürzlich sind zu seinem 200. Geburtstag gleich zwei neue Biografien erschienen, und mehrere ältere wurden aktualisiert. Fast alle befassen sich hauptsächlich mit dem „eisernen Kanzler“ und seiner Politik. So begrüßt man, dass die Berliner Germanistin und Historikerin Waltraut Engelberg das private Leben der Bismarcks unter die Lupe genommen hat.

Bismarck ist gleichsam ein vielgesehener Hausgast in ihrer Familie. Waltraut Engelbergs Ehemann, der 2010 verstorbene Historiker Ernst Engelberg, hatte schon in der DDR eine gleichermaßen in Ost und in West beachtete Bismarck-Biografie herausgebracht. Zusammen mit seinem Sohn Achim hat er die Geschichte der Familie bis zu ihren Ursprüngen zurückverfolgt. Waltraut Engelberg konnte sich bei ihrer Darstellung auf viele Quellen stützen, die die Familie gemeinsam zum Thema Bismarck gesammelt hat.

Der „politische“ Bismarck aber tritt hier ganz hinter den Privatmann zurück. Er ist der liebevolle Ehemann und Familienvater, der natur- und tierliebende Landjunker und der geistvoll parlierende und schreibende Stilist. Wir erfahren, dass seine Frau Johanna keineswegs von Anfang an Bismarcks große Liebe war. Stattdessen interessierte er sich für deren enge Freundin Marie von Thadden, die aber anderweitig heiratete und Bismarck zu Johanna geradezu überredete.

Wiederholt wurde an ihr gerügt, sie habe ihrem Mann intellektuell nicht das Wasser reichen können. Dem steht entgegen, und Engelbergs Buch lässt dies glaubhaft erscheinen, dass Johanna ihn zeitlebens mit größter Liebe umsorgte und ihm die beruhigende häusliche Atmosphäre gab, die für ihn – neben der Erholung in der Natur oder auf der Jagd – geradezu überlebensnotwendig war. Ihr „Ottochen“ war ihr ein und alles; für ihn zehrte sie sich im wahrsten Sinne des Wortes auf. Und Bismarck hat es ihr auch gedankt. Seine Braut- und Ehebriefe gehören zum Schönsten, was die deutsche Briefliteratur hervorgebracht hat.

»Jeder Umzug ist ein halbes Sterben«

Der anstrengende Politikerberuf führte Bismarck mehrfach an den Rand des Zusammenbruchs. Lange Erholungspausen im pommerschen Varzim oder in Friedrichsruh waren nötig, um ihn wieder auf die Beine zu bringen. Aber nach 1890, nach der schmählichen Entlassung durch Wilhelm II. und der so erzwungenen Ruhe, kam er doch von der Politik nicht los, sondern verzehrte sich nach ihr. Nur mühsam balancierte sein fürsorglicher Arzt Dr. Ernst Schwenninger („mein schwarzer Tyrann“) diese Unruhe aus.

Der Leser begleitet die Bismarcks durch mehr als ein halbes Jahrhundert, über die enge Jugend, die maßlosen Studentenjahre, die glücklichen Jahre beim Bundesrat und in St. Petersburg bis hin zu den hektischen Jahrzehnten als Ministerpräsident und Reichskanzler in Berlin sowie den letzten Jahren in Friedrichsruh. Mitunter hätte man sich etwas mehr historische Reflexion über Bismarcks ambivalentes Naturell gewünscht.

Stattdessen belässt es die Autorin beim getreulichen Erzählen. Aber auch daran findet der Leser durchaus Gefallen, insbesondere, weil Waltraut Engelberg durch die gemeinsamen Studien mit Mann und Sohn über einen immensen Quellenschatz verfügt. Mit Vergnügen liest man die vielen geistreichen Zitate des Kanzlers: Mit Blick auf die häufigen Umzüge meint er, jeder Umzug „ist ein halbes Sterben“; beim unvermeidlichen Porträtsitzen etwa für Lenbach fühlt er sich „auf dem Altar des Vaterlandes geopfert“; und auf den Vorwurf des Kaisers, es sei unpatriotisch, französischen Champagner und nicht deutschen Schaumwein zu trinken, entgegnete er: „Bei mir, Majestät, macht der Patriotismus kurz vor dem Magen halt.“

Dirk Klose

***Waltraut Engelberg: „Das private Leben der Bismarcks“**, Pantheon Verlag, München 2014, broschiert, 240 Seiten, 14,99 Euro*



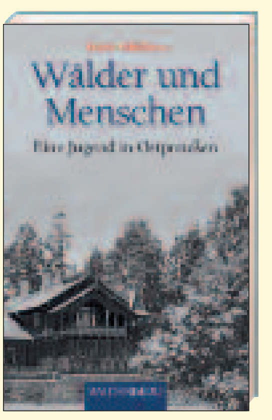
Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Roman einer Zeit
332 Seiten/Gebunden
Nr. P A0096 Geb. 17,90 €

Hermann Sudermann, der am 30. September 1857 in Matzicken bei Heydekrug in Ostpreußen geboren wurde, schildert in seinem farbenfrohen Erinnerungsbuch die glücklichen, aber entbehrungsreichen Jahre seiner Kindheit und Jugendzeit. 1922 erstmals erschienen, erzählt Sudermann, der um 1900 der meistgespielte Dramatiker Deutschlands war, von seinen frühen Jahren im ostpreußisch-litauischen Grenzgebiet. Der Leser gerät in den Bann der einzigartigen Erzählkunst Sudermanns, der Menschen und ihre Schicksale so lebendig beschreiben und den Zauber der Landschaft seiner memelländischen Heimat so eindrucksvoll wiedergeben konnte.



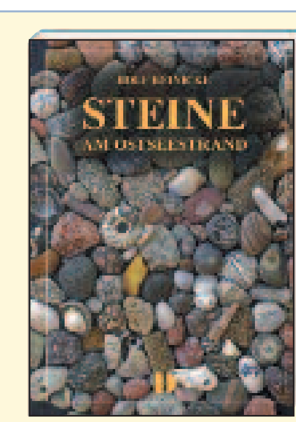
Hermann Sudermann
Die Reise nach Tilsit
und andere litauische Geschichten
292 Seiten/Gebunden
Nr. P 533154 14,95 €

Hermann Sudermann beschreibt in seinen vier „Litauischen Geschichten" das Leben einfacher Menschen in der Memelniederung an der deutsch-litauischen Grenze. Selbst aus dem Memelland stammend, schildert er die ostpreußischen Schicksale auf spannende und zugleich ergreifende Weise: In „Miks Bumbullis" das Schicksal eines Wilddiebes, der einen Förster erschossen hat, in „Die Magd" die Versuche einer Frau, einen Mann und ein wenig Glück zu finden, in „Jons und Erdme" den durch nichts zu brechenden Willen eines Ehepaars, sich im Moor eine Existenz aufzubauen. Die größte Berühmtheit erlangte die Erzählung „Die Reise nach Tilsit", die bereits zweimal verfilmt wurde.

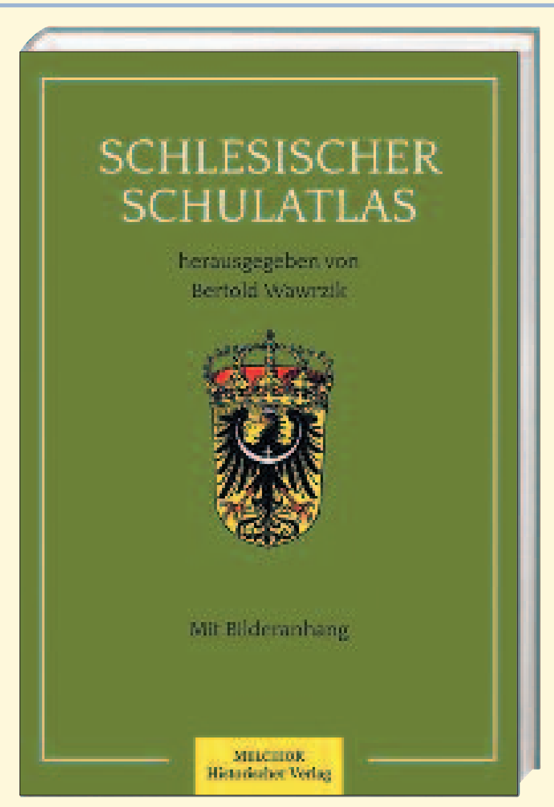


Ernst Wiechert
Wälder und Menchen
Eine Jugend in Ostpreußen
205 Seiten/Gebunden
Nr. P 533165 16,95 €

In eindringlicher und gleichzeitig zeitloser Weise beschreibt der Dichter seine glückliche Kindheit in einem einsam gelegenen Forsthaus mitten in den ausgedehnten Wäldern zwischen verschwiegenen Seen und geheimnisvollen Mooren seiner Heimat Ostpreußen. Erst im Schulalter lernt er die Geschäftigkeit der Stadt kennen. Dort beginnt sein neues Leben, geprägt vom menschlichen Miteinander und Gegeneinander welches er erst erlernen muss. Das alles wird überschattet von seiner Sehnsucht nach der Stille und der Majestät der Wälder seiner Heimat, die er mit ergreifenden Worten zu beschreiben versteht. Mit großer Liebe erzählt Ernst Wiechert und lässt uns an der Wanderung durch die Stätten und Jahre seiner Kindheit und Jugend teilnehmen.



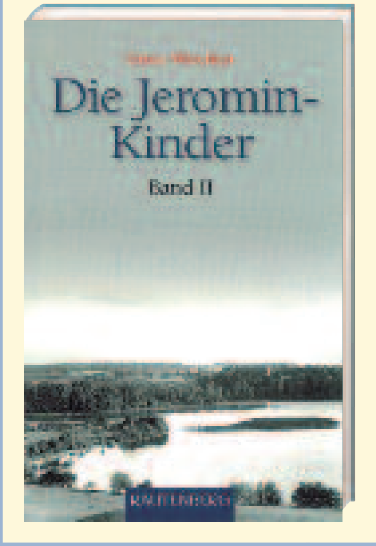
Rolf Reinicke
Steine am Ostseestrand (80 Seiten)
Der Autor, ein erfahrener Geologe, ist zu Hause an den Stränden der Deutschen Ostseeküste. Er hat zusammen mit seiner Frau alle Steine in diesem Besuch gesammelt, fotografiert und deren Herkunft bestimmt.
Nr. P A0875 Kartoniert 9,95 €



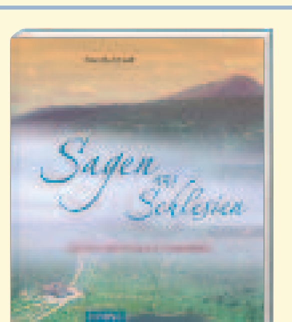
Bertold Wawrzik (Hrsg.)
Schlesischer Schulatlas
Reprint der Originalausgabe von 1912 – Mit Bilderanhang
Mit diesem Atlaswerk lernten die Kinder Schlesiens ihre Heimat und die Welt kennen. Nach Karten über die Heimatregion führten Karten des Deutschen Reiches zu den Nachbarstaaten und dann hinaus in die weite, weite Welt. Um den Kindern eine noch bessere Vorstellung von den Gebieten unserer Erde zu vermitteln, erhielt der Atlas einen umfangreichen Bildteil, der die Sehenswürdigkeiten und Menschen der Kontinente und Nationen vorstellte. Format: 30 x 21 cm, Hardcover mit farbigem Überzug. 72 Seiten
Nr. P A0725 Gebunden 19,95 €



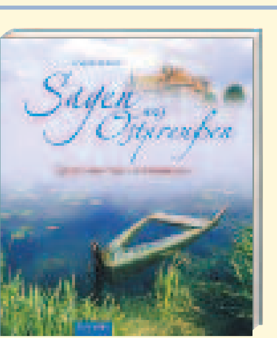
Ernst Wiechert
Die Jeromin-Kinder – Band 1
Mit dem zweibändigen ostpreußischen Familienroman „Die Jeromin-Kinder" (1945 und 1947 erschienen) verfasste Ernst Wiechert die eindrucksvolle Chronik einer bäuerlichen Familie in Masuren, der Heimat des Autors, zur Zeit der zwei Weltkriege. Erzählt wird die Geschichte der Familie Jeromin im Dorf Sowirog, vor allem das Schicksal von Jons Ehrenreich Jeromin, einem bescheidenen und tugendhaften Mann. Das Dorf, abgeschieden in der Tiefe der Wildnis gelegen, bildet den Mittelpunkt des Geschehens. Auch hier propagierte Wiechert ein sinnerfülltes ‚einfaches Leben' so der Titel seines Romans von 1939, im Einklang mit Gott und dem Rhythmus der Natur. Dieser erste Band behandelt Jons Kindheit und seine Schulzeit in der Stadt, die einen Gegenpol zu seinem Heimatdorf bildet. Nach dem Abitur wird Jons Soldat im Ersten Weltkrieg, bis er nach einer Verwundung ins Lazarett gebracht wird. Schließlich kehrt er für kurze Zeit ins Dorf zurück, mit dem festen Ziel, Landarzt zu werden. Das Buch endet mit Jons Auszug in die weite Welt, in der er seinen Traum verwirklichen will. 456 S.
Nr. P 533155 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



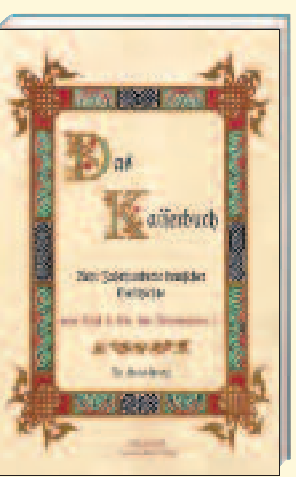
Ernst Wiechert
Die Jeromin-Kinder – Band 2
Dieser zweite Band der „Jeromin-Kinder" führt die Familienchronik der Jeromins und der zentralen Figur Jons Jeromin fort. Jons beginnt sein Medizinstudium, das er mit großem Ehrgeiz und Erfolg absolviert. Sein Heimatdorf immer im Sinn, weiß er, dass er sich nur dort als Arzt niederlassen will. Neben dem Studium arbeitet er in der kleinen Klinik des jüdischen Arztes Dr. Lawrenz, der auch arme Menschen behandelt und ihm viel an medizinischer, aber auch an Lebenserfahrung vermittelt. Mit 25 Jahren legt Jons das Examen ab und kehrt nach Sowirog zurück, wo er bald seine eigene Arztpraxis eröffnet.
Die „Jeromin-Kinder" gilt als der bedeutendste und kraftvollste Roman Ernst Wiecherts. Er ist erfüllt vom Wissen und Leiden der Menschen, denn das verlorene Dorf Sowirog steht symbolisch für das Schicksal der Menschen in Masuren und Ostpreußen. Wiecherts Gesamtwerk ist geprägt von diesem Verlust der Heimat, vom Erleben des Ersten Weltkriegs als Offizier und den Repressalien im NS-Regime, die er am eigenen Leib erfahren hat. 408 Seiten
Nr. P 533156 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



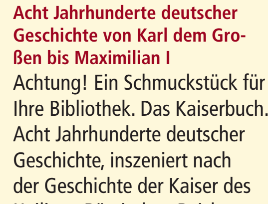
Ernst-Otto Luthardt
Sagen aus Schlesien
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren.
136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575624 7,95 €



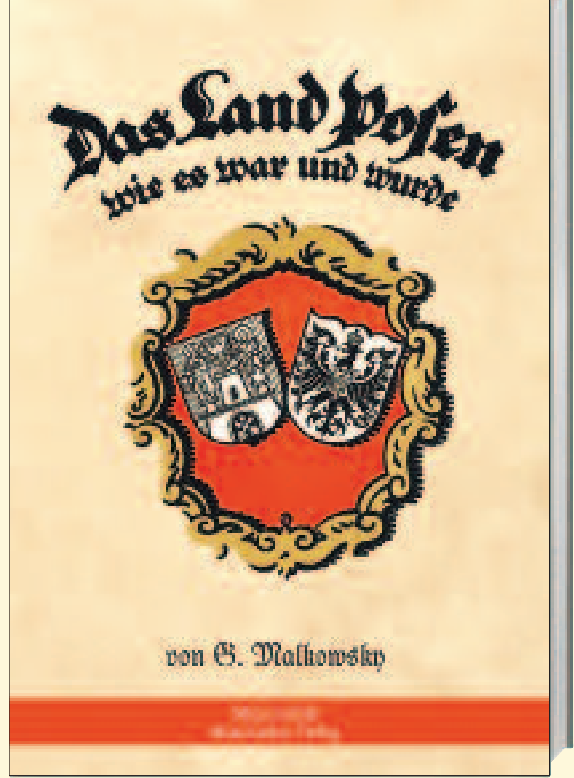
Ernst-Otto Luthardt
Sagen aus Ostpreußen
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren.
136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575584 7,95 €



Dr. Hans Herrig (520 Seiten)
Das Kaiserbuch
Nr. P A0834 Gebunden 49,80 €



Acht Jahrhunderte deutscher Geschichte von Karl dem Großen bis Maximilian I
Achtung! Ein Schmuckstück für Ihre Bibliothek. Das Kaiserbuch. Acht Jahrhunderte deutscher Geschichte, inszeniert nach der Geschichte der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, spiegeln sich in diesem aufs Prächtigste ausgestatteten Buch wieder. Kunstvolle farbige Initialen, kostbare Randleisten, prachtvolle Schmuckblätter versetzen den Leser in das prunkvolle Mittelalter. Entstanden ist eine wahre Kostbarkeit der Buchkunst und Buchmalerei. Es ist eine Freude, dieses grandiose Werk zur Hand zu nehmen.



Georg Malkowsky
Das Land Posen wie es war und wurde
Unvergessene Heimat: Das Land Posen – wie es war und wurde Eine faszinierende Rückschau auf ein Land, das in seiner Geschichte zwischen den Mächten hin- und hergerissen und ein Jahrhundert Heimat vieler Deutscher wurde. Wie in keiner preußischen Provinz haben sich hier die Kulturen vermischt und unauslöschliche Spuren hinterlassen. Deutscher Einfluss war allerorten zu spüren, ob im Handel, der Land- oder Städtekultur sowie in geistiger und kultureller Hinsicht.
264 Seiten
Nr. P A0833 Gebunden 19,95 €

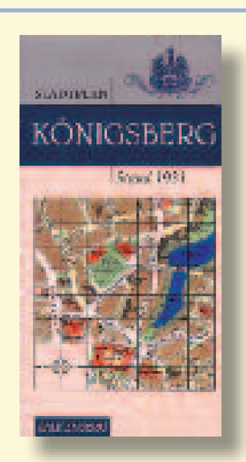
Alfred Lau
Plachandern und Quiddern auf Deiwel komm raus
Heitere Gedichte und Geschichten aus Ostpreußen. 221 Seiten
Nr. P 533077 Geb. 9,95 €

Prussia Gesellschaft/Hildegard und Dietmar Willoweit (120 Seiten)
Die Kurische Nehrung – Melancholie einer Landschaft
Nr. P A0870 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €

Als Landschaft hat die Kurische Nehrung jahrhundertelang zu Preußen gehört. Die ursprüngliche Welt mit Dünenlandschaften, Fischerfamilien, typischen Keitelkähnen und Holzhäusern lebt nicht nur in der Erinnerung, sondern lässt sich auch heute noch mit dem Auge der Künstlerin fotografisch einfangen. Dieser Band präsentiert eine Auswahl der ausdrucksstarken Fotos von Monika Schulz-Fieguth, die mit literarischen Texten verknüpft sind, deren Verfasser einen Bezug zu dieser besonderen Landschaft haben. Auch einige litauische Dichter sind diesem Kreis verbunden und bilden eine den Bildern zugehörige geistige Einheit. Bild und Text geraten dabei in ein Gespräch, erzählen von der Einsamkeit und Hinfälligkeit des menschlichen Daseins, von der Schwermut einer überwältigenden Landschaft und der Vergänglichkeit einer versunkenen Kultur.



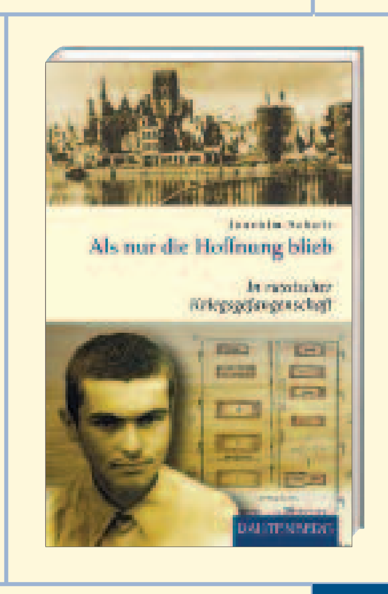
Stadtplan Breslau
Historischer Stadtplan von 1932
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5513 7,95 €



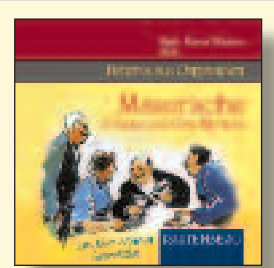
Stadtplan Königsberg
Historischer Stadtplan von 1931
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5508 7,95 €



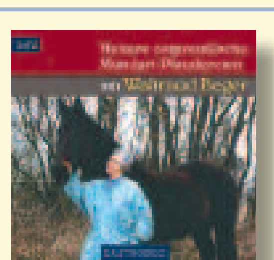
Joachim Scholz
Von Danzig nach Danzig ... ein weiter Weg 1933-1945
Schicksal einer Generation
War es wirklich so? Wie konnte es so weit kommen? Diese Fragen wurden Joachim Scholz nach entsprechenden Fernseh-, Radio- oder Zeitungsberichten von seinen Kindern immer wieder gestellt. Sein Bericht beginnt am 1. September 1939 in Danzig, als er vom Kanonendonner der Schiffsartillerie geweckt wird und endet am 9. Mai 1945, als er nach den schweren Abwehrkämpfen in Ostpreußen, die er als junger Leutnant erlebt, bei der Kapitulation in Sichtweite seiner Heimatstadt Danzig in russische Kriegsgefangenschaft gerät. Seine Erinnerungen führen aber auch zurück in die schicksalhaften Jahre 1933-1939, die er als Schüler und Angehöriger der Hitlerjugend erlebte und die das Lebensgefühl in dieser Zeit widerspiegeln. Es liegt ihm am Herzen, nachzuzeichnen, wie leicht Idealismus, gerade bei jungen Menschen, fehlgeleitet und von Meistern der Demagogie verwandt werden kann. 30 farbige Abbildungen. 256 Seiten
Nr. P 533142 Gebunden 14,95 €



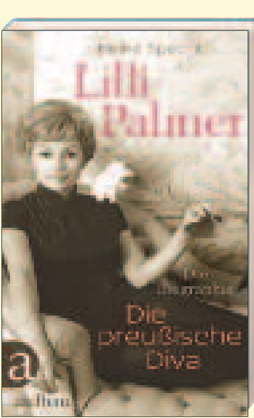
Joachim Scholz
Als nur die Hoffnung blieb
In russischer Kriegsgefangenschaft
Joachim Scholz, 1924 in Danzig geboren, hat in seinem Buch „Von Danzig nach Danzig ... ein weiter Weg" die Jahre von 1933 bis 1945 geschildert, die Zeit einer sorglosen Jugend im Freistaat Danzig bis zum 8. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation. Mit dem Morgen des 9. Mai 1945 beginnt nun dieses Buch und führt damit nahtlos weiter in die vier langen Jahre russischer Kriegsgefangenschaft. Dem Autor gelingt es auch hier, mit bewegenden Worten die Stimmung dieser Jahre einzufangen, die Ängste und Hoffnungen in dem immer aussichtsloser werdenden Kampf um das Überleben, bis schließlich der so lang ersehnte Schritt in die Freiheit erreicht wird. Aber Scholz will mehr als diese heute fast unvorstellbaren Erlebnisse festhalten: Er will zeigen, dass es sich immer lohnt, in schweren Zeiten durchzuhalten. So wird dieser fesselnde Zeitzeugenbericht ein Buch, das Mut macht. 66 Abbildungen. 256 Seiten
Nr. P 533151 Gebunden 14,95 €



Heiteres aus Ostpreußen
Masurische Schmunzelgeschichten
Ruth Maria Wagner liest: Onkelchens Brautschau, masurische Weihnachten ... mit Musikstücken zwischen den einzelnen Erzählungen.
(Laufzeit ca. 50 Minuten)
Nr. P 5880 CD 12,95 €

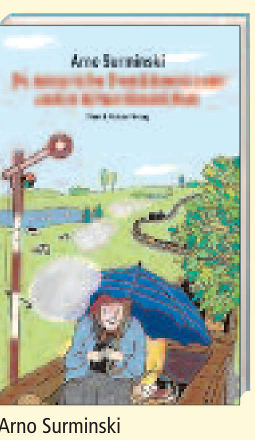


Waltraud Beger
Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien Teil 1
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreußischen Heimat in ostpreußischer Mundart.
(Laufzeit ca. 70 Minuten)
Nr. P 5767 CD 12,95 €



Heike Specht
Lilli Palmer
Die preußische Diva
352 Seiten/Gebunden
Nr. P A0753 22,99 €

Lilli Palmer war mehr als eine Schauspielerin. Ihr turbulentes Leben hätte für drei gereicht, ihre Talente ebenfalls: Als Schauspielerin, Malerin und Autorin machte die Tochter eines jüdischen Arztes zunächst im Exil, dann im Nachkriegsdeutschland Karriere. Heike Specht schildert das Leben einer außergewöhnlichen Frau, die zur Legende wurde. Ein Leben wie eine Achterbahnfahrt: Als Tochter eines jüdischen Arztes muss Lilli Palmer vor den Nazis fliehen, tingelt in Paris zunächst durch die Nachtclubs, bis sie, an der Seite ihres Ehemannes Rex Harrison, nach Hollywood geht. 1952 wagt sie, wovor viele ihrer jüdischen Leidensgenossen ein Leben lang zurückscheuten: Sie kehrt ins Land der Täter zurück und wird zum Star des deutschen Nachkriegsfilms.



Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten 248 Seiten/Geb.
Nr. P A0208 14,95 €

Am Lachen erkenne man den Narren, sagten die Alten. Aber Lachen ist auch Medizin und Balsam für die Seele. Da das Leben nicht immer nur heitere Momente bietet, helfen Bücher und Geschichten eine Welt zu erschaffen, in der wir unsere Sorgen hinter uns lassen und unbeschwert schmunzeln oder laut herauslachen können. Arno Surminski schildert voller Wärme und mit humorigem Unterton die Bewohner dieser Welt: Es sind Menschen wie du und ich, mit kleinen und größeren Marotten und doch so herrlich normal, dass wir sie gern begleiten möchten. Geschichten für den Alltag, für den Feierabend, für trübe Tage und Nächte und für sonnige – Geschichten für jede Zeit eben.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....

Straße/Nr. .... Telefon ....

PLZ/Ort ....

Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Kaum Einbrüche aufgeklärt

Hannover – Nicht einmal jeder 38. Wohnungseinbruch in Deutschland wird aufgeklärt (2,6 Prozent), so eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen – weit weniger als die offiziell angegebenen 16 Prozent. In der offiziellen Zahl werden auch Fälle als „aufgeklärt" geführt, bei denen nur ein Verdächtiger bekannt ist und das Verfahren eingestellt wurde. Etwa die Hälfte der Täter ist im Ausland geboren. *H.H.*

100 Euro fürs »Neger« sagen

Hamburg – Die 78-jährige Elke W. muss laut Beschluss des Amtsgerichts Hamburg-Barmbek 100 Euro Strafe zahlen, weil sie einen elfjährigen Schwarzen als „Neger" bezeichnet hat, so die „Hamburger Morgenpost". Nach Angaben der Frau hatte sie geklingelt, weil der Junge den Fahrradweg blokkierte. Darauf habe der gefragt: „Nutte, was willst du von mir?" Hiernach sei das Wort „Neger" gefallen. Der Elfjährige bestritt vor Gericht, die Frau als „Nutte" bezeichnet zu haben. *H.H.*

ZUR PERSON

Frischer Wind für die Berliner

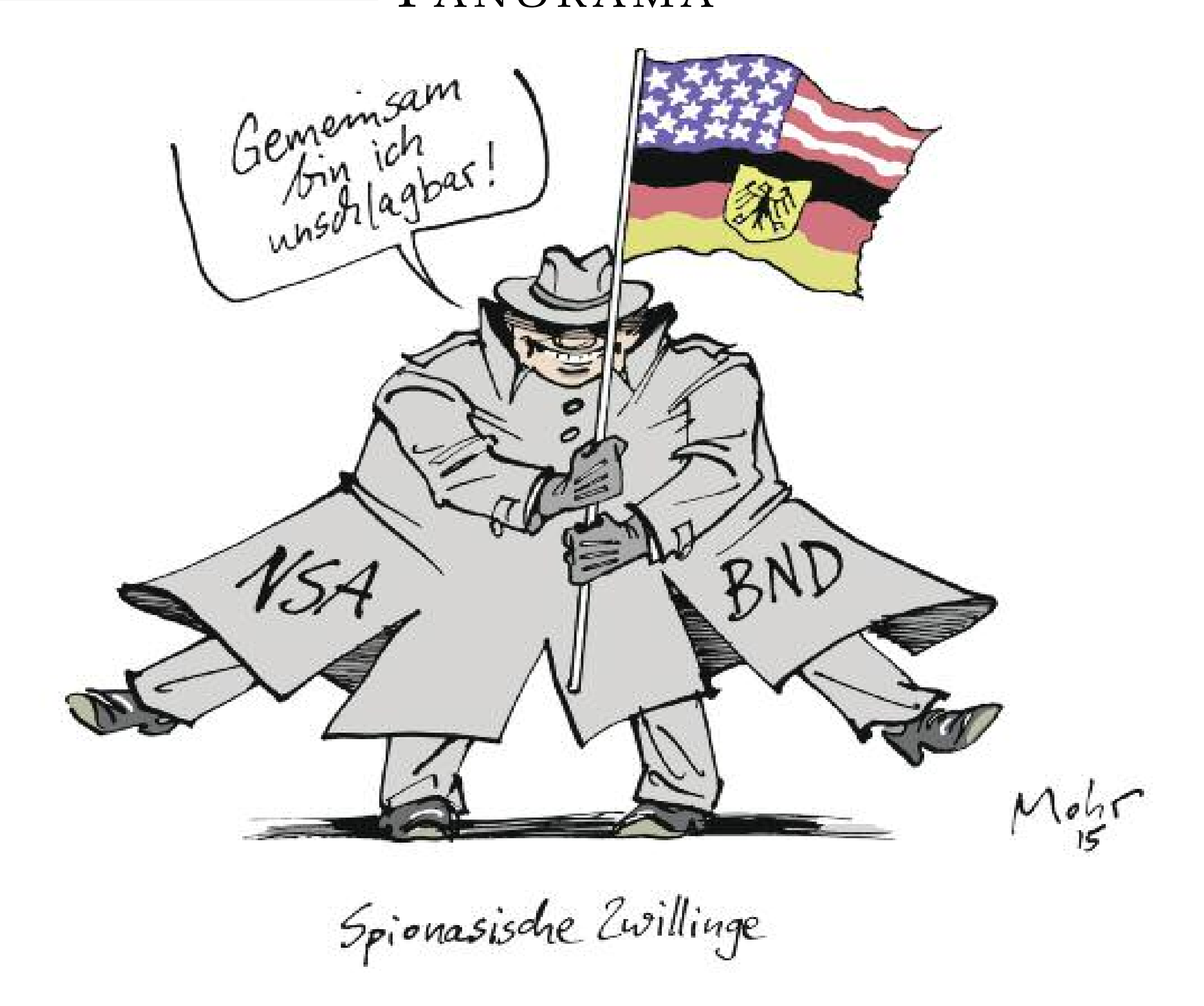
Er sei ein unerfahrener und überforderter „Lebenszwerg" und die „größte Fehlbesetzung des Jahrzehnts". Mit harschen Worten giftete Claus Peymann, der Leiter des Berliner Ensembles, gegen seinen Vorgesetzten **Tim Renner**. Seit Berlins Kulturstaatssekretär eine umstrittene Personalentscheidung gefällt hat, muss er sich viel Kritik anhören.

Renner hat den Direktor der Londoner Tate Gallery of Modern Art, den Belgier Chris Dercon, als Nachfolger von Frank Castorf bestimmt, der seit einem Vierteljahrhundert Intendant der Volksbühne ist. Wie kann man einen Mann zum Theaterleiter machen, der als Kurator und Museumsleiter keinerlei Theatererfahrung besitzt, fragt sich nicht nur Peymann.

Der erst seit einem Jahr amtierende Renner will die Berliner Theaterszene umkrempeln. Deshalb ist er für Peymann, Jürgen Flimm und andere Kritiker, die zu Regierungszeiten Klaus Wowereits verhätschelt wurden, zum Watschenmann geworden. Da Renner selbst keine Theatererfahrung hat, lässt sich von diesen Theatergrößen auf den „Lebenszwerg" gut einschlagen.



1964 geboren, studierte der Berliner erst Germanistik, ehe er bei der Polygram in das Musikgeschäft einstieg. Daneben gründete er einen eigenen Musikverlag und den Radiosender Motor FM. Für seine Plattenfirma Motor Musik baute er die Gruppe Rammstein zu einer international erfolgreichen Rock-Band auf. Bei Radio Bremen hatte er zuletzt einen eigenen Sendeplatz. So einer könne doch von Politik und Behördenleitung keine Ahnung haben, lautet die unterschwellige Meinung. Wenn man da den 2013 in die SPD eingetretenen Vater zweier Kinder bloß nicht unterschätzt! Gerade ein Seiteneinsteiger könnte mal frischen Wind in die linkslastige Berliner Kultur bringen. *H. Tews*



Spionasische Zwillinge

Die neuen Sklaven

Warum bei der Zuwanderung alle einer Meinung sind, wie wir zum Schwellenland werden, und was aus unseren Proleten wird / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Arbeitgeberfunktionäre und linke Ideologen sind selten einer Meinung. Bei der Zuwanderungs- und „Flüchtlings"-Frage ist das anders. Da geben sich beide die Hand. Deutschland müsse sich „öffnen", fordern sie einhellig. Angesichts der Hunderttausende, die schon derzeit ins Land strömen, fragt man sich indes, wo Deutschland eigentlich noch „geschlossen" sein soll, wo also „Öffnungs"-Bedarf bestehe.

Aber daraum geht es gar nicht. Die „Öffnungs"-Propaganda ist eher präventiv zu verstehen. Bevor ein Deutscher auf die Idee kommt, dass die Asylflut womöglich schlecht für ihn und unser Land sein könnte, soll er dermaßen vom „Öffnungs"-Gerede abgefüllt sein, dass er den bösen Gedanken gleich selbst aus seinem Hirn tilgt.

Und es funktioniert blendend: Laut „Politbarometer" will die Hälfte der Bundesbürger noch mehr Asylsuchende aufnehmen. Ob die Zahl stimmt? Natürlich tut sie das, das „Politbarometer" wird vom Staatsfunk in Auftrag gegeben, der lügt nicht.

Die Zuwanderung bereichert uns kulturell wie wirtschaftlich, heißt es. Nun lässt sich das Kulturelle schwer messen, der wirtschaftliche Erfolg hingegen liegt klar auf der Hand: Besitzer von Schrottimmobilien können ihre Ruinen zu Traumpreisen an Kommunen vermieten, die nicht wissen, wohin mit den Neuankömmlingen. Die Betreuer-, Berater- und Übersetzerindustrie blüht ebenso prächtig wie das „Flüchtlings"-Transportgewerbe, abschätzig „Schlepperbanden" genannt.

Doch was haben die klassischen Arbeitgeber auf dem freien Markt von dem Massenzustrom? Die haben sich immerhin eigens den „Fachkräftemangel" einfallen lassen, um noch mehr Zuwanderung fordern zu können. Glauben die aber wirklich, dass das alles Ingenieure, diplomierte Kaufleute oder Baufacharbeiter sind, die da zu uns drängen?

Natürlich nicht, nur dürfen sie das jetzt noch nicht zugeben. Das kommt später, und zwar so: Dieses Jahr wandern schätzungsweise eine halbe Million ins Land, mehr als doppelt so viele wie 2014. Hält der Trend an, werden es 2016 also eine Million sein und 2017 zwei Millionen. Ein Großteil davon wird beschäftigungslos herumlungern, was dem Straffälligwerden leider förderlich ist.

Sobald sich die Gefängnisse mit Neuzuwanderern füllen, werden alarmierte „Experten" fordern, dass wir dringend eine „pragmatische Lösung für die Millionen arbeitsloser Flüchtlinge" finden müssen. Sie könnten etwa einen neuen „zweiten Arbeitsmarkt", einen vom Mindestlohn ausgenommenen, riesigen Markt für Niedrigstlöhner vorschlagen.

Die können dann beispielsweise T-Shirts für einen Euro herstellen oder Schuhe für zwölffuffzig. Damit kicken wir die Konkurrenz aus Bangladesch und Pakistan glatt vom Markt. Wovon die Leute dort dann leben sollen? Ganz einfach: Wenn ihnen wegen der neuen Billigkonkurrenz aus Germania die Existenz zerbröselt, können sie doch auch als „Wirtschaftsflüchtlinge" herkommen. Vielleicht verdienen sie in den hiesigen neuen Billigfabriken sogar 20 Cent pro Stunde mehr als in Karachi. Wir sind schließlich ein Sozialstaat!

> Die Fachkräfte können bei uns T-Shirts für einen Euro herstellen – wie in Bangladesch

Doch was wird aus denen, die ins Verbrechen abgleiten? Kosten die den deutschen Steuerzahler dann nicht viel zu viel Geld? Ach, i wo! Nach und nach werden in Deutschland die Gefängnisse privatisiert. So ein Knast-Käufer will natürlich, dass seine Investition etwas abwirft.

Die Vollzugsanstalten werden also zu gewaltigen Arbeitslagern umgebaut, wo noch billiger produziert werden kann. Aber ist Zwangsarbeit nicht verboten? Aber selbstverständlich, und das bleibt auch so. Man muss die Häftlinge nämlich gar nicht zwingen. So eine Haftzeit ist derart stinklangweilig, dass die Knackies von selbst nach jeder Beschäftigung hecheln. Sie werden sich ganz freiwillig an die T-Shirts machen. Dem Investor winken traumhafte Gewinnspannen. In den Knästen treffen die abgedrifteten „Flüchtlinge" auf jene Deutschen, die von der neuen Billigkonkurrenz endgültig vom Arbeitsmarkt gefegt wurden und darauf ebenfalls auf die schiefe Bahn geraten sind.

Moment mal – was wird das hier eigentlich? Ein Riesenheer von importierten Billigstarbeitern und noch billigeren Knastmalochern? Millionen, die unter kümmerlichsten Bedingungen auf Drittweltniveau schuften müssen für Arbeitgeber, die damit traumhafte Renditen erzielen? In welch schäbige Zukunft führt man uns da?

Kann ich Ihnen sagen: Das nennt man „Schwellenland". Ein Schwellenland ist ein Land auf der Schwelle zwischen einem Entwicklungsland und einem modernen Industriestaat. Bislang gingen wir davon aus, dass der Weg über diese Schwelle nur eine Richtung kennt: von unten nach oben. In den kommenden Jahren werden wir am deutschen Beispiel die Erfahrung machen, dass es auch in die andere Richtung gehen kann. Das nötige Personal für diesen epochalen Kurswechsel wird gerade massenhaft ins Land geholt.

Als historisches Vorbild für die neue Gesellschaftsordnung könnte das alte Rom dienen. Dort importierte man Sklaven, mit denen die eigene Unterschicht der „freien" Römer nicht konkurrieren konnte. Also waberten die römischen Proleten als beschäftigungsloser Mob durch die Gassen der antiken Metropole.

Damit sie nicht aufmuckten, hielten die Mächtigen ihre Proleten mit Brotverteilungen und Zirkusdarbietungen bei Laune. Man könnte auch sagen: Mit Hartz IV und „Deutschland sucht den Superstar".

Völlig nutzlos war der meist schrecklich gelangweilte und daher stets reizbare Mob aber nicht. Nur zu gern gab er sich als Gewalt- und Radaubataillon für politische Rattenfänger her, um deren schmutziges Geschäft zu verrichten – etwa bei der Beseitigung politischer Gegner. Für ein paar Kupfermünzen und das wonnige Gefühl, endlich einmal zu etwas nütze zu sein, haben diese Schafsköppe so ziemlich jede Scheußlichkeit erledigt. Denn merke: Wer nichts mehr zu verlieren hat, ist zu fast allem bereit – man muss ihn nur zu lenken wissen.

Die altrömischen Knüppelschwingerhorden aus den Proletengettos haben ihren würdigen Erben gefunden im spätgermanisch-dekadenten „Antifa"-Fußvolk. Im Bier-, Schnaps- und Drogendusel elend dahingammelnd, sehnt es sich danach, endlich wieder aufgerufen zu werden, um den „Faschos aufs Maul" zu hauen, „Bullen" in Brand zu setzen oder Straßen zu verwüsten.

Selbstverständlich lassen sich die schummrigen Gestalten sofort in Marsch setzen, wenn es gilt, Bürger anzugreifen, die mit ihrem Unmut über das neue Asylheim nebenan den Nachschub an Sklaven, Verzeihung, an „Fachkräften" aus dem fernen Ausland gefährden.

Und die „Fachkräfte"? Mit denen ist es ja noch viel besser als damals mit den Sklaven. Denn, einmal eingebürgert, können sie (anders als die Sklaven) politisch nutzbar gemacht werden. Und die Zuwanderer zeigen sich bei den Hauptprotagonisten ihres Imports durchaus dankbar: Sie unterstützen mit Mehrheit rote und grüne Formationen, selbst wenn ihre eigenen Wertvorstellungen unserem Mittelalter näher sind als der Welt ihrer grünroten Lobbyisten.

Aber warum sagt und tut die Union nichts? Nun, die möchte es sich doch nicht mit den Arbeitgeberverbands-Bonzen verscherzen, die, wie dargestellt, ihr eigenes Süppchen auf dem „Flüchtlings"-Feuer kochen.

So wird klar, warum in der Zuwanderungsfrage alle, die Einfluss haben, von der radikalen Linken bis zur Arbeitgeberseite, dauernd das Gleiche reden. Und warum jeder, der auf das absehbar verheerende Ende deutet, als Übeltäter dasteht, der sich „gegen die Zivilgesellschaft stellt" und „Angst, ja Hass schürt". „Hass schüren" ist ein schwerer Anwurf, geb' ich zu. Doch wenn die Wahrheit so unübersehbar ist, muss man die, die sie verraten, eben mit besonders großem Kaliber beschießen.

MEINUNGEN

***Susanne Kablitz**, Vorstandsvorsitzende des Instituts für klassischen Liberalismus schrieb einen offenen Brief an den **SPD-Politiker Sascha Vogt**, der es begrüßt hatte, dass **linke Pöbler** AfD-Chef **Bernd Lucke** aus einem Zug drängen wollten. Darin fragt sie:*

„Wofür die SPD angeblich eintritt, ist Demokratie. Zu einer funktionierenden Demokratie gehört Meinungsfreiheit. Dass, was Sie hier vertreten, hat damit nichts zu tun. Dies erinnert mich sehr an den Gesinnungsterror, der uns ab 1933 ins Elend gestürzt hat."

***Sabine Siebold** wundert sich im Nachrichtendienst „Reuters" (22. April), warum die **Soldaten** in der Debatte um das Sturmgewehr **G36** kaum gehört werden:*

„Ausgerechnet diejenigen, deren Leben im Zweifel von der Waffe abhängt ... melden sich in der aktuellen Diskussion kaum zu Wort. Verblüfft verfolgen sie stattdessen, wie eine bei den meisten Soldaten beliebte Waffe mit wissenschaftlicher Präzision um ihren guten Ruf gebracht und womöglich ausgemustert wird. ‚Ich war oft genug in Afghanistan und kenne keinen, der dort gesagt hat: Die Waffe ist Mist', sagt ein Offizier. ‚Das G36 ist für den Zweck, für den es beschafft wurde, ein Supergewehr. Ich würde damit jederzeit wieder in den Einsatz gehen.'"

***Roger Köppel**, Chef der Schweizer „Weltwoche" (24. April) fordert eine strikte **Bekämpfung** des massenhaften **Asylmissbrauchs** und die Abriegelung der europäischen Grenzen:*

„Nicht die Schlepper, nicht die Flüchtlinge, die europäischen Regierungen sind hauptsächlich schuld am Massensterben im Mittelmeer. Weil sie ihr Asylrecht nicht umsetzen, senden sie lockende, mitunter tödliche Signale aus ... Deshalb ist es nicht nur ein Gebot des Rechts, sondern auch der Ethik, die Gesetze endlich umzusetzen und den Todeskanal im Mittelmeer für die illegale Migration zu schließen. Indem wir die Südgrenze abriegeln, retten wir Leben."

*Der CDU-Politiker **Willy Wimmer** sieht auf „Kopp-online" (27. April) in der **BND-NSA-Affäre** eine Erblast der Bedingungen der deutschen Einheit:*

„Die Krux liegt wohl darin, dass über die Verträge, wie sie anlässlich der Wiedervereinigung Deutschlands reihenweise abgeschlossen worden sind, ... besatzungsrechtliche Bestimmungen, die mit der gemeinsamen Nato-Verteidigung nichts zu tun haben, dem wiedervereinigten Deutschland aufgebürdet worden sind. Wir können heute feststellen, zu welchen Konsequenzen das geführt hat, wie selbst höchstrichterliche Urteile deutlich machen."

***Henryk M. Broder** ist über den posthumen Rummel um **Günter Grass genervt**. In der „Bild"-Zeitung (25. April) lässt er über den „Blechtrommel"-Autor wissen:*

„Grass war ein schwadronierender Langweiler, ein geschwätziger Wortakrobat, der blutleere Figuren nach seinem Abbild formte ... Auch Kritiker, die ihn in den Himmel lobten, gaben unter vier Augen zu, dass sie Mühe hatten, seine Bücher von der ersten bis zur letzten Seite zu lesen."